



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

NATIONALRAT
Bilanz 2008–2013

XXIV.

Gesetzgebungsperiode



XXIV. GESETZGEBUNGSPERIODE
DES NATIONALRATES
28. Oktober 2008 bis 28. Oktober 2013

Bilanz

Impressum:

Herausgeberin/Medieninhaberin/Herstellerin: Parlamentsdirektion

Adresse: Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Konzeption: Gerhard Marschall

Redaktion: Barbara Blümel, Harald Brunner, Gudrun Faudon-Waldner, Ute Krycha-Weilinger, Andreas Pittler, Dieter Weisser

Fotoredaktion: Ute Krycha-Weilinger, Bernhard Zofall

Layout/Graphik einschließlich Titelbild: Dieter Weisser

Titelfoto: Stefan Olah

Statistik Info-Grafiken: Harald Brunner

Statistik (Zahlen): Hans Achter

Externes Lektorat: PROperformance KG onlinelektorat, t@aon.at

Druck: Gutenberg-Werbering GmbH

ISBN: 978-3-901991-27-1

Wien, im Oktober 2013



INHALT

Editorial

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer: Bilanz fällt positiv aus	5
---	---

Bilanz der Gesetzgebungsperiode

Gastkommentar Theo Öhlinger: Demokratie ist ein mühsames Geschäft	6
---	---

Finanz- und Wirtschaftspolitik

Aktives Parlament in Zeiten der Krise	10
Gastkommentar Norbert Feldhofer: Österreichische Stabilisierungspolitik	11
Gastkommentar Harald Waiglein: Neue finanz- und wirtschaftspolitische Steuerungsarchitektur	13
Gastkommentar Klaus Liebscher: Europäische und österreichische Reaktionen auf die Finanzkrise	14

Parlamentarismus

Parlamentarisches Vokabular in Gebärdensprache	16
Mehr Demokratie: Näher bei den BürgerInnen?	19
Zweiter Nationalratspräsident Fritz Neugebauer: Bilanz der Ausschussarbeit am Beispiel Europapolitik	22
Dritter Nationalratspräsident Martin Graf: Wissenschaftsausschuss: 24 Sitzungen, 58 Anträge	23

Bilanz der Fraktionen

Josef Cap: Wende zu mehr Gerechtigkeit	24
Karlheinz Kopf: Arbeitsnachweis und Auftrag	24
Heinz-Christian Strache: Volkskonforme Demokratie	24
Eva Glawischnig-Piesczek: Angst vor Kontrolle	25
Josef Bucher: Negative Bilanz	25
Robert Luger: Neue Kraft, die Neues schafft!	25

Internationales

Zur Bedeutung parlamentarischer Diplomatie	26
Aus dem Gästebuch des Parlaments	28

Gedenken

Mehr als bloßes Erinnern	36
--------------------------------	----

Schule der Demokratie

Politische Bildung als Auftrag	40
„Mitmachen – Mitbestimmen – Mitgestalten“ – auch im Netz	43
Gastkommentar Kathrin Stainer-Hämmerle: Lebenslanges Lernen – Politische Bildung in Österreich	46
Gastkommentar Edith Plank: Demokratie lernen – Respekt und Toleranz fördern	48

Offenes Haus

Große Vielfalt: Topfotos aus fünf Jahren	50
--	----

Parlamentsdirektion

Gedanken nach 18 Monaten an der Verwaltungsspitze	56
Zukunftsorientiert, leistungsfähig, professionell	58

Sanierung

Sanierung des Parlamentsgebäudes	60
--	----

Medien

Gastkommentar Fritz Hausjell: Vielfalt der Bilder und Sichtweisen	62
---	----

Zahlen, Daten, Fakten

XXIV. Gesetzgebungsperiode in Zahlen	66
Kurzportraits der Abgeordneten der XXIV. Gesetzgebungsperiode	76

EDITORIAL



© Parlamentsdirektion/WILKE

Bilanz fällt positiv aus

Eine ereignisreiche XXIV. Gesetzgebungsperiode liegt hinter uns – Anlass, Rückschau zu halten und Bilanz zu ziehen. Dies geschieht zum ersten Mal in dieser umfangreichen Form. Analog zu den Jahresberichten des Nationalrates werden dominierende politische Themen und parlamentarische Höhepunkte aufbereitet, um das Geschehen im Hohen Haus in seiner ganzen Breite und Vielfalt zu dokumentieren. Das soll keineswegs nur aus der Innensicht heraus erfolgen, sondern es kommt auch eine Reihe namhafter Expertinnen und Experten ausführlich zu Wort. Es war das die erste fünfjährige Legislaturperiode in der Zweiten Republik. Sie wurde bis zum letztmöglichen Termin ausgeschöpft, es kam also zu keiner vorzeitigen Neuwahl. Ob sich diese Neuerung bewährt hat, ob und inwieweit die zur Verfügung stehende Zeit genutzt wurde, versucht diese Broschüre zu beantworten. Dazu kommen etwa der Zweite und der Dritte Nationalratspräsident sowie die Klubobleute zu Wort, deren Einschätzungen erwartungsgemäß unterschiedlich ausfallen.

Die Bewertung politischer Arbeit hat nicht durch die Politik selbst zu erfolgen, das Urteil darüber fällt die Öffentlichkeit – die Medien sowie letztendlich die Bürgerinnen und Bürger bei Wahlen. Unbestreitbare Tatsache ist freilich, dass Österreich – verglichen mit den übrigen Staaten Europas – die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise relativ gut gemeistert hat. Diese schwerwiegende und nachhaltige Krise sowie die politischen Maßnahmen zu deren Bewältigung werden ausführlich abgehandelt.

Ein herausragender Aktivposten in dieser Bilanz ist zweifellos die Demokratiewerkstatt, die eine wahre Erfolgsgeschichte geschrieben hat. 2007 gegründet, um Kindern und Jugendlichen altersgerechte Einblicke in politische Abläufe und Zusammenhänge zu gewähren, hat sie sich zu einer viel genutzten Institution der Politischen Bildung entwickelt. Annähernd 60.000 Absolventinnen und Absolventen sind ein drucksvoller Beleg dafür. Mittlerweile interessieren sich auch andere Länder für diese Einrichtung, in Podgorica/Montenegro ist bereits eine Demokratiewerkstatt nach österreichischem Vorbild errichtet worden.

Die Öffnung des Hauses stellt gleichfalls eine Konstante in der abgelaufenen Legislaturperiode dar. Dazu wurden allerlei Aktivitäten gesetzt, stets mit dem Ziel, Politik nachvollziehbar zu machen und für die parlamentarische Demokratie zu werben. Dieses Angebot stieß auf erfreulich großes Interesse, alleine der „Tag der offenen Tür“ am Nationalfeiertag verzeichnet alljährlich tausende Besucherinnen und Besucher. Das ist Bestätigung für unser Bemühen um Information und Transparenz, widerlegt

zugleich aber auch das oft zitierte Desinteresse der Bürgerinnen und Bürger an Politik.

Breiten Raum nimmt auch das Kapitel Internationales ein. Parlamentarische Diplomatie hat an Bedeutung gewonnen und ist zu einem wesentlichen Bestandteil internationaler Politik geworden. In den vergangenen fünf Jahren haben nicht nur zahlreiche hochrangige Gäste das österreichische Parlament besucht, auch die guten internationalen Kontakte der Abgeordneten haben das Profil und die Position unseres Landes in der Staatengemeinschaft gestärkt.

Damit ein Parlament seinen zentralen Aufgaben – Gesetzgebung und Kontrolle der Exekutive – nachkommen kann, braucht es einen kompetenten, verlässlichen Apparat. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsdirektion gewährleisten den reibungslosen Betrieb auf hohem Niveau. Insofern ist der Blick hinter die parlamentarischen Kulissen auch Ausdruck des Respekts und des Danks.

Den Abschluss bildet ein umfangreicher Statistikteil mit vielen wesentlichen Zahlen und Fakten: von der Nationalratswahl 2008 bis zu jener 2013 und allem, was sich dazwischen im Parlament ereignet hat. Nicht zuletzt werden in dieser Broschüre sämtliche Abgeordnete, die in dieser Periode dem Nationalrat angehört haben, in Kurzportraits vorgestellt. Ich denke, wir können eine positive Bilanz über die XXIV. Gesetzgebungsperiode legen. Sie ist allerdings kein abschließender Befund, sondern kann nur Basis für die künftige Arbeit sein. Parlamentarismus muss sich ständig weiterentwickeln, um auf der Höhe der Zeit zu bleiben. Wir sind hier noch lange nicht am Ziel. Tatsache ist, dass sich die Anforderungen an die Abgeordneten verändert haben, sie sind umfangreicher und komplexer geworden. Und es gibt die Forderung nach mehr direkter Demokratie, um die es in dieser Broschüre ebenfalls geht. Es wird in erster Linie Aufgabe der Fraktionen sein, sich in der XXV. Gesetzgebungsperiode mit einer Parlamentarismus- und Demokratiereform ernsthaft auseinander zu setzen. Ich wünsche Ihnen, sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser, bei der Lektüre viele Informationen und Aufschlüsse über die Arbeit des Parlaments. Verbunden damit ist die Hoffnung, dass diese Publikation einen Beitrag leisten kann, Interesse am Parlamentarismus und an der Demokratie zu wecken.



Mag.^a Barbara Prammer
Präsidentin des Nationalrates

BILANZ DER GESETZGEBUNGSPERIODE

Demokratie ist ein mühsames Geschäft

Die Verlängerung der Legislaturperiode des Nationalrates auf fünf Jahre sollte zwischen Wahlterminen mehr Zeit für die eigentliche politische Arbeit schaffen. Was hat diese Neuerung gebracht? Welche Konsequenzen sind aus dieser Premiere zu ziehen. Eine Bilanz.

1. Verlängerte Gesetzgebungsperiode

Die XXIV. Gesetzgebungsperiode (GP) wies von Anfang an eine Besonderheit auf: Für sie galt erstmals eine Verlängerung auf fünf Jahre. Beschlossen wurde dies am Beginn der XXIII. GP entsprechend dem Regierungsprogramm von Gusenbauer und Molterer, zugleich mit der Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre und der Einführung der Briefwahl im Inland. Eine Begründung findet sich weder im Regierungsprogramm noch in der Regierungsvorlage. Im Österreich-Konvent war diese Verlängerung kontrovers diskutiert worden, ein Konsens konnte darüber nicht erreicht werden, der Verfassungsentwurf des Vorsitzenden des Konvents beließ es daher bei den seit Beginn der Republik geltenden vier Jahren. Befürworter hatten damit argumentiert, dass der Zeitraum, der dem Nationalrat und der von ihm mehrheitlich getragenen Bundesregierung für ihre eigentliche Arbeit zur Verfügung steht, durch Koalitionsverhandlungen am Beginn und dem Wahlkampf am Ende erheblich eingeschränkt ist und überdies die Periode regelmäßig auch noch durch eine vorzeitige Selbstauflösung des Nationalrates verkürzt wird. Diese Argumente hatten offensichtlich die Verhandler des Koalitionsabkommens überzeugt. Eine öffentliche Diskussion darüber fand aber nie statt. Demokratiepolitische Bedenken blieben ungehört.

Umso mehr stellt sich nunmehr die Frage, ob sich diese etwas überfallsartig eingeführte Innovation bewährt hat. Tatsächlich wurde diesmal die Legislaturperiode bis zum letztmöglichen Termin einer Neuwahl ausgeschöpft. Damit stand dieser Regierung für die Umsetzung ihres Programms eine Zeitspanne wie noch nie einer Bundesregierung zuvor zur Verfügung. Begünstigt wurde diese Situation noch dadurch, dass innerhalb dieser Periode über einen ungewöhnlich langen Zeitraum hinweg auch keine

Landtagswahlen stattfanden. Haben die Regierung und die sie tragenden Parteien im Parlament diese Chance genutzt?

2. Was wurde zustande gebracht?

Kritiker werden dagegenhalten, dass nach wie vor die seit Langem geforderten großen Reformen ausblieben:



em. Univ.-Prof.
Dr. Theo
Öhlinger
© Parlaments-
direktion/
Bildagentur Zolles
KG/Mike Ranz

eine Föderalismusreform, eine umfassende Verwaltungsreform, die Reform des Bildungswesens, eine tief greifende Reform des Gesundheitswesens usw. „Der Stillstand dieser Republik hält an“ ist eine sich regelmäßig wiederholende Schlagzeile der „Qualitätsmedien“.

Koalitionsregierungen tun sich freilich systembedingt mit „großen“ Reformen schwer, zu viele gegensätzliche Interessen müssen hier zu einem Ausgleich gebracht werden, zu viele Reformbremsen sind systemimmanent. Dazu kommt, dass diese „große“ Koalition über keine Verfassungsmehrheit verfügte. (Das war zuvor nur einmal – in der sehr kurzen XIX. GP von November 1994 bis Jänner 1996 – der Fall.) Der – in Koalitionszeiten, als dies noch sehr einfach war – angewachsene Umfang des Bundesverfassungsrechts mit seinen vielen Sonderverfassungsgesetzen und unzähligen Verfassungsbestimmungen (eine österreichische Besonderheit in Europa!), aber auch ein um vieles kritischer gewordener Verfassungsgerichtshof haben jedoch den Gestaltungsspielraum, der den Einparteienregierungen zwischen 1966 und 1983

noch ohne Verfassungsmehrheit offen stand – und den sie für große Reformen auch nutzten(!) –, erheblich eingeschränkt. Vor allem aber wirkt der Föderalismus nicht als innovativer Wettbewerb zwischen Bund und Ländern, sondern als schwer zu überwindende Reformhürde, womit er zugleich auch seine eigene Reform erfolgreich blockiert – ein Zopf, an dem wahrscheinlich selbst Mönchhausen gescheitert wäre.

Stellt man diese Bedingungen des Regierens in Rechnung, und stuft man den Maßstab ganz großer Reformen um ein paar Grade zurück, dann ist es doch nicht so wenig, was diese Regierung und ihre parlamentarische Koalition zustande brachten. Zweifellos ein Glanzstück ist die Lösung des Kärntner Ortstafelkonfliktes, der die Republik durch Jahrzehnte belastete, bevor er unter Jörg Haider völlig aus dem Ruder lief. Unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten verdienen auch noch das Bundesverfassungsgesetz über die Rechte von Kindern sowie die Umsetzung des Fakultativprotokolls zur Anti-Folter-Konvention (OPCAT), die die Volksanwaltschaft als „nationalen Präventivmechanismus“ einrichtete, hervorgehoben zu werden: Kommissionen der Volksanwaltschaft haben Kontrollbesuche von Orten einer Freiheitsentziehung und von Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen durchzuführen sowie eine begleitende Überprüfung der zur Ausübung von unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt befugten Verwaltungsorgane vorzunehmen.

Eine durchaus das Prädikat „groß“ verdienende Reform ist die mehr als 20 Jahre intensiv diskutierte Einführung erstinstanzlicher Verwaltungsgerichte samt den sie begleitenden verwaltungsreformatischen Maßnahmen wie die Abschaffung des administrativen Instanzenzugs sowie die Auflösung von mehr als 100 weisungsfreien Verwaltungsbehörden und ihre Integration in die neuen Verwaltungsgerichte. Damit wurde der prototypische Verwaltungsstaat



Parlamentarismus ist Rede und Gegenrede, Austausch von Argumenten und auch leidenschaftliche Debatte © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Hofer, Ranz

Österreich so etwas wie ein Justizstaat – ein Wandel, dessen Tragweite in der medialen Öffentlichkeit überhaupt noch nicht richtig wahrgenommen wurde. Lediglich in JuristInnenkreisen jagt eine Tagung zu dieser Thematik die andere; dort wird es als Jahrhundertprojekt gefeiert. Die Medien konzentrierten sich hingegen fast ausschließlich auf Spekulationen über den parteipolitischen Einfluss auf die Bestellung der neuen Richter, der sich daran entzündete, dass sich unter den achtzig neu ernannten Bundesrichtern auch zwei Mitglieder von Ministerkabinetten befanden, deren Qualifikation überdies niemand bestritt.

Die Abschaffung der Bezirksschulräte sowie die Neustrukturierung der Sicherheitsverwaltung, mit der acht Sicherheitsdirektionen, 14 Bundespolizeidirektionen und neun Landespolizeikommanden in neun Landespolizeidirektionen zusammengeführt wurden, sind weitere Elemente eines größeren Verwaltungsreformkonzeptes, die nicht nur der Opposition, sondern vor allem den Ländern erst abgerungen werden mussten.

Im fünften Jahr dieser Legislaturperiode hat das Parlament selbst noch ein weiteres, größeres, wenn auch nicht unumstrittenes Rechtsschutzprojekt zustande gebracht: die Gesetzesbeschwerde. Sie bekundet ein bemerkenswertes Selbstverständnis der Abgeordneten über die rechtsstaatlichen Grenzen ihrer eigenen Tätigkeit. Der Nationalrat sorgt selbst dafür, dass keines seiner Produkte der Prüfung durch den Verfassungsgerichtshof entgeht.

Fast schien es, dass in der allerletzten Phase dieser Legislaturperiode auch noch ein Durchbruch in den

Verhandlungen über das Dienstrecht der LehrerInnen gelingen sollte. Damit allerdings hätte ihre Verlängerung tatsächlich die Bewährungsprobe bestanden.

3. Reformen des politischen Systems

Auch die sich in Gesetzesbeschlüssen niederschlagende Selbstreflexion der Politik und im Besonderen des Parlaments hat in dieser Legislaturperiode einige bemerkenswerte Ergebnisse gebracht. Zu nennen ist hier vor allem das „Transparenzpaket“: ein Bündel von Gesetzen, darunter ein völlig neues Parteiengesetz, das die staatliche Parteienförderung dem Umfang nach begrenzt und vor allem mehr Transparenz schafft. Dazu gehören ferner eine Verschärfung der Unvereinbarkeitsregeln und Regelungen, die die Nebentätigkeit von ParlamentarierInnen transparent machen sowie eine Verschärfung der strafrechtlichen Korruptionsbestimmungen für den öffentlichen Bereich. Zu nennen ist hier ferner die erstmalige gesetzliche Regelung des Lobbying in einem Lobbying- und Interessenvertretungs-Transparenzgesetz. Es schafft ein öffentliches Register für berufsmäßige LobbyistInnen und zwingt damit zu einem (an sich ja nicht verwerflichen) Lobbying mit offenem Visier. Ein weiteres Bundesverfassungsgesetz regelt die „Transparenz von Medienkooperationen sowie von Werbeaufträgen und Förderungen an Medieninhaber eines periodischen Mediums“ (so der etwas sperrige Titel) von Seiten öffentlicher Stellen.

Was nicht zustande kam, ist gewissermaßen der krönende Abschluss all dieser Bemühungen um mehr Transparenz im öffentlichen Bereich: ein Informationsfreiheitsgesetz, das der noch ganz dem Obrigkeitsstaat verpflichteten

Handhabung des Amtsgeheimnisses in der österreichischen Verwaltung ein Ende setzt. Es wurde angekündigt, aber dann wieder einmal verschoben.

Hingegen erfolgte in dieser Gesetzgebungsperiode eine, sei es auch bescheidene, Personalisierung des Wahlrechts zum Nationalrat. Neu geregelt wurde auch die – trotz des Präjudizes des Liberalen Forums ungeklärt gebliebene – Frage der Gründung eines Parlamentsklubs während der Legislaturperiode.

Der Vertrag von Lissabon bildete den Anlass, die Mitwirkung des Parlaments – Nationalrat und Bundesrat – an der Rechtsetzung in der Europäischen Union neu zu gestalten. Sie sollte in Zukunft effizienter sein, als dies bislang der Fall war. Eine weitere umfangreiche Regelung im B-VG schaltet den Nationalrat auch in den Europäischen Stabilitätsmechanismus ein: Der/die österreichische Vertreter/-in im ESM darf einer Stabilitätshilfe an einen anderen EU-Mitgliedstaat nur zustimmen oder sich auch nur der Stimme enthalten, wenn er/sie dazu vom Nationalrat ermächtigt wurde. Beide Verfassungsnovellen sind im Parlament selbst erarbeitet worden und widerlegen damit die Aussagen jener KritikerInnen, die im Parlament nur eine bloße Abnickungsmaschine von Regierungsvorlagen sehen. In ihrer Detailfreude und Kasuistik stellen sie freilich der Sprache und Legistik parlamentarischer Rechtsetzung kein besonders gutes Zeugnis aus.

So wie das Informationsfreiheitsgesetz sind auch andere Probleme an den Nahtstellen von Politik und Gesellschaft zwar in Angriff genommen worden, blieben aber im Gestrüpp widerstreitender Interessen hängen:



Parlamentarismus ist vielfältig und mühsam, immer geleitet vom Ringen um tragfähige Kompromisse ...

- so die Neugestaltung der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse als Minderheitsrecht;
- die Abschaffung der außerberuflichen Immunität der ParlamentarierInnen bei gleichzeitiger Stärkung der beruflichen Immunität (worüber sich alle Parteien im Nationalrat nach Pressemeldungen schon im Oktober 2012 einig waren);
- eine neue Regelung der Verflechtung der Politik mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, um dessen Unabhängigkeit besser zu sichern.

4. Reform der Demokratie?

Demokratie ist ein großartiger Gedanke: die Selbstregierung des Volkes, basierend auf den Ideen von Freiheit und Gleichheit aller Menschen. Demokratie im Alltag ist ein mühsames Geschäft: ein ständiges Bemühen um den Ausgleich unterschiedlicher Interessen, um die erforderlichen Mehrheiten im Parlament, um Formulierungen von Details, in denen bekanntlich oft der Teufel steckt. All das kann nicht ohne einen gewissen Rückhalt im „Volk“ und den Medien geschehen. Große Würfe, die eine meinungsbildende Elite faszinieren könnten, sind unter diesen Bedingungen nur schwer zu bewerkstelligen. Viele Menschen haben sich daher von der parlamentarischen Demokratie enttäuscht abgewendet. Die Wahlbeteiligung sinkt seit Jahren stetig. Was liegt also näher, als über eine Reform der Demokratie selbst nachzudenken.

Das ist in dieser Legislaturperiode auch im Parlament geschehen, nicht zuletzt gefördert durch seine Präsidentin, die das Haus für Tagungen zu diesem Thema geöffnet und selbst Veranstaltungen dazu initiiert hat. Ging es dabei zunächst um

eine grundlegende Wahlrechtsreform – Stichwort: Mehrheitswahlrecht –, rückte später der Ausbau der direkten Demokratie in den Mittelpunkt einer sehr intensiven Debatte. Wie fast alle Staaten Europas verfügt Österreich über eine repräsentative Demokratie, in die einzelne direktdemokratische Elemente eingebaut sind. Es geht daher nicht um einen grundlegenden Systemwechsel, es geht aber um die Frage, ob und wie die Elemente der direkten Demokratie ausgebaut oder verbessert werden könnten.

Das am häufigsten genutzte Verfahren direkter Demokratie ist in Österreich das Volksbegehren: die Möglichkeit von mindestens 100.000 BürgerInnen, ein Gesetzgebungsverfahren zu einem bestimmten Thema im Nationalrat anzuregen oder selbst einen Gesetzentwurf einzubringen. Es gab allein in dieser Legislaturperiode fünf solcher Initiativen, von denen allerdings nur zwei die erforderlichen Unterstützungserklärungen aufbringen konnten. Eine davon war das Bildungsvolksbegehren, das von 383.724 BürgerInnen unterschrieben wurde. Der Nationalrat reagierte darauf mit einem besonderen Ausschuss, in dem dieses Volksbegehren offensichtlich sehr intensiv diskutiert wurde. Der Ausschussbericht zählt jedenfalls zahlreiche Wortmeldungen auf, ohne freilich auf den Inhalt einzugehen. Er schließt sodann mit dem „Antrag, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen“. Mit diesem „Ergebnis“ endete auch dieses Volksbegehren wie fast alle anderen zuvor.

Gegen diese offenkundige Schwäche der Institution Volksbegehren wurde in dieser Legislaturperiode selbst ein Volksbegehren eingebracht, das

– neben vielen anderen, vielleicht zu vielen Themen – auch den Antrag enthielt, dass über ein von mehr als 300.000 BürgerInnen unterstütztes Volksbegehren eine Volksabstimmung stattfinden soll, wenn ihm der Nationalrat nicht hinreichend Rechnung trägt. Diese Initiative „MeinOE(sterreich)“ erzielte jedoch nicht die erforderliche Anzahl von Unterstützungserklärungen. Eine ähnliche Forderung wurde aber schon in der Vergangenheit immer wieder und in jüngster Zeit von einer Reihe anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen und auch von politischen Parteien gestellt. Stimuliert wurde diese Diskussion durch eine in den letzten Jahren stark veränderte Rechtslage in Deutschland, wo heute in allen Bundesländern (aber nicht auch auf Bundesebene) das Modell einer dreistufigen Volksbeteiligung an der Gesetzgebung existiert. Die deutschen Erfahrungen zeigen, dass die Wirkung dieses Modells nicht darin besteht, dass Volksabstimmungen am laufenden Band stattfinden, sondern dass sich die Landtage sehr intensiv mit solchen Volksinitiativen auseinandersetzen, womit genau jene Schwäche kompensiert wird, die das österreichische Beispiel charakterisiert. Die Transformation des deutschen Modells würde allerdings in Österreich im Licht der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes eine Gesamtänderung der Bundesverfassung bilden, die ihrerseits gemäß Art. 44 Abs. 3 B-VG einer Volksabstimmung bedürfte. Die Regierungsparteien reagierten im Jänner 2013 mit einem Initiativantrag, der eine intensiviertere Beratung von Volksbegehren im Nationalrat vorsah, aber nicht wirklich garantieren konnte, dass



... um am Ende zu Beschlüssen zu gelangen, die zum Besten des Landes und seiner Menschen sind © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Christian Hofer, Mike Ranz

es zu einem Gesetzgebungsverfahren kommt, was der eigentliche Sinn eines Volksbegehrens wäre. Angestoßen auch durch eine Enquete des Bundesrates am 10. April 2013 wurde dieser Antrag von den Regierungsparteien in Kooperation mit den Grünen radikal geändert: Es soll über ein in Gesetzesform eingebrachtes Volksbegehren, das 10 Prozent, im Fall von Verfassungsbestimmungen 15 Prozent der BürgerInnen unterstützen, zwingend eine Volksbefragung stattfinden, sofern es nicht vom Nationalrat ohne wesentliche Änderungen als Gesetz beschlossen wird. Der Sinn dieser Reduktion einer rechtlich verbindlichen auf eine unverbindliche Volksentscheidung ist es, dem Nationalrat die von der verfassungsrechtlichen Grundordnung verlangte Letztverantwortung zu wahren. Dem Ergebnis einer solchen konsultativen Volksentscheidung kommt gewiss ein hoher politischer Druck zu, dem sich die Nationalratsmehrheit nur mit starken Argumenten – aber wenn solche bestehen (wie etwa Menschenrechts-, Völkerrechts- oder Unionsrechtswidrigkeit), dann eben doch – entziehen kann. Die Herausforderung an den Nationalrat ist damit groß; aber zu behaupten, dass er ihr gegenüber populistischen Initiativen nicht standhalten könne, würde die repräsentative Demokratie selbst massiv in Frage zu stellen.

Die schon angekündigte Beschlussfassung über diesen Antrag wurde zuletzt doch noch verschoben. Zu gewichtig war der Einwand, dass eine so gravierende Änderung der Bundesverfassung nicht ohne eine Begutachtung und eine öffentliche Diskussion beschlossen werden sollte. Es kann nicht überraschen,

dass es in dieser Begutachtung viel Kritik und eher wenig Zustimmung gab. Den AnhängerInnen von mehr direkter Demokratie ist dieser Vorschlag zu wenig, den ApologetInnen der repräsentativen Demokratie geht er dagegen schon viel zu weit. Der Grundgedanke – eine Volksbefragung über ein breit unterstütztes, aber vom Nationalrat nicht umgesetztes Volksbegehren – ist ein Kompromiss zwischen diesen beiden Positionen, die die gegenwärtige Diskussion prägen. Erkennt man mit Hans Kelsen im Kompromiss das Wesen der Demokratie, dann kann man darin durchaus eine demokratiepolitische Qualität dieses Vorschlags sehen.

Der Entwurf ist es jedenfalls wert, in der kommenden Legislaturperiode nochmals auf die politische Agenda gesetzt zu werden. Sinnvoll erscheint der Vorschlag der Präsidentin des Nationalrates, ihn zum Thema einer parlamentarischen Enquete zu machen, weil dort BefürworterInnen und KritikerInnen ihre Argumente kommunizieren und vielleicht dadurch zu einem Kompromiss finden können.

Der Antrag ist aber auch noch in den Details durchaus diskussionsbedürftig. Hier sei nur ein einziger Punkt hervorgehoben. Eine Volksbefragung soll stattfinden, wenn der korrespondierende Gesetzesbeschluss des Nationalrates „nicht nur unwesentlich“ vom Gesetzentwurf des Volksbegehrens abweicht. Es ist aber, wie schon gesagt, nicht der Sinn des Drei-Stufen-Modells, Volksentscheidungen (seien sie, wie in Deutschland, rechtlich bindend, seien sie, wie nach diesem Entwurf, bloß konsultativ) auf Biegen und Brechen durchzuführen. Es geht primär darum, dass sich die Volksvertretung intensiv mit einem Volksbegehren auseinandersetzt

und sich um seine Umsetzung bemüht. Daher sollte das Verfahren offen sein für Gespräche auf Augenhöhe zwischen den ProponentInnen und den Abgeordneten. Es ist nicht von vornherein anzunehmen, dass InitiatorInnen von Volksbegehren vernünftigen Argumenten nicht zugänglich sind. Es gibt dafür historische Beispiele auch in Österreich. So wurde über das Gentechnik-Volksbegehren, das auf gravierende unionsrechtliche Bedenken stieß, zwischen der damals zuständigen Bundesministerin und den VertreterInnen des Volksbegehrens intensiv verhandelt und eine Lösung gefunden, die letztlich auch für die InitiatorInnen akzeptabel war.

5. Fazit: Qualität in der Entschleunigung

Demokratie ist, das wurde schon gesagt, mühsam. Sie ist deshalb auch langsam. Nur so kann freilich auch garantiert werden, dass Entscheidungen nicht über die Köpfe der Beteiligten und Betroffenen hinweg gefällt werden, auch wenn es AkteurInnen gibt, die die Geduld der anderen oft, manchmal schamlos überstrapazieren. Letztlich liegt darin eine Qualität der Demokratie, die sie über alle denkbaren Alternativen weit hinaushebt.

Zum Autor: em. Univ.-Prof. Dr. Theo Öhlinger war u.a. von 1974 bis 2007 Ordinarius für öffentliches Recht an der Universität Wien, 1977–1989 Ersatzmitglied des VfGH, 1989–1995 Direktor der Verwaltungsakademie des Bundes, 1995–2005 Vorstand des Instituts für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien, 2003–2005 Mitglied des Österreich-Konvents und 2007/08 Mitglied der Arbeitsgruppe Verfassungsreform im Bundeskanzleramt.



Die Finanz- und Wirtschaftskrise war wiederholt Thema der Plenardebatten im Nationalrat © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Leo Hagen

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

Aktives Parlament in Zeiten der Krise

Die Abgeordneten nahmen im Kampf gegen die Wirtschaftskrise eine zentrale Rolle ein. Nicht zuletzt die zahlreichen und umfassenden Parlamentsbeschlüsse ermöglichten eine ebenso ambitionierte wie nachhaltige Wirtschaftspolitik für Österreich.

Zunächst erinnerte manches an 1929. Es war Herbst, und die schlechte Nachricht kam aus New York. Der Zusammenbruch einer US-Bank hatte das internationale Kreditgeschäft zum Stocken gebracht. Auch österreichische Banken litten unter Liquiditätsengpässen, und bald schlug die globale Krise über Exportmärkte auf die heimische Realwirtschaft durch. Eine schwere Wirtschaftskrise drohte, antizyklisches Handeln war gefragt. Das Parlament reagierte – im Gegensatz zu 1929 – rasch, umfassend und präzise: Schon im Oktober 2008 beschloss der Nationalrat ein milliardenschweres Bankenhilfspaket zur Stabilisierung des Finanzsektors und bald darauf große Konjunkturpakete: Die Liquidität der Unternehmen wurde gestärkt, Investitionen und Beschäftigung wurden gefördert, Kurzarbeitsmöglichkeiten und Umschulungen ausgeweitet, und ein Programm zur thermischen Gebäudesanierung wurde gestartet. Die ArbeitnehmerInnen blieben in den Betrieben oder qualifizierten sich neu.

Mit einer vorgezogenen Steuerreform belebten die ParlamentarierInnen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und erleichterten zugleich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch Förderung der Kinderbetreuung.

Arbeitsplätze gesichert, Krise überwunden ...

Der „Kampf gegen die Krise“ stand in der letzten Gesetzgebungsperiode ganz oben auf der Agenda des Nationalrates. Die Priorität galt für alle Ausschüsse, nicht nur dort, wo Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktprobleme zu lösen waren, sondern auch bei der Wahl der Themen für Diskussionsveranstaltungen im Parlament sowie bei den internationalen Kontakten der ParlamentarierInnen. Die Erfolge bestätigen die weitreichenden Entscheidungen der Abgeordneten – die Rezession war in Österreich weniger tief und dauerte weniger lang, die Arbeitslosigkeit war geringer und das Wachstum stellte sich schneller und stärker wieder ein als in der Europäischen Union und in den meisten anderen Ländern.

... und die Lösung von Budgetproblemen eingeleitet

Mit der Stabilisierung des Finanzsektors, dem Ende der Rezession auf den Gütermärkten und der Rückkehr des Wirtschaftswachstums ab der zweiten Hälfte des Jahres 2009 war die Krise aber nicht vorbei. Die Maßnahmenpakete hatten das Budget belastet. Nun war richtig dimensionierte Konsolidierung mit gutem Timing gefordert, um dem noch zarten Pflänzchen Wachstum nicht zu schaden. Der Sanierungsarbeit kam das neue Haushaltsrecht zustatten, es erlaubt den flexiblen Einsatz von Rücklagen und stärkt die mittelfristige Haushaltsplanung sowie eine wirkungsorientierte Erstellung und Kontrolle des Budgets durch die Abgeordneten. Der Budgetausschuss arbeitete intensiver denn je mit ExpertInnen zusammen und schuf sich 2012 mit dem neuen parlamentarischen Budgetdienst einen eigenen „Think Tank“ zur ökonomischen Analyse von Haushaltsfragen. Mit einer „ambitionierten“ Konsolidierungspolitik – so das Lob der EU-Kommission –

führte Österreich sein erhöhtes Defizit rasch zurück, erfüllte den Fiskalpakt und hat realistische Aussichten, das im Stabilitätsprogramm angepeilte Nulldefizit 2016 zu erreichen.

Europäische Weichenstellungen

Frisches Geld zur makroökonomischen Stärkung der Nachfrage allein reichte gegen die Krise aber nicht aus. Die Maßnahmen mussten europäisch abgestimmt, politische Defizite auf europäischer Ebene mussten überwunden und EU-Beschlüsse innerstaatlich umgesetzt werden. EU-Ausschüsse und Fachausschüsse waren gefordert, als es darum ging, eine neue europäische Finanzarchitektur zur Überwindung der Schwächen des Wachstums- und Stabilitätspaktes zu schaffen, Hilfe für Euro-Staaten mit krisenbedingten Budgetproblemen zu organisieren und einen dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus einzurichten. Dazu kamen neue Regeln für die Finanzmärkte und Weichenstellungen für Finanztransaktionssteuer und Bankenunion. Die Darstellung der Details bleibt HistorikerInnen und ÖkonomInnen vorbehalten, markante Beispiele konkreter politischer Arbeit des Wirtschafts- und anderer Fachausschüsse sollen an dieser Stelle aber nicht unerwähnt bleiben.

Unterstützung für Exporteure, KMU und Tourismus

Als sich trotz Bankenhilfe und Konjunkturpaketen zu Beginn des Jahres 2009 eine Rezession abzeichnete und die Arbeitslosigkeit auf 300.000 Menschen stieg, debattierte der Wirtschaftsausschuss mit dem Ressortchef und der Spitze des Austria Wirtschaftsservice umgehend die Förderung der thermischen Gebäudesanierung, den raschen Einsatz der „Mittelstandsmilliarde“ zur Stärkung von Eigenkapital und Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) sowie erstmals über eine Umwidmung von Mitteln des Bankenpakets für Industrieunternehmen.

Schon 20 Monate später konnte der Minister die Abgeordneten über erste Erfolge informieren: Die Exporte wuchsen 2010 wieder stark und sollten den Vorkrisenstand bereits 2011 übertreffen. Auch die 300.000 kleinen und mittleren Unternehmen, immerhin 99,6 Prozent der heimischen Betriebe, bewältigten die Krise erfolgreich. Die 45.000 Tourismusbetriebe gewannen 2009 trotz starker Rückgänge im internationalen Reiseverkehr Marktanteile. Die Österreich Werbung sprach alte wie neue Gästegruppen an, die Hoteltreue handforderte Hoteliers und Gastronomen, davon 257 JungunternehmerInnen allein im Jahr 2011, die in Qualitätsangebote investier-

ten und die Branche in eine anhaltende Wachstumsperiode mit historischen Nächtigungs- und Umsatzrekorden führten. Dabei schufen die TouristikerInnen viele neue Arbeitsplätze, vor allem für Frauen und junge Menschen.

Politik schafft nachhaltiges Wachstum

Paradebeispiel für intelligente, nachhaltige Wachstumspolitik ist das Förderungsprogramm zur thermischen Gebäudesanierung. Es bringt Arbeit und nützt Wirtschaft, Energiepolitik, Umwelt und Klimaschutz. Allein im Krisenjahr 2009 lösten 60 öffentliche Förderungsmillionen bei 14.400 privaten Projekten 480 Millionen Euro an Investitionen aus. 18 Millionen Euro an Förderungen für 530 Betriebssanierungen mobilisierten 90 Millionen Euro an Investitionen. 8.700 Green Jobs entstanden. 110.000 Tonnen betrug die CO₂-Einsparung im ersten Programmjahr und 3,3 Millionen Tonnen weniger CO₂ errechnet das Wifo für die gesamte Nutzungsdauer der sanierten Gebäude.

"Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch", schrieb Friedrich Hölderlin als Zeitgenosse dramatischer historischer Umwälzungen. Die erfolgreiche Arbeit des Nationalrates bei der Bewältigung der jüngsten Wirtschaftskrise bestätigt diesen Satz des Klassikers.

Mag. Leopold Bernd Fruhmann

Österreichische Stabilisierungspolitik

Mit den Konjunkturpaketen 2008/2009 setzte der Bund gemeinsam mit den Ländern gezielte Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Kurz vor der Nationalratswahl 2008 beantragte die US-Bank Lehman Brothers Inc. am 15. September 2008 Insolvenz gemäß Chapter 11 und löste damit eine Schockwelle im globalen Finanzsystem aus, die die US-Finanzmarktkrise zu einer globalen Wirtschafts- und Finanzkrise vergrößerte. Die Auswirkungen auf die Realwirtschaft auch in Österreich waren gravierend – im 1. und 2. Quartal 2009 fiel das österreichische Bruttoinlandsprodukt (BIP) jeweils um rund sechs Prozent gegenüber den jeweiligen Vorjahresquartalen (Statistik Austria). Die Zahl der vorgezeichneten Arbeitslosen in Österreich stieg im März 2009 um über 60.000 Personen (gegenüber März 2008) auf 271.127 an.



Mag. Norbert Feldhofer
© Feldhofer

Angesichts dieser dramatischen Entwicklungen reagierte die österreichische Bundesregierung mit mehreren Politikpaketen zur Stabilisierung der Realwirtschaft. Das Gegensteuern erfolgte durch Stärkung der Nachfrage (Einkommen und Investitionen), Arbeitsmarktpolitik und Unterstützung für die Unternehmensfinanzierung. Damit entsprach das Stabilisierungsprogramm auch den Grundsätzen des

„Europäischen Konjunkturprogramms“¹, das einen massiven Kaufkraftschub für die Wirtschaft einforderte, um die Nachfrage zu beleben und das Vertrauen wiederherzustellen.

Starke Konjunkturimpulse

Mit Beschluss des Konjunkturbelebungsgesetzes 2008² („Mittelstandsmilliarde“) am 28. Oktober 2008 durch den Nationalrat wurde das erste Konjunkturpaket verabschiedet – ein paar Tage nach Verabschiedung des Bankenhilfspakets (Interbankmarktstärkungsgesetz und Finanzmarktstabilitätsgesetz³). Nur wenige Monate später wurde das zwei-

1) Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat: Europäisches Konjunkturprogramm, Brüssel, 26.11.2008, KOM(2008) 800 endg.

2) BGBl. I Nr. 137/2008.

3) beide in: BGBl. I Nr. 136/2008.

te Paket – „Investitionsoffensive“¹ (u.a. Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H., thermische Sanierung) – beschlossen, die Steuerreform² vorgezogen und das Arbeitsmarktpaket³ in Kraft gesetzt. Diese Politikmaßnahmen umfassten zusammen ein Volumen von rund 3,5 Prozent des nominellen BIP 2008 und waren im Jahr 2009 die zentralen Säulen der österreichischen Stabilisierungspolitik. Gemeinsam mit den Maßnahmen der Bundesländer erreichten die Stabilisierungsmaßnahmen 4,2 Prozent des BIP 2008 – damit hatte Österreich im internationalen Vergleich einen der größten Konjunkturimpulse gesetzt.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut analysierte die gesamtwirtschaftlichen Wachstums- und Beschäftigungseffekte dieser Maßnahmen (unter Berücksichtigung der signifikanten Impulse der Konjunkturpakete der wichtigsten Handelspartner Österreichs): „Modellberechnungen zeigen, dass der konjunkturbedingte Einbruch in Österreich in den Jahren 2009 und 2010 kumuliert um 2,1 Prozent des realen BIP gedämpft wird“⁴. Das erhöhte die Beschäftigung um 23.500 Personen im Jahr 2009 und kumuliert um 41.500 Personen im Jahr 2010.

Maßnahmenmix als Erfolgsbasis

Die wichtigste Einzelmaßnahme der Stabilisierungspolitik war die Erhöhung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte durch die vorgezogene Steuerreform 2009. Durch eine Tarifreform im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer (Senkung aller Steuersätze, ausgenommen Spitzensteuersatz, und Änderungen der Tarifzonen) wurde eine Steuerentlastung um 2,3 Milliarden Euro erzielt. Das Familienpaket (Erhöhung Kinderabsetzbetrag, Einführung Kinderfreibetrag, Absetzung Kinderbetreuungskosten) steuerte weitere 510 Millionen Euro zur Stärkung der privaten Einkommen bei.

Intelligente Investitionen

Im „Europäischen Konjunkturprogramm“ wurde auch festgelegt, dass „intelligente Investitionen“ u.a. zu einer schadstoffarmen Wirtschaft angestoßen werden sol-

len. Mit der Förderung von Maßnahmen der thermischen Sanierung im privaten Wohnbau und in Betrieben entsprach Österreich diese Aufforderung. Im gesamten Aktionszeitraum 2009/2010 wurden knapp 15.000 Anträge genehmigt (Umweltförderungen des Bundes 2012, Kommunalkredit Public Consulting) – mit einem Fördervolumen von 90 Millionen Euro wurden Investitionen von rund 600 Millionen Euro ausgelöst und gleichzeitig konnten rund 130.000 Tonnen CO₂ jährlich eingespart werden. Diese Förderaktion wurde für die Jahre 2011–2014 mit adaptierten Bedingungen verlängert.

Neben der Stärkung der Einkommen und Erhöhung der Investitionen setzten die Arbeitsmarktpakete, insbesondere mit der Ausweitung der Kurzarbeit, konkrete arbeitsmarktpolitische Aktionen zur Beschäftigungssicherung. Mit der Neuregelung der Kurzarbeit (Beihilfengewährung auf bis zu 24 Monate ausgedehnt, Qualifizierungsbeihilfe, Abgeltung der erhöhten Aufwendungen des Dienstgebers für die Sozialversicherungsbeiträge ab dem 7. Monat) wurde ein beispielhaftes Krisenbekämpfungsinstrument geschaffen. 66.400 Personen nahmen 2009 die Kurzarbeit in Anspruch (Höchststand im April 2009 mit 37.087 ArbeitnehmerInnen in mehr als 300 Betrieben) – damit stellte die Kurzarbeit ein zentrales Instrument zur Beschäftigungssicherung in der Wirtschafts- und Finanzkrise dar.

Die Maßnahmen im Bereich der Unternehmensfinanzierung waren auf das Vermeiden einer Kreditklemme ausgerichtet. Insbesondere das Haftungsinstrumentarium der Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft (aws) und deren Ausweitung während der Krise dämpften substanziell die Kreditklemme für Klein- und Mittelunternehmen. Die angespannte Lage am Finanzmarkt und die Wirtschaftslage 2009 führten jedoch selbst bei österreichischen Großunternehmen zu unerwarteter Kapitalknappheit. Um die Bewältigung der Krise und die Sicherung von Arbeitsplätzen zu erleichtern wurde daher 2009 das Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetz⁵ (ULSG) beschlossen.

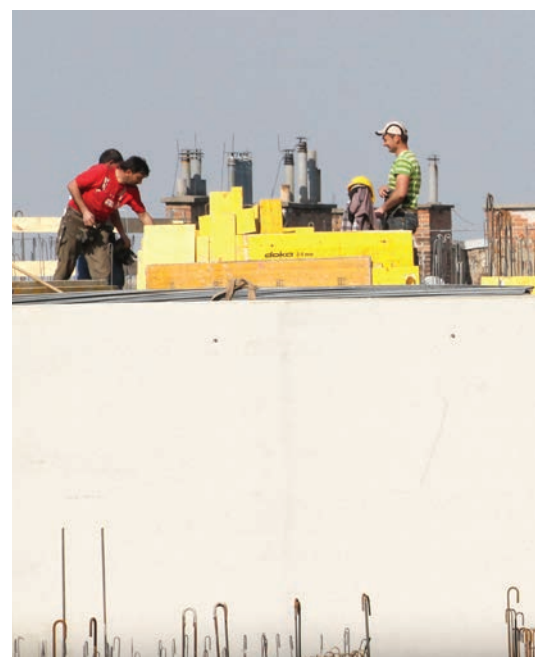
Weitere Reformen

Der maximale Garantiebetrug je Unternehmen war mit 300 Millionen Euro begrenzt, die maximale Laufzeit

betrug fünf Jahre, die Abwicklung erfolgte über die Österreichische Kontrollbank. Mit einem Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetz-Haftungsvolumen von 1,3 Milliarden Euro (damit behaftete Kredite von 2,25 Milliarden Euro) wurde bei mehr als 40 Großunternehmen die Refinanzierungssituation erleichtert.

Das Wirtschaftswachstum Österreichs ist 2009 mit minus 3,8 Prozent massiv eingebrochen, aber bereits 2010 und 2011 konnten wieder 1,8 bzw. 2,8 Prozent Wachstum erzielt werden. Die rasche und umfassende Reaktion der österreichischen Stabilisierungspolitik 2008/2009 hat zu diesem im Vergleich mit den EU-27-Ländern relativ guten Ergebnis beigetragen. Die Krise des europäischen Finanzsystems ist jedoch tief greifend, und um eine langfristige Stabilisierung zu erreichen, muss auch in Zukunft noch eine breite Palette von systemrelevanten Reformen umgesetzt werden.

Zum Autor: Mag. Norbert Feldhofer ist seit 2008 Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt (BKA). Das Monitoring der Umsetzung der Konjunkturpakete wurde durch seine Abteilung durchgeführt. Davor war er bei der Weltbank in Washington D.C., im Amt des Hohen Repräsentanten in Bosnien und Herzegowina sowie in verschiedenen Abteilungen im BKA tätig.



Konjunkturankurbelung war zentrales Element

1) BGBl. I Nr. 27/2009 bzw. Ministerratsbeschluss vom 23.12.2008

2) BGBl. I Nr. 26/2009

3) BGBl. I Nr. 12/2009 (Beschäftigungsförderungsgesetz 2009)

4) Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Konjunkturpakete I und II und der Steuerreform 2009, Juni 2009.

5) BGBl. I Nr. 78/2009

Neue finanz- und wirtschaftspolitische Steuerungsarchitektur

Wirtschafts- und Finanzmarktkrise samt darauffolgender Schuldenkrise führten in EU bzw. Eurozone zu einer umfassenden Reform der finanz- und wirtschaftspolitischen Steuerung.

Das Entstehen der Schuldenkrise in der Eurozone lässt sich direkt auf die Schwächen des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) zurückführen. Sowohl die mangelnde präventive Haushaltsführung als auch die zahnlose Durchsetzung der Vorschriften des SWP führten zu unzureichenden Haushaltspositionen. Zusätzlich war auch das Fehlen einer makroökonomischen Überwachung auf EU-Ebene eine Schwachstelle der wirtschaftspolitischen Steuerung.

Die Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU bzw. der Eurozone

Das Kernstück der neuen Steuerungsarchitektur, das so genannte „Six-Pack“, das am 13. Dezember 2011 in Kraft trat, behebt diese Probleme. Neben einer effektiveren Ex-ante-Koordinierung, einer stärkeren Berücksichtigung von Schuldenquoten und effizienten Durchsetzungsmechanismen wurde auch ein neuer makroökonomischer Überwachungsrahmen eingeführt und zusätzlich Mindestanforderungen an die nationalen Haushaltsrahmen verabschiedet.



Mag. Harald Waiglein
© photonews.at/
Georges Schneider

Komplementiert wird das „Six-Pack“ durch den am 1. Jänner 2013 in Kraft getretenen Fiskalpakt. Dieser stellt weniger neue fiskalpolitische Regeln auf, sondern ergänzt und vertieft das bereits bestehende Regelwerk. Kernelement ist die Anforderung an die Mitgliedstaaten, eine Schuldenbremse zu implementieren. Zusätzlich ist am 30. Mai 2013 das so genannte „Two-Pack“ in Kraft getreten. Der Fokus dieser beiden für die Eurozone relevanten Rechtstexte liegt auf der Intensivierung der Koordinierung nationaler Haushaltspolitiken, der Stärkung nationaler Fiskalrahmen und der verstärkten Überwachung von Mitgliedstaaten, die einem Verfahren wegen übermäßiger Defizite unterliegen.

Österreich entspricht den neuen EU-Fiskalregeln unter anderem durch die Implementierung der nationalen Schuldenbremse, die Verabschiedung

des österreichischen Stabilitätspaktes und die Einrichtung eines unabhängigen Fiskalrates.

Die Krisenmechanismen

Seit Anfang 2010 wurden fortlaufend neue Instrumente der Krisenfinanzierung für das Euro-Währungsgebiet entwickelt. Eine stärkere Koordinierung im Rahmen des reformierten SWP und die Möglichkeit finanzieller Unterstützung im Notfall sind dabei zwei Seiten einer Medaille.

Der bereits 1957 in Artikel 108 des EWG-Vertrags vorgesehene Beistand wurde durch bilaterale und intergouvernementale Instrumente für Euroländer ergänzt, da seit Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion Hilfe nur mehr für Nicht-Euro-Mitgliedstaaten möglich war. Im Frühjahr 2010 wurden bilaterale Kredite durch die anderen Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets an Griechenland vergeben. In weiterer Folge wurden temporär die Europäische Finanzstabilitätsfazilität (EFSF) und der Europäische Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) geschaffen.

Im Jahr 2012 konnte schließlich der dauerhafte Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) aus der Taufe gehoben werden (der ESM-Vertrag trat am 27. September 2012 in Kraft). Mit einer Kapitalausstattung von 700 Milliarden Euro (davon eingezahltes Kapital i.H.v. 80 Milliarden Euro) soll der ESM Stabilitätshilfe von bis zu 500 Milliarden Euro vergeben können. Der Europäische Stabilitätsmechanismus gibt die Möglichkeit, Unsicherheit unter den Finanzmarktakteuren zu reduzieren und damit die Wahrscheinlichkeit einer Ausdehnung einzelstaatlicher Krisen auf die gesamte Eurozone und darüber hinaus zu verringern. Damit kann der ESM als weiterer Baustein zur Vervollständigung der Wirtschafts- und Währungsunion gelten.

Die Reform der Finanzarchitektur

Zur Überwindung der negativen Rückkopplung zwischen Staatsverschuldung und Bankenrettung wurde die sog. „Bankenunion“ beschlossen. Zentrale Elemente sind der einheitliche Aufsichtsmechanismus, d.h. die Europäische Bankenaufsicht (SSM), der einheitliche Abwicklungsmechanismus (SRM) sowie die gemeinsame Einlagensicherung. Der SSM setzt sich aus der Europäischen Zentralbank und den nationalen Aufsichtsbehörden zusammen. Um eine



der österreichischen Stabilisierungspolitik © brandy/picturedesk.com

effiziente und praktikable Aufsicht der rund 8.000 Banken in der Eurozone zu ermöglichen, wird der EZB die unmittelbare Kompetenz für die Beaufsichtigung von systemrelevanten Banken übertragen. Weniger bedeutende Banken unterliegen der nationalen Aufsicht. Zwecks Sicherung der Gleichwertigkeit des Aufsichtssystems kann die EZB Leitlinien, Empfehlungen und Weisungen allgemeiner Natur erlassen, auf deren Basis die nationalen Aufsichtsbehörden zu agieren haben. Die EZB kann aus eigener Initiative oder auf Antrag der nationalen Behörde jederzeit die Aufsicht über jede Bank übernehmen. Mitgliedstaaten, die nicht der Eurozone angehören, können im Rahmen einer engen Kooperation am Aufsichtsmechanismus teilnehmen. Bezüglich des einheitlichen Abwicklungsmechanismus liegt seit 10. Juli 2013 ein Vorschlag der Kommission für eine entsprechende Verordnung vor. Diesem zufolge würden alle Banken sowie bestimmte Wertpapierfirmen derjenigen Mitgliedstaaten dem SRM unter-

liegen, die dem SSM entweder direkt oder im Rahmen der engen Kooperation angehören. Der Vorschlag beschränkt sich damit nicht nur auf Banken, die von der EZB direkt beaufsichtigt werden. Die Verordnung sieht vor, dass Verluste so weit wie möglich von Eigentümern, Risikokapitalgebern und eingeschränkt dann auch Gläubigern getragen werden müssen. Aus rechtlichen Gründen wird die finale Entscheidung über eine Abwicklung von der Kommission getroffen werden, eine neue Agentur wird in Kooperation mit den nationalen Abwicklungsbehörden den überwiegenden Anteil der operativen Arbeit durchführen. Zur Finanzierung von Abwicklungen ist ein zentraler Abwicklungsfonds vorgesehen, der ausschließlich von den Banken nach Risikogesichtspunkten gespeist werden soll. Im Zusammenhang mit dem SRM ist auch relevant, dass die EU-Richtlinie zur Bankenrestrukturierung und Abwicklung verabschiedet wird. Der Zusammenschluss der nationalen

Einlagensicherungen zu einem supranationalen System ist das dritte Element der Bankenunion, welches aber infolge erheblicher Bedenken einzelner Länder einstweilen zurückgestellt ist. Derzeit beschränkt man sich bei den Verhandlungen zur Novellierung der Einlagensicherungsrichtlinie auf eine tiefer gehende Harmonisierung der nationalen Sicherungssysteme. Längerfristig ist mit einer Änderung der Verträge zur Arbeitsweise der Europäischen Union zu rechnen, da diese Vertragsänderungen klarere Strukturen ermöglichen.

Zum Autor: Mag. Harald Waiglein ist seit Juli 2012 Leiter der Sektion „Wirtschaftspolitik und Finanzmärkte“ im Bundesministerium für Finanzen. In dieser Funktion vertritt er Österreich unter anderem als Direktor im Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und in der European Financial Stability Facility (EFSF) sowie als Mitglied des Wirtschafts- und Finanzausschusses der EU (EFC).

Europäische und österreichische Reaktionen auf die Finanzkrise

International koordinierte nationalstaatliche Maßnahmen als Basis der weltweiten Krisenbekämpfung betrafen nicht nur die Realwirtschaft, sondern auch den Bankensektor

Entwicklungen weltweit und in Europa

Während im Jahr 2007, in der Anfangsphase der Subprime-Krise in den USA, die ersten Krisenanzeichen noch zu keiner großen Resonanz an den Finanzmärkten geführt hatten, bewirkte die Insolvenz der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 einen enormen Schock auf den weltweiten Finanzmärkten.

In Folge stieg die Risiko-Aversion vieler Banken merklich an. Interbank-Kreditmärkte trockneten aus. Viele Banken konnten dringend benötigte Liquidität entweder nur noch sehr schwer oder überhaupt nicht mehr aufnehmen. Die Bereitschaft von Banken, Kredite zu vergeben, nahm stark ab. Die Europäische Zentralbank, die Bank of England sowie die US-amerikanische Notenbank reagierten sehr schnell auf dieses Problem und stellten den Banken große Mengen an Liquidität zur Verfügung. Sie bewiesen damit in



**Gouverneur a.D.
Dr. Klaus
Liebscher**
© Oesterreichische
Nationalbank

eindrucksvoller Weise ihre Fähigkeit zu abgestimmtem Vorgehen und ihre Problemlösungskapazität.

In der Europäischen Union gab es auch eine sehr schnelle Reaktion der Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission. Insbesondere im Herbst/Winter 2008 schnürten viele EU-Mitgliedstaaten Bankenhilfspakete; darunter Österreich, Frankreich, Irland, Deutschland, Dänemark und Portugal. Die „Generaldirektion Wettbewerb“ der Europäischen Kommission, also die zuständige Europäische Wettbewerbsbehörde für die Prüfung und Genehmigung staatlicher Beihilfen, sorgte sehr schnell für EU-weit gleiche Bedingungen hinsichtlich dieser Beihilfen.

Entwicklungen in Österreich

Bereits Ende Oktober 2008, also zu einem Zeitpunkt, als sich auf europäischer Ebene die Entwicklung gemeinsamer Rahmenbedingungen noch in der ersten Anfangsphase befand, traten das Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG) sowie das Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FinStaG) in Kraft. Diese Gesetze wurden schnell als „Österreichisches Bankenhilfspaket“ bekannt. Das Paket wurde am 9. Dezember 2008 von der Europäischen Kommission beihilferechtlich genehmigt. Österreich hatte nun die Möglichkeit, Kreditinstituten Kapital zur Verfügung zu stellen, Haftungen zu übernehmen sowie die Bereitstellung dringend benötigter Liquidität abzusichern. Das vorrangige Ziel in dieser Krisensituation war es, Vertrauen zu sichern.¹ Einen nicht zu unterschätzenden weiteren Beitrag zur Aufrechterhaltung des Vertrauens der Bankkunden leistete die vorüberge-

¹) Abg. Mag. Peter Michael Ikrath gemäß Stenographischem Protokoll der Nationalratssitzung vom 20. Oktober 2008: „... Dieses Paket erzeugt jenes Vertrauen, das wir so dringend auf den Märkten brauchen – zwischen den Sparern und den Banken, zwischen den Unternehmen und den Banken und letztlich zwischen den Banken selbst ...“

hende Aufhebung der betragslichen Begrenzung der Einlagensicherung.²

In dieser Phase war es, auch durch die Signalwirkung an die Märkte, sehr wichtig, die Eigenkapitalbasis der systemrelevanten Banken zu stärken. Die Republik Österreich übernahm von insgesamt fünf österreichischen Banken begebenes Partizipationskapital in der Gesamthöhe von 5,4 Milliarden Euro, für das von drei Banken von Anbeginn die vereinbarten Dividenden an den Bund entrichtet wurden. In noch erheblich größerem Umfang, nämlich bis zu einem im Jahr 2010 erreichten Höchstausmaß von ca. 25 Milliarden Euro, wurden staatliche Haftungen für Anleihe-Emissionen auf der Grundlage des IBSG übernommen. Damit konnten diese Banken besser Liquidität an den Märkten aufnehmen, womit auch der Gefahr von Engpässen bei der Kreditversorgung der Wirtschaft entgegengewirkt wurde.

Alles in allem waren für das österreichische Bankenpaket 100 Milliarden Euro eingeplant (im FinStaG 15 Milliarden Euro, die derzeit mit 13,7 Milliarden Euro ausgenutzt sind). Aus dem Rahmen des Bankenpakets wurden durch das im Jahr 2009 verabschiedete Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetzes (ULSG) Bundeshaftungen im Ausmaß von 10 Milliarden Euro für Unternehmensfinanzierungen übernommen. Im Jahr 2010 wurden aus dem Rahmen des Bankenpakets Bundeshaftungen in Höhe von 15 Milliarden Euro zu Gunsten des Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetzes umgewidmet.

Im November 2008 musste die Kommunalkredit Austria AG zu 99,78 Prozent in Bundeseigentum übernommen werden. Die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG ging im Dezember 2009 gänzlich in Bundeseigentum über. Beide Banken wurden damals als systemrelevant eingestuft. Im Jahr 2012 erwarb die Republik Österreich Anteile an der Österreichischen Volksbanken-AG (Kapitalanteil der Republik Österreich: 43,3 Prozent).

Österreich hat schnell, mutig und flexibel auf die Finanzkrise und deren



Die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG ging 2009 gänzlich in Bundeseigentum über
© FOLTIN Jindrich/WirtschaftsBlatt/picturedesk.com

Folgen reagiert. Durch die getroffenen Maßnahmen konnte der heimische Bankensektor stabilisiert und in weiterer Folge negative Rückwirkungen auf die österreichische Realwirtschaft weitgehend vermieden werden.

Die Gestionierung der Kapitalmaßnahmen für Banken

Bereits im November 2008 wurde die FIMBAG Finanzmarktbeteiligung Aktiengesellschaft des Bundes gegründet. Sie verwaltet treuhändig für den Bund die auf der Grundlage des FinStaG übernommenen Anteilsrechte und Partizipationskapitalia und kontrolliert u.a. die Einhaltung der Auflagen, die Banken im Gegenzug für staatliche Unterstützung einhalten müssen.

Die Aufgabenstellung der FIMBAG hat in jüngerer Zeit allerdings einen Wandel erfahren. Maßgebend dafür war, dass im Verlauf der in Europa länger als erwartet anhaltenden Finanzkrise, verstärkt durch Verschuldungskrise und konjunkturelle Schwächen in wichtigen regionalen Schwerpunktmarkten, die Geschäftsausrichtung bei einigen der im Rahmen des FinStaG unterstützten Banken eine Neuorientierung erfuhr. Insbesondere die (teil-)verstaatlichten Banken wurden in weiterer Folge Gegenstand von im

Einzelfall von der Europäischen Kommission zu genehmigenden Umstrukturierungsmaßnahmen.

In diesen Fällen sind die Anforderungen an die von der FIMBAG wahrzunehmenden Überwachungsaufgaben naturgemäß weiter gehend und länger andauernd als dies für die alleinige Verwaltung von Partizipationskapital angedacht war.

Die erforderlichen Umstrukturierungen gilt es zügig und unter möglichst weitgehender Begrenzung damit verbundener Belastungen des Staatshaushaltes durchzuführen. Dies wird wahrscheinlich noch einige Zeit als vorrangiges Ziel gesehen werden müssen.

Im Sommer 2013 hat eine Bank ihr gesamtes vom Bund übernommenes Partizipationskapital an die Republik Österreich zurückgezahlt; eine weitere Bank tilgte einen Teilbetrag, sodass sich das aushaftende, von der Republik Österreich gehaltene Partizipationsscheinkapital (nach bei zwei anderen Banken durchgeführten „Kapitalschnitten“) auf 2,8 Milliarden Euro reduzierte.

Zum Autor: Dr. Klaus Liebscher, Vorstand der FIMBAG (gemeinsam mit Adolf Wala), 1995 bis 1998 Präsident und 1998 bis 2008 Gouverneur der Österreichischen Nationalbank.

²⁾ Abg. Kai Jan Krainer dazu, gleichfalls in der Nationalrats-sitzung vom 20. Oktober 2008: „Das Erste, das wir machen, ist, dass wir eine Panik verhindern, indem wir klarstellen: Die Einlagen bei den Banken sind sicher; die Einlagensicherung, unabhängig von der Höhe, ist durch die bestehenden Sicherungssysteme beziehungsweise durch die Republik Österreich gegeben...“

**Dringliche Anfrage****Bürgerinitiative****Abstimmung****Entschließungsantrag**

Parlamentarisches Vokabular in Gebärdensprache

Seit 2005 ist die österreichische Gebärdensprache in der Bundesverfassung verankert und als eigenständige Sprache anerkannt. Im Juli 2009 hielt Mag.^a Helene Jarmer (Grüne) als erste gehörlose Abgeordnete ihre Antrittsrede im Nationalrat in Gebärdensprache. Seither werden alle Reden im Plenum in Gebärdensprache übersetzt. Live-Übertragungen aus dem Nationalrat können, dank einer Kooperation mit dem ORF, über den Satellitensender ORF 2 Europe in Gebärdensprache empfangen werden. Das Parlament erweiterte auch das Angebot auf der Website des österreichi-

schen Parlaments www.parlament.gv.at. In Zusammenarbeit mit dem „ServiceCenter ÖGS barrierefrei“ wurden Informationen zum politischen System Österreichs, zu den Führungen sowie zum Parlamentsgebäude in Gebärdensprache erstellt. Das Angebot wurde um insgesamt 44 Videos erweitert. Nationalratspräsidentin Mag.^a Barbara Prammer richtete aus Anlass dieser Erweiterung eine Videobotschaft in Gebärdensprache an gehörlose Nutzerinnen und Nutzer. Die jüngste Neuerung bietet ein Service für Menschen mit Seh- und/oder Leseschwäche an. Im Sinne eines erwei-

terten barrierefreien Zugangs zu den Inhalten von www.parlament.gv.at werden die Texte der Menüpunkte „Parlament erklärt“, „Gebäude und Führungen“ und „Service“ von „Leopold“ einer von einem erfahrenen Rundfunkmoderator eingesprochenen Computerstimme – bei Bedarf in österreichischem Standarddeutsch – vorgelesen. Mit diesen zusätzlichen Informationsangeboten konnten weitere Schritte in Richtung Barrierefreiheit getan und kann sowohl gehörlosen als auch seh- und/oder leseschwachen Bürgerinnen und Bürgern die Teilnahme am politischen Leben erleichtert werden.

**Bundesgesetz****Abänderungsantrag****Vertagung****Einspruch**



Hohes Haus



Debatte



Wiener Stunde



Ordnungsruf



Redezeit



Sitzungsunterbrechung

Fotos © Parlamentsdirektion/
Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz



Ausschussvorsitzende



Europastunde



Tagesordnung



Zwischenrufe



Sondersitzung

Fotos © Parlamentsdirektion/
Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz



Nationalratspräsidentin

PARLAMENTARISMUS

Mehr Demokratie: Näher bei den BürgerInnen?

Die Debatte über den Ausbau direktdemokratischer Instrumente in der Verfassung ist nicht neu. Seit den 1960er Jahren findet sich das Thema auf der Agenda österreichischer Innenpolitik. Eine der Ursachen für die derzeitige Aktualität liegt in neuen gesellschaftlichen Bewegungen, die eine Einbindung in hoheitliche Entscheidungen fordern.

Im Jahr 1958 erlässt das Parlament Ausführungsbestimmungen für die Durchführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene, 1963 für Volksbegehren. Die zunächst für eine Behandlung im Parlament festgeschriebene Hürde von 200.000 Unterstützungserklärungen wird im Jahr 1981 auf 100.000 gesenkt. War zunächst die Vorlage eines Gesetzentwurfes erforderlich, konnte seit dem 1989 auch eine bloße Anregung, die auf Bundesebene umzusetzen ist, einem Volksbegehren unterzogen werden.

Forderungen aus der Zivilgesellschaft

Besondere mediale Aufmerksamkeit erzielten jüngst drei Initiativen: die Plattform „Mein OE“, die Initiative „mehr demokratie!“ und die Initiative „Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform“. Die erwähnten Plattformen haben als gemeinsames Ziel, den Dialog über die Reform von Demokratie und Parlamentarismus zu unterstützen. So startete die von PolitikerInnen, die Funktionen auf Bundes- oder Landesebene inne hatten, gegründete Plattform „Mein OE“ im Herbst 2011 das Volksbegehren „Demokratie jetzt!“.

Dieses setzte auf neun Forderungen zur Stärkung des Persönlichkeitswahlrechts, zu einem Mehr an direkter Demokratie, einer Stärkung des Nationalrates, strengen Anti-Korruptionsbestimmungen, einer Reform des Föderalismus, der Transparenz in der Parteienfinanzierung, Sicherung der Unabhängigkeit der Medien, Sicherung einer unabhängigen Justiz und Verankerung der Grundrechtecharta der EU in der Bundesverfassung. Die im Jahr 2010 als Verein organisierte Initiative „mehr demokratie!“ steht für eine Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die BürgerInnen durch die Durchführung von Volksabstimmungen, während die Initiative „Mehrheitswahlrecht und

Demokratiereform“ das Wahlrecht als Schlüsselfrage zur Verbesserung der politischen Zustände definiert. Die Diskussion über demokratische Legitimation und Mitbestimmung der BürgerInnen hat auch im Zusammenhang mit der Bewältigung der Wirtschaftskrise an Bedeutung gewonnen. In diesem Kontext wur-



Dr. in Susanne Janistyn-Novák
Parlaments-
vizedirektorin
© Parlaments-
direktion/WILKE

den sowohl das EU-Parlament als auch die nationalen Parlamente als Partner im Prozess zur Gewährung von Finanzhilfen an EU-Staaten etabliert.

Neue Formen des politischen Dialogs

Und nicht zuletzt sind die Entwicklungen der Kommunikationstechnologie in diesem Zusammenhang relevant. Facebook, Twitter, Google, liquid democracy, e-voting, e-government, Web 2.0, um nur einige zu nennen, sind die in diesem Kontext maßgeblichen Stichworte. Die rasche Einholung von Informationen, aber auch die ebenso raschen Reaktionen darauf – und zwar für eine fast unbegrenzte Anzahl an TeilnehmerInnen lassen bei der sogenannten „Web 2.0 Generation“ neue Erwartungen an staatliche Institutionen und die Politik im Allgemeinen entstehen. Neu entstandene politische Bewegungen, wie die Piratenpartei greifen diese Entwicklung auf. Es ist damit zu rechnen, dass in den kommenden Jahrzehnten das politische Umfeld damit dynamischer wird und auch die Anforderungen für die Politik schwie-

riger werden. Erfahrungsgemäß werden Parlamente zu Projektionsflächen der Enttäuschung über Politik und der Ansprüche an politische Institutionen und Entscheidungsformen.

Zeitgemäßer formaler Rahmen

Es steht also die Frage im Raum, welche Auswirkungen diese Tendenzen auf die parlamentarischen Verfahren haben werden. Konzentrierten sich die bisherigen Diskussionen auf die Balance zwischen Regierungsfaktionen und Opposition unter dem Stichwort „Minderheitsrechte“, wird es jetzt um die Einbindung und Beteiligung weiterer AkteurInnen im Gesetzgebungsverfahren gehen. Ein Punkt scheint sich schon jetzt als gesichert abzuzeichnen, nämlich das Bedürfnis der StaatsbürgerInnen nach transparenten und nachvollziehbaren staatlichen Entscheidungen, die auch für alle zugänglich gemacht werden. Es ist die Herausforderung der Politik, den passenden formalen Rahmen für direkte BürgerInnenbeteiligung zu schaffen und damit Traditionen, die zum Teil aus dem 19. Jahrhundert gewachsen sind, in das 21. Jahrhundert weiterzuentwickeln.

Vielfach wird die Debatte unter dem Aspekt der Politikverdrossenheit geführt. Auch die Medien greifen dieses Thema auf und artikulieren das Unbehagen an politischen Institutionen und der Ausübung politischer Ämter von allen im Nationalrat vertretenen politischen Parteien. Sie rufen auch zur Reform auf und transportieren Forderungen aus der Zivilgesellschaft. Betrachtet man die Vielzahl der entstehenden bzw. bereits entstandenen Initiativen aber auch Parteien, so kann der Befund der Politikverdrossenheit nicht einfach bestätigt werden, sondern es ist daraus auch der Wunsch nach Mitwirkung, Gestaltung und Mitbestimmung auf Seiten der BürgerInnen abzuleiten. Vor diesem Hintergrund haben sich

die Parlamentsparteien der XXIV. Gesetzgebungsperiode auf konkrete Lösungsvorschläge konzentriert, die zwei große Schwerpunkte umfassen: das Wahlrecht sowie eine Reform und Ausweitung der in der Bundesverfassung verankerten direktdemokratischen Instrumente. In groben Zügen geht es dabei um folgende Aspekte.

Arbeitsgruppe zur Reform

Im März 2012 hat die Bundesregierung im Zuge der Präsentation von Einsparungsmaßnahmen auch vorgeschlagen, Nationalrat und Bundesrat zu verkleinern. Ein von den Regierungsparteien vorgelegter Gesetzentwurf (Antrag 1864/A) der eine Verkleinerung der beiden Organe um jeweils zehn Prozent vorsieht, sollte Anstoß für eine umfassende Debatte aller parlamentarischer Fraktionen sein, trotz der Verkleinerung die Qualität der Arbeit in den parlamentarischen Gremien zu erhöhen und gleichzeitig den Kontakt mit den BürgerInnen auszubauen. Konkret werden auch die Anpassung des Wahlrechts, Adaptierungen der Geschäftsordnung des Nationalrates bis hin zu einer Optimierung der Organisationsstrukturen und der Arbeitsmöglichkeiten der Abgeordneten und BundesrätInnen als Themen genannt. Die Ergebnisse der Debatte sollten dann, so die Erläuterungen, in den gegenständlichen Initiativantrag eingearbeitet werden.

Daraufhin hat die Präsidentin des Nationalrates eine Arbeitsgruppe zur Parlamentarismusreform eingesetzt, die sich im April desselben Jahres konstituierte und nicht öffentlich tagte. Die Arbeiten konzentrierten sich auf eine Reform des Wahlrechts, und man verständigte sich auf Reformvorschläge für die parlamentarische Behandlung von Volksbegehren und parlamentarischen BürgerInneninitiativen. Zunächst konnten die Arbeiten zu einer Wahlrechtsreform im März 2013 abgeschlossen werden. Nachdem sich eine grundlegende Änderung Richtung eines Mehrheitswahlrechts als politisch nicht konsensfähig herausstellte, erfolgten Änderungen, die Elemente eines Persönlichkeitswahlrechts enthalten. Mit der Novelle zur Nationalrats-Wahlordnung wurde eine Senkung der

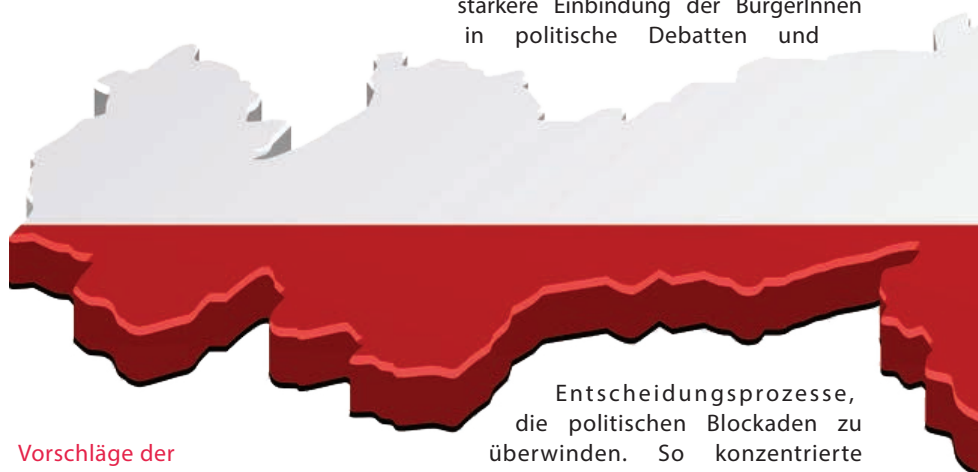
Schwellenwerte für Vorzugsstimmen für die Regionalpartei- und die Landesparteilisten sowie eine Ausdehnung der Möglichkeit der Vergabe von Vorzugsstimmen auch auf die Bundesparteiliste umgesetzt. Danach erfolgt eine Umreihung, wenn ein/e BewerberIn Vorzugsstimmen im Ausmaß von mindestens sieben Prozent der auf seine/ihre Partei auf Bundesebene entfallenden gültigen Stimmen erzielt. Die Grünen lehnten diese Reform ab, weil Vorzugsstimmen nur auf der Regionalwahlkreisebene schlagend würden, das Vorzugsstimmensystem an sich für die WählerInnen zu kompliziert sei und daher zu keiner Erhöhung demokratischer Mitwirkung führe und schließlich keine gendergerechte Ausgestaltung erfahre.

Vorschläge der Regierungsparteien

Zur Demokratiereformdebatte legten die Regierungsfaktionen Anfang 2013 zudem einen Initiativantrag (das „Demokratiepaket“) vor, der dem Verfassungsausschuss zur weiteren Behandlung zugewiesen wurde. Die Eckpunkte des Antrages 2177/A beinhalten die Aufwertung der parlamentarischen Behandlung von Volksbegehren durch eine neue Form von Nationalratssitzungen unter Einbeziehung der Bevollmächtigten sowie die Einsetzung eigener Ausschüsse für die Vorberatung, die Einführung von BürgerInnenanfragen, die, sofern sie von 10.000 Wahlberechtigten unterstützt werden, in eigenen Fragestunden vom Nationalrat behandelt werden, die elektronische Unterstützung von Volksbegehren, BürgerInnenanfragen und parlamentarischen BürgerInneninitiativen sowie, als technische Voraussetzung

dafür, die Einführung einer zentralen Wählerevidenz beim Bundesministerium für Inneres.

Dieses Demokratiepaket wurde aus verschiedenen Blickwinkeln sehr zwiespältig aufgenommen. In einem öffentlich durchgeführten Hearing mit ExpertInnen aber auch von VertreterInnen der Initiativen „Mein OE“ und „mehr demokratie!“ wurden die hohen Einleitungshürden für die angedachten Instrumente kritisiert sowie das Fehlen von konkreten Konsequenzen bei einer hohen Unterstützung von Volksbegehren bemängelt. Im Zusammenhang mit der zentralen Wählerevidenz wurde die Gewährleistung des Datenschutzes als kritischer Punkt betrachtet. Insgesamt bestand Skepsis darüber, ob der beabsichtigte Zweck der vorgeschlagenen Maßnahmen erzielt werden kann, nämlich durch die stärkere Einbindung der BürgerInnen in politische Debatten und



Entscheidungsprozesse, die politischen Blockaden zu überwinden. So konzentrierte sich die weitere politische Diskussion auf die Konsequenzen für qualifiziert unterstützte Volksbegehren, die in Gesetzesform vorgelegt werden und vom Nationalrat nicht umgesetzt werden. Ein Entwurf der Regierungsparteien, der Ende Juni eingebracht und bis 15. August 2013 einer Begutachtung unterzogen wurde, schlägt für diese Fälle eine zwingende Volksbefragung vor.

Modelle der Oppositionsparteien

Das in einem Entschließungsantrag der FPÖ (1856/A[E]) formulierte Konzept beinhaltet die Einführung von Formen einer Volksgesetzgebung, die eine zwingende Volksabstimmung für den Fall vorsieht, dass kein Beschluss des Nationalrates zustande kommt. Damit verbunden ist auch eine bestimmte Anzahl an Unterstützungen für eine sogenannte „Volksinitiative“, nämlich vier Prozent der Wahlberechtigten.



eine dreistufige Volksgesetzgebung wie in den deutschen Bundesländern bezieht. Sofern ein Volksbegehren von vier Prozent der

Kostenrückerstattung angesprochen. Das vom BZÖ vorgelegte Konzept (Antrag 1688/A[E]) forciert ebenfalls die elektronische Unterstützung von Volksbegehren und sieht eine verpflichtende Volksabstimmung ab einer Unterstützung von 400.000 UnterzeichnerInnen vor. Es wird die Einsetzung einer unabhängigen ExpertInnenkommission angeregt, die Anträge mit verhetzendem oder diskriminierendem Inhalt verhin- dern soll.

Daraus folgt, dass ein Gesetz auch gegen die Mehrheit im Nationalrat beschlossen werden kann. Ein so durch eine Volksinitiative erzeugtes Gesetz soll auch nur durch Volksabstimmung wieder geändert werden können. Weiters verlangt die FPÖ die Einführung einer Vetovolksabstimmung. Demnach sollen 100.000 Wahlberechtigte eine Volksabstimmung über einen Gesetzesbeschluss des Nationalrates verlangen können. Schließlich werden die Forderungen dadurch ergänzt, dass 100.000 Wahlberechtigte die Durchführung einer Volksbefragung verlangen können. Die Grünen (Antrag 1889/A[E]) haben ein neues Modell in die Debatte eingebracht, das sich explizit auf

Wahlberechtigten unterstützt wird, soll es – mangels Einigung auf parlamentarischer Ebene – zu einer zwingenden Volksabstimmung führen können. Inhaltlich soll eine Volksgesetzgebung nicht den Grund- und Freiheitsrechten widersprechen dürfen und der Zuständigkeitsverteilung zwischen der Europäischen Union und Österreich folgen. Das Modell sieht auch inhaltliche Erweiterungen vor, wonach es sich auch auf Vollzugsakte richten können soll und auf die Mitwirkung österreichischer Organe an der europäischen Gesetzgebung. Als weitere Verbesserungen zu den Volksbegehren werden die Themen der Verlängerung der Eintragsfrist und der

Resümee

Die im Rahmen des vom Verfassungsausschuss durchgeführten Begutachtungsverfahrens eingelangten Positionen anderer Institutionen setzten weitere Impulse für die politische Diskussion. Ein Ergebnis wird nur dann Akzeptanz finden, wenn es gelingt, Ausgewogenheit zwischen den von der Zivilgesellschaft erhobenen Forderungen und den Vorstellungen der politischen Parteien zu erreichen. In der Zwischenzeit geht es sicher auch darum, bestehende Instrumente besser zu nutzen. Insofern wird das Thema der Demokratiereform nicht nur einem Rückblick auf die XXIV. Gesetzgebungsperiode vorbehalten bleiben.

Grafik © Onidji – Fotolia

Bilanz der Ausschussarbeit am Beispiel Europapolitik



© Bettina Mayr-Siegl

Fritz Neugebauer
Zweiter Präsident des Nationalrates

In dieser Gesetzgebungsperiode durfte ich dem Geschäftsordnungsausschuss und dem Ständigen Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union als Obmann vorstehen. Gerade am Ende dieser Legislaturperiode konnte der Nationalrat noch zwei für die parlamentarische Arbeit grundlegende Änderungen in der Geschäftsordnung verabschieden: eine Klarstellung im Zusammenhang mit der Gründung parlamentarischer Klubs und die Möglichkeit der Einbringung parlamentarischer Anfragen auch außerhalb einer Tagung. Dennoch möchte ich mich hier auf die Tätigkeit als Obmann des EU-Unterausschusses konzentrieren. Gerade in der Arbeit dieses Ausschusses hat in den vergangenen fünf Jahren ein Paradigmenwechsel stattgefunden!

Paradigmenwechsel

Die verfassungsrechtliche Umsetzung des Vertrages von Lissabon zur Verankerung der parlamentarischen Mitwirkung in EU-Agenden sowie das EU-Informationsgesetz und die damit einhergehenden Adaptierungen des Geschäftsordnungsgesetzes inklusive der Regelung für den Umgang mit sensiblen von Organen der EU und den Ministerien übermittelten Dokumenten sowie schließlich die Sicherstellung der Einbindung des Nationalrates in Beschlüsse des ESM bieten eine hervorragende Grundlage für die parlamentarische europapolitische Arbeit und stellen ganz wesentliche Beschlussfassungen der XXIV. Gesetzgebungsperiode dar. Ein Blick auf die Bilanz des EU-Unterausschusses zeigt die Vielfältigkeit und Intensität der Auseinandersetzung mit Vorlagen der EU, insbesondere die verabschiedeten Stellungnahmen, Mitteilungen und Ausschussfeststellungen, sei es zum Richtlinienvorschlag über die Preisfest-

setzung bei Human-arzneimitteln oder zu den so genannten „Gigalinern“, zu den Verhandlungen über Freihandelsabkommen oder zum Verordnungsvorschlag über die Erzeugung von Pflanzenvermehrungsmaterial.

Demokratische Legitimität

Die zunehmend in den Vordergrund rückende Frage der demokratischen Legitimität der Entscheidungen auf EU-Ebene, die in der Öffentlichkeit, in den nationalen Parlamenten und im Europäischen Parlament sowie in der Europäischen Kommission geführt wird und erfreulicherweise inzwischen auch Eingang in die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates findet, untermauert die Akzeptanz der notwendigen Einbindung der Parlamente innerhalb der EU-Institutionen sowie den tatsächlichen Rollenwechsel, den die Parlamente vollziehen!

Ihnen und ihren Kontrollorganen wird in Zukunft nicht nur im laufenden Rechtssetzungsprozess eine Schlüsselrolle zukommen, sondern insbesondere in Fragen der Vertiefung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion oder auch im Zusammenhang mit einem Konvent zur möglichen Überarbeitung der EU-Verträge! Daher scheint es mir wichtig, dass die nationalen Parlamente noch mehr kooperieren, um in zentralen Themen gemeinsam Standpunkte gegenüber der Kommission und dem Rat zu vertreten und beispielsweise das Instrument der Subsidiaritätsrüge, das bisher einmal erfolgreich zur Anwendung kam, effizienter einzusetzen.

Dass sich neben der Konferenz der Europaausschüsse vergangenes Jahr auch die interparlamentarische Konferenz über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie ab Oktober 2013 auf Basis des Artikel 13 des Fiskalpakts auch eine interparlamentarische Konferenz für Wirtschaft- und Finanzführung gebildet hat, bestätigt einmal mehr die wachsende Bedeutung der nationalen Parlamente!

In dieser Gesetzgebungsperiode hat sich eine gute Praxis entwickelt, dass der EU-Unterausschuss mindestens einmal monatlich tagt, diesen Sitzungen eine ausführliche Diskussion über die

zu behandelnden Vorlagen vorausgeht und auch ein direkter Austausch mit den Botschaften des Landes, das die EU-Ratspräsidentschaft innehat, gepflegt wird. Außerdem halte ich es für sehr erfreulich, einzelne Vorlagen des Unterausschusses auch im Plenum zur Debatte zu stellen, wie wir dies beim Jahreswachstumsbericht und den länderspezifischen Empfehlungen entschieden haben. Dies zeigt die große thematische Verflechtung, aber auch Verantwortung, die wir als Parlamentarier und Parlamentarierinnen haben, einerseits auf EU-Ebene unsere Position einbringen zu können, andererseits gegenüber den Wählerinnen und Wählern diese Entscheidungen auch greifbar und verständlich zu machen.

Selbstbewusste Parlamente

Die Mitwirkungsrechte müssen von den Parlamenten tatsächlich aktiv genutzt werden und können dadurch auch zu einem aktiveren Parlamentarismus beitragen, da laufend zu aktuellen Diskussionen und Vorlagen Stellung zu nehmen ist, um, wie es im Vertrag von Lissabon heißt, „zur guten Arbeitsweise der Union aktiv beizutragen“.

Gerade in dieser spannenden neuen Phase parlamentarischer Arbeit dem EU-Unterausschuss vorzusitzen zu dürfen war eine große Verantwortung. Im Sinne der Glaubwürdigkeit der Europäischen Union und der Einbeziehung der Bevölkerung in den Entscheidungsprozess der Europäischen Union plädiere ich für ein noch stärkeres Selbstbewusstsein der Abgeordneten, sich aktiv in den Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen!



**Zweiter Präsident Fritz Neugebauer
und EU-Kommissar Johannes Hahn im
EU-Unterausschuss**

© Parlamentsdirektion/Zolles KG/Mike Ranz

Gesamtstatistik aller behandelten EU-Vorlagen sowie Beschlüsse der EU-Ausschüsse*

Ausschuss	Sitzungen	EU-Vorlagen auf den Tagesordnungen
Hauptausschuss in Angelegenheiten der EU	23	24
Ständiger Unterausschuss des Hauptausschusses in Angelegenheiten der EU	37	174

Stellungnahmen	6	16
Mitteilungen	2	16
Ausschussfeststellungen	0	11
Begründete Stellungnahmen	0	2
Anträge an den Nationalrat, ein EU-Vorhaben in Verhandlung zu nehmen	0	2

■ Hauptausschuss in Angelegenheiten der EU
 ■ Ständiger Unterausschuss des Hauptausschusses in Angelegenheiten der EU

* 2009 (ab 01.12.2009) bis 2013 (Stand: 2. Juli 2013)

Anzahl der Ausschusssitzungen insgesamt

Ausschusssitzungen insgesamt	790
Unterausschuss-Sitzungen	161
Untersuchungsausschuss-Sitzungen	70
Sitzungen von Enqueten	6

Quelle: Abt. Parlamentarische Dokumentation, Archiv und Statistik der Parlamentsdirektion

Wissenschaftsausschuss: 24 Sitzungen, 58 Anträge



© Parlamentsdirektion/WILKE

Dr. Martin Graf
Dritter Präsident des Nationalrates

Als Dritter Präsident des Nationalrates sowie als Obmann des Wissenschaftsausschusses war es mir in den Jahren 2008–2013 ein besonderes Anliegen, dieses Spezialgebiet zu betreuen. Insgesamt gab es in der XXIV. Gesetzgebungsperiode 22 Regierungsvorlagen. Zwölf Vorlagen wurden einstimmig im Nationalrat beschlossen, die restlichen zehn wurden mit Stimmenmehrheit angenommen. Insgesamt wurden 58 Anträge dem Wissenschaftsausschuss zugeteilt, wovon 57 von der Opposition - Grüne (25), FPÖ (19) und BZÖ (13) - stammten. Eine ernüchternde Bilanz dieser Anträge stellt die Behandlung dar: 46 Anträge wurden gar nicht behandelt, das sind 79,3 Prozent. Weitere 13,8 Prozent wurden abgelehnt. Bedauerlicherweise fand auch die einzige Bürgerinitiative zum Thema „Die Erhaltung und Erleichterung der freien Studienwahl“ als Mittel der direkten Demokratie keine Beachtung und blieb offen.

Es gab gesamt 24 Sitzungen des Wissenschaftsausschusses und acht Sitzungen des Unterausschusses zum Thema „Dialog Hochschulpartnerschaft“, welchem 20 Anträge direkt zugewiesen wurden (zwei FPÖ, zehn Grüne, acht BZÖ). 23 Anträge im Wissenschaftsausschuss wurden nach mehrmaliger Vertagung ebenfalls dem Unterausschuss zugewiesen (zehn FPÖ, neun Grüne, vier BZÖ). Mit dem 22.11.2012 blieben insgesamt 46 Anträge der Oppositionsparteien im Unterausschuss unbeachtet.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Dialogbereitschaft der Regierungsparteien mit der Opposition abgenommen hat.

Bilanz der Fraktionen



Dr. Josef Cap
Klubvorsitzender SPÖ



Karlheinz Kopf
Klubobmann ÖVP



Heinz-Christian Strache
Klubobmann FPÖ

„Wende zu mehr Gerechtigkeit“

Geprägt waren die fünf Jahre der XXIV. Gesetzgebungsperiode von der anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa, die Österreich durch rechtzeitiges Gegensteuern weitaus besser bewältigt hat als die meisten anderen Staaten. Österreich ist unter sozialdemokratischer Führung zum zweitreichsten Land der EU aufgestiegen, hat die niedrigste Arbeitslosigkeit – und die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit Europas. Mit dem Stabilitätspakt 2012–2016 haben wir bewiesen, dass konsequentes Sparen und Investitionen in Zukunftsbereiche kein Widerspruch sind.

Es wurde eine Trendwende zu mehr Gerechtigkeit eingeleitet: Erstmals wurden vermögensbezogene Steuern eingeführt. Mit Bankenabgabe, Wertpapier-KeSt etc. leisten Banken und Spekulanten zu den Kosten der Krise einen gerechten Beitrag. Somit konnte trotz Budgetkonsolidierung in den Ausbau von Ganztagschulen, Pflege und Kinderbetreuung investiert werden. Mit der Gesundheitsreform ist es gelungen, unser Gesundheitssystem, das zu den besten der Welt zählt, finanziell abzusichern und Leistungen auszubauen.

Als Konsequenz aus dem Korruptionsuntersuchungsausschuss haben wir Gesetze für mehr Transparenz, mehr Sauberkeit und mehr Information beschlossen. Im Bereich der Verwaltungsreform konnten mit der Schaffung eines Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl, der Neustrukturierung der Sicherheitsbehörden, der Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit und der Reform des Pflegegeldes große Schritte umgesetzt werden.

„Arbeitsnachweis und Auftrag“

Vor uns liegt die Bilanz der XXIV. Gesetzgebungsperiode von 2008 bis 2013. Eine eindrucksvolle Bilanz, wie ich meine, die einmal mehr untermauert, dass dieses Haus mit seinen MitarbeiterInnen sowie den MandatarInnen wertvolle Leistungen für unsere Heimat erbringt.

Die Österreichische Bundesregierung und die Fraktionen im Parlament haben gearbeitet – geplant, diskutiert, beschlossen, umgesetzt; im Interesse des Landes und seiner Menschen.

Es ist ein Privileg und eine Ehre, zugleich aber auch eine große Verantwortung, für das Land und seine Menschen in der Gesetzgebung tätig zu sein. Wir sind RepräsentantInnen des Volkes, gewählt auf Zeit. Unsere Aufgabe bringt uns in ein großes Spannungsfeld aus Bürgernähe, Gruppeninteressen und Verantwortung für den Gesamtstaat. Dafür braucht es klare Vorstellungen und Kompromissbereitschaft, Gesprächsfähigkeit, Beharrlichkeit und Verantwortungsbewusstsein. Wir sind gewählt, um Entscheidungen zu treffen. Diese Bilanz ist ein „Arbeitsnachweis“ und gleichzeitig ein Auftrag, auch in den kommenden Jahren das Beste für unser Land zu geben. Das ist unsere Aufgabe und unsere Verantwortung!

„Volkskonforme Demokratie“

Aus freiheitlicher Sicht müssen jene Initiativen herausgestrichen werden, die den Erhalt Österreichs als souveräne Republik gewährleisten und die Beteiligung der Österreicherinnen und Österreicher an den politischen Entscheidungsprozessen ausbauen sollen. Seit dem EU-Beitritt Österreichs hat das Parlament sukzessive an Bedeutung verloren. Dieser Verlust der politischen Selbstbestimmung wurde durch den Beschluss des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM und die Politik der EZB, Staatsanleihen von maroden Euro-Ländern aufzukaufen, „weiterentwickelt“.

Im Zusammenhang mit der Beschlussfassung des ESM ist negativ aufgefallen, dass dieser Beschluss gegen jede Usance mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen und ohne Vorberatung in der Präsidialkonferenz auf die Tagesordnung einer Plenarsitzung gestellt wurde. Dazu passt, dass jener Ausschuss, der die konkreten sekundärmarktrelevanten Maßnahmen des ESM bestimmen und kontrollieren soll, sich bis dato nicht konstituiert hat, und es ist davon auszugehen, dass solch eine Konstituierung gar nicht angestrebt wird. Das bedeutet, dass der Nationalrat an den in der Praxis wichtigsten ESM-Maßnahmen nicht mitwirken kann.

Der Freiheitliche Parlamentsklub will keine marktkonforme Demokratie, sondern eine volkskonforme Demokratie und beantragt die Einführung einer Volksinitiative und die eines Vetoreferendums nach Schweizer Vorbild. Des Weiteren sollte eine qualifizierte parlamentarische Minderheit das Recht haben, eine Volksbefragung zu verlangen und Untersuchungsausschüsse einzusetzen.



Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek
Klubobfrau GRÜNE



Josef Bucher
Klubobmann BZÖ



Ing. Robert Lugar
Klubobmann STRONACH

„Angst vor Kontrolle“

Viel hat man sich vorgenommen und viel versprochen: eine Parlamentarismus-Reform, den Ausbau von Kontrollrechten und vor allem die Einführung von Untersuchungsausschüssen als Minderheitsrecht. Letzteres wurde von den Regierungsparteien 2009 sogar in einer schriftlichen Vereinbarung zugesagt und in Sonntagsreden immer wieder unterstützt. Umgesetzt wurde davon in der Praxis nichts. Die Angst der Regierungsparteien vor einer oppositionellen Kontrolle ihrer Regierungstätigkeit war zu groß.

Zwei Untersuchungsausschüsse – der „Spitzel-Untersuchungs-“ und der „Korruptionsuntersuchungsausschuss“ – haben in dieser Gesetzgebungsperiode erfolgreich gearbeitet und Wertvolles v.a. bei der Aufdeckung von Korruptionsfällen geleistet. Beide Ausschüsse waren aber offenbar zu erfolgreich: Regierungsmitglieder verhinderten, aussagen zu müssen, es kam zu einem massiven „Zeugenschwund“, und schließlich wurden beide Ausschüsse von den Regierungsparteien „abgedreht“, bevor sie ihre Arbeit abschließen konnten.

Im Bereich der Transparenz von Parteifinancen, bei Parteispenden, bei der Offenlegung von Nebeneinkünften von PolitikerInnen und bei den Regeln über die Gestaltung von Regierungsinseraten sind in der abgelaufenen Legislaturperiode Verbesserungen gelungen, wenngleich da und dort noch nachgeschärft werden müsste. Dass die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen im Jahr 2013 aber noch immer der Regierungsmehrheit obliegt, ist untragbar und muss in der kommenden Gesetzgebungsperiode rasch geändert werden. Zum Vergleich: in Deutschland besteht das Minderheitsrecht immerhin bereits seit der Weimarer Reichsverfassung von 1919 ...

„Negative Bilanz“

Die XXIV. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates war durch zwei Besonderheiten gekennzeichnet, die ein besonders deutliches Licht auf die Qualität der Regierungspolitik geworfen haben: Die Periode dauerte erstmals fünf Jahre und sie endete noch dazu als eine der wenigen der Zweiten Republik durch Zeitablauf und nicht durch einen Beschluss auf vorzeitige Beendigung. Die Regierung wurde von den beiden stärksten Fraktionen gestellt. Die Krise der Banken und Staatsfinancen sorgte für einen hohen Druck in Richtung notwendiger, lange aufgeschobener Erneuerungsmaßnahmen und auch für eine hohe Akzeptanz dafür. Optimale Voraussetzungen also für ein Reformfeuerwerk!

Die Bilanz: Die Bildungspolitik ist so katastrophal, dass sogar schon Volksbegehren durch Ex-Minister einer Regierungspartei initiiert werden, ohne zu irgendeiner spürbaren Verbesserung zu führen, die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Österreich wird von einem der Hauptprotagonisten der österreichischen Wirtschaftspolitik als „abgesandelt“ bezeichnet. Die Partei, die angeblich seit Jahrzehnten die Schuldenmacherei des Staates bekämpft, hat den größten Schuldenberg der Republik Österreich zu verantworten. Die Kaufkraft der Österreicherinnen und Österreicher stagniert seit einem Jahrzehnt, während die Belastungen munter weiter gesteigert werden, Einsparungspotenziale in den veralteten Verwaltungsstrukturen von bis zu elf Milliarden Euro pro Jahr bleiben weitgehend unbeachtet, die überfällige Staatsreform wird nicht einmal ange-dacht.

„Neue Kraft, die Neues schafft!“

Es war ein Meilenstein im Sinne einer neuen, breiter gefächerten Parteienlandschaft im Hohen Haus, als der Klubstatus unserer fünf Abgeordneten in demokratischer Rechtskraft erwachsen war und wir endlich politisch tätig werden konnten. Dies nicht nur im Sinne unserer Bewegung und ihrer Werte sondern auch in jenem einer Bereicherung des Spektrums, den der Verfassungsbogen in unserem Land umspannt. Ein kurzer Abriss unserer parlamentarischen Tätigkeit sei hier ange-führt. Die folgenden Zahlen stehen aber nicht nur für die Quantität einer neuen Politik, sondern auch für inhaltliche Bewegung in Sachen Demokratisierung und Meinungsvielfalt. Wir haben uns seit dem 31. Oktober 2012 insgesamt rund 200 Mal im Plenum zu Wort gemeldet, das ist – umgelegt auf die Zahl unserer Abgeordneten – zum Vergleich mehr als etwa SPÖ, ÖVP und FPÖ zusammen genommen. Wir sind zwar noch eine kleine, aber hochlebendige Fraktion: Jeder unserer Abgeordneten hat fünf unselbst-ständige Anträge im Plenum gestellt. Das ist ein absoluter Spitzenwert, SPÖ und ÖVP rangieren hier bei jeweils 0,2 Anträgen, lediglich das BZÖ kommt mit durchschnittlich 2,8 Anträgen pro Mandatar in die Nähe des Team Stronach. Und schließlich haben wir es auch bei der Anzahl der OTS-Meldungen gleich auf 244 Stellungnahmen gegenüber der APA gebracht, auch hier liegt das Team Stronach rund ein Drittel über dem „zweitstärksten“ Klub, jenem des BZÖ. In diesem Sinne freuen wir uns auf die zukünftige Arbeit im sicher hochpolitischen Herbst, mit einer von den Wählerinnen und Wählern und letztlich für sie ordentlich gestärkten Fraktion.



Zu Besuch im Parlament: UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, ...

© Parlamentsdirektion/HBF/Andy Wenzel, Carina Karlovits, Julia Weichselbaum

INTERNATIONALES

Zur Bedeutung parlamentarischer Diplomatie

Die Parlamentsdiplomatie ist ein integrativer Bestandteil der internationalen Politik. Dabei nehmen der Kampf gegen Armut, Hunger und Krankheiten, die Entwicklung der Weltbevölkerung, Welternährung, Umweltschutz, Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit sowie das Wohl der Kinder einen bedeutenden Platz ein.

Gleichzeitig ist ein Trend zur Parlamentarisierung der internationalen Politik seit geraumer Zeit unübersehbar, und interparlamentarische Institutionen, die bisher nur selten im Rampenlicht der Öffentlichkeit standen, sind zu attraktiven politischen Foren geworden. Die politischen EntscheidungsträgerInnen haben erkannt, dass zahlreiche Sachfragen eine internationale Dimension besitzen, die bei der politischen Planung und Umsetzung zwingend zu berücksichtigen ist. Politisches Handeln knüpft immer seltener an ein klar abgrenzbares Staatsgebiet an. Innen- und Außensphären der Staaten überschneiden sich, und die Fähigkeit zur Steuerung politischer Prozesse nimmt ab.

Mehr Mitsprache durch Interparlamentarismus

Mit dem so genannten Interparlamentarismus ist vor dem Hintergrund dieser Entwicklung eine doppelte Erwartung verbunden. Er soll kompensieren, dass Politik auf nationaler Ebene zunehmend an Gestaltungskraft ver-

liert. Um diesen Verlust an Kontrolle aufzufangen, haben die Parlamente Gegenstrategien entwickelt. Zum einen erkämpften sie sich mehr außenpolitische Mitspracherechte, zum anderen akzentuierten sie ihr außenpolitisches Profil, intensivierten ihre grenzüberschreitende Zusammenarbeit, verstärkten ihre internationalen Netzwerke und begannen, interparlamentarische Foren aktiver zu nutzen.

Demokratiedefizite in der internationalen Politik verringert

Mit dem Interparlamentarismus ist aber auch die Erwartung verbunden, dass er die Demokratiedefizite in der internationalen Politik reduziert. Bei der Verlagerung der politischen Entscheidungsfindung in internationale und supranationale Organisationen wird häufig kritisiert, dass diese demokratisch ungenügend legitimiert seien. Gerügt werden die mangelnden Partizipationschancen der BürgerInnen, die wenig transparenten Entscheidungsprozesse oder die unzureichenden Mechanismen, um die Entscheidungsträger für ihr Handeln

verantwortlich zu machen. Zur Lösung dieses Demokratiedefizits werden häufig institutionelle Reformen, die vermehrte Einbindung von NGO oder eben die Integration von parlamentarischen Organen in den institutionellen Aufbau internationaler Organisationen vorgeschlagen.

Bindeglied nicht nur zwischen Staaten, sondern auch zwischen Völkern

Die Parlamentsdiplomatie ist mittlerweile in der parlamentarischen Praxis fest verankert und stellt zweifelsohne den bestmöglichen Ersatz für den direkten Kontakt zwischen den Völkern dar. Sie ist ein Bindeglied nicht nur zwischen Staaten – bilateral wie multilateral –, sondern auch zwischen Völkern, und bildet einen integrativen Bestandteil der internationalen Beziehungen. Die Rolle, die ParlamentarierInnen durch direktes Handeln auf der Weltbühne spielen können, wird mittlerweile von den Regierungen, die darin eine nützliche Ergänzung der traditionellen Diplomatie erkannt haben, nicht nur akzeptiert, sondern auch aktiv gefördert.



... der tschechische Präsident Miloš Zeman und die slowenische Ministerpräsidentin Alenka Bratušek

Die Parlamentsdiplomatie stellt gegenüber ihrem traditionellen Vorbild eine flexiblere Form der Diplomatie dar, weil ParlamentarierInnen nicht durch diplomatische Verfahren eingeengt werden, sodass eine freiere Diskussion und Debatte möglich wird. Überdies sind ParlamentarierInnen nicht an die offizielle Haltung ihrer Regierungen gebunden und bringen bisweilen auch andere Ansichten vor.

Eine zunehmende Zahl von Parlamenten hat ihren Einfluss auf die Gestaltung der auswärtigen Beziehungen gesteigert, um zu gewährleisten, dass sie bei einem Thema nicht nur das letzte Wort, sondern in bestimmten Fällen auch das erste Wort haben.

Die Zusammenarbeit der nationalen Parlamente mit der Europäischen Union

Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Jahr 2009 war auch eine verstärkte Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union verbunden. Zum einen waren die Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre neuen Mitwirkungsrechte gegenüber den EU-Institutionen in den nationalen Rechtsordnungen zu verankern, zum anderen entstand insbesondere im Bereich der Subsidiaritätsprüfung der Bedarf nach möglichst effizienter Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten. Dies wird im Wesentlichen durch die Nutzung der Internetplattform IPEX (www.ipex.eu), auf der Beschlüsse der Parlamente mit englischer bzw. französischer

Übersetzung abzurufen sind, und den informellen und intensiven Kontakt zwischen den Verbindungsbüros der nationalen Parlamente in Brüssel bewerkstelligt. Dazu treten regelmäßige Treffen von Fachausschüssen des Europäischen Parlaments und Treffen im Vorsitzland des jeweiligen EU-Ratsvorsitzes.

Neue Gremien für neue Herausforderungen

Darüber hinaus traten zur seit 1989 etablierten Zusammenarbeit im Rahmen der Konferenz der Europaausschüsse COSAC (www.cosac.eu) eine Interparlamentarische Konferenz zu Fragen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, nachdem mit der Auflösung der Versammlung der Westeuropäischen Union der Bedarf für ein neues Gremium offenbar geworden war. Auch die Wirtschafts- und Finanzkrise führte zur Gründung einer eigenen Konferenz in diesem Bereich, die ebenfalls halbjährlich zusammentreten wird.

In den Jahren 2008–2013 besuchten viele hochrangige Gäste das österreichische Parlament, wobei von den VertreterInnen von EU-Organen die Präsidenten des Europäischen Parlaments Jerzy Buzek (2011) und Martin Schulz (2012) sowie der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso (2012) hervorzuheben sind.

*Dr.ⁱⁿ Brigitte Brenner
Leiterin des Internationalen Dienstes
der Parlamentsdirektion*



Zweiter Präsident Fritz Neugebauer mit der Außenministerin der Republik Georgien, Maja Pandschikidse

© Parlamentsdirektion/Zolles KG/Mike Ranz



Die Präsidentin des lettischen Parlaments Saeima, Solvita Āboltiņa, im Historischen Sitzungssaal des österreichischen Parlaments
Parlamentsdirektion/HBF/Carina Karlovits

Im Verlauf der XXIV. Gesetzgebungsperiode besuchte eine Reihe internationaler Gäste das Hohe Haus, was die Bedeutung der parlamentarischen Diplomatie unterstreicht.

Hochrangige Parlamentskontakte

2008 Köksal Toptan (Türkei, Große Nationalversammlung, 4.–7.11.2008)

2009 Kasym-Zhomart Tokajew (Kasachstan, Senat, 19.2.2009),

Francisco Encina Moriamez (Chile, Abgeordnetenversammlung, 24.–27.2.2009),

Thorbjørn Jagland (Norwegen, 22.4.2009), **Kim Hyong-O** (Südkorea, Nationalversammlung, 11.5.2009),

Mag. Blaž Kavčič (Slowenien, Staatsrat, 7.5.2009), **Wu Bangguo** (VR China, Nationaler Volkskongress, 15.–18.5.2009),

Per Westerberg (Schweden, 27.5.2009), **Serys Silhessarenko** (Brasilien, Vizepräsidentin des Senats, 8.–9.6.2009),

Jozefina Topalli (Albanien, 13.7.2009), **Anna Burke** (Australien, Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses, 13.7.2009),

Joyce Bamford-Addo (Ghana, 13.7.2009), **Ntlohi Motsamai** (Lesotho, Nationalversammlung, 13.7.2009),

Margot Kraneveldt-Van der Veen (Niederlande, Vizepräsidentin der Zweiten Kammer der Generalstaaten, 13.7.2009), **Fehmida Mirza** (Pakistan, Nationalversammlung, 13.7.2009),

Rose Mukantabana (Ruanda, Abgeordnetenversammlung, 13.7.2009),

Prof. Dr. Slavica Đukić-Dejanović (Serbien, 13.7.2009), **Chief Gelane Zwane** (Südafrika, Senat, 13.7.2009),

Chiara Simoneschi-Cortesi (Schweiz, Nationalrat, 13.7.2009), **Pascale Bruderer-Wyss** (Schweiz, Vizepräsidentin des Nationalrates, 13.7.2009),

Akja Tajiyewa Nurberdiyeva (Turkmenistan, 13.7.2009), **Baroness Anne Gibson** (Großbritannien, Vizepräsidentin des House of Lords, 13.7.2009),

Meira Kumar (Indien, Lok Sabha, 14.–17.9.2009), **Dr. Abdullah Al Al-Sheikh** (Saudi-Arabien, 12.–14.10.2009), **Jerzy Buzek** (Europäisches Parlament, 16.10.2009),

Tsetska Tsacheva (Bulgarien, 23.11.2009).

2010 Jozefina Topalli (Albanien, Volksversammlung, 17.2.2010 und 19.10.2010), **Ranko Krivokapić** (Montenegro, 18.–19.2.2010), **Blaž Kavčič** (Slowenien, Staatsrat, 14.–17.3.2010), **Luka Bebić** (Kroatien, Sabor, 21.–22.3.2010), **Nguyen Duc Kien** (Vietnam, Vizepräsident der

Aus dem Gästebuch des Parlaments



COW PRO FUNDOS
A FECTO AL PARLAMENTO
DE
AUSTRIA
POR SU
HOSPITALIDAD
Evo Morales

Evo Morales, der Präsident der Republik Bolivien, betont in seinem Gästebucheintrag die Gastfreundschaft des österreichischen Parlaments. Der Besuch war kurzfristig zustande gekommen, davor war Morales mit Bundespräsident Heinz Fischer zusammengetroffen. © Parlamentsdirektion/Michael Buchner

Pour ma première visite en
Autriche et au Parlement
autrichien, je suis très reconnaissant
de l'accueil que nous a été
réservé et espère nouveau
jours collaborer avec ce
plus amon.

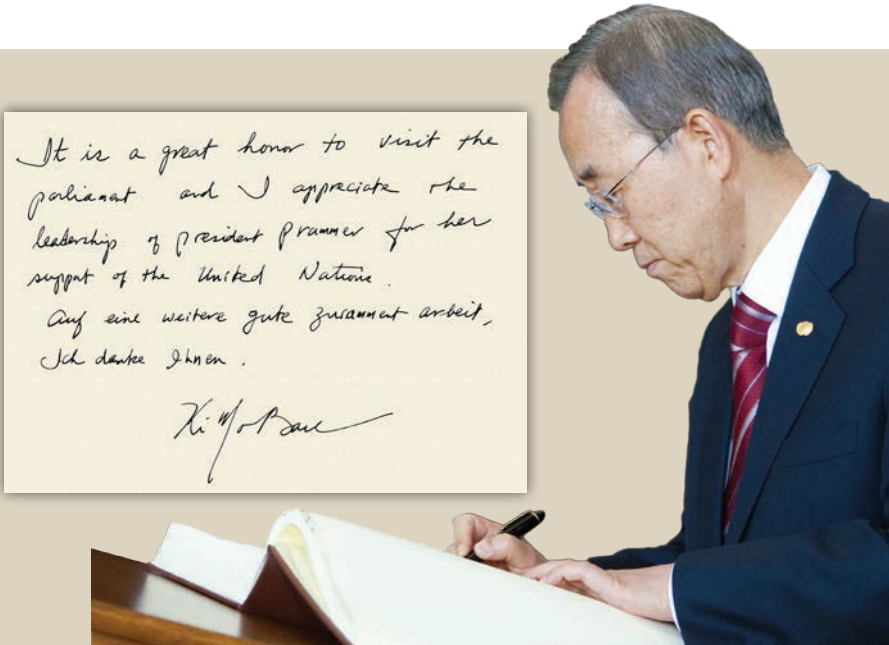
Die Präsidentin der Abgeordnetenversammlung von Ruanda, **Rose Mukantabana**, ist 2009 zum ersten Mal in Österreich. Ins Gästebuch des Parlaments notiert sie ihre Hoffnung auf weitere erfolgreiche Zusammenarbeit und betont die gute Freundschaft zwischen Ruanda und Österreich. © Parlamentsdirektion/HBF/Pusch



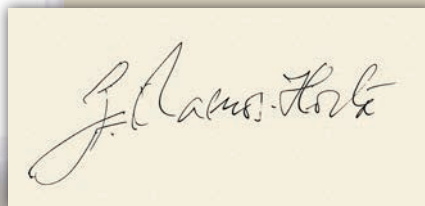
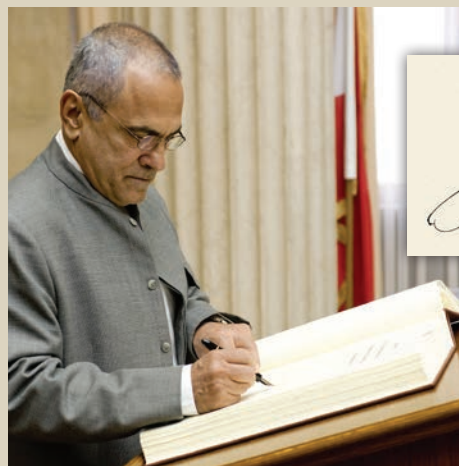
Martin Schulz im angeregten Gespräch mit NR-Präsidentin Barbara Prammer bei seinem Besuch 2012 im Parlament. Der Präsident des Europäischen Parlaments schreibt ins Gästebuch: „Vielen Dank für die große Ehre, hier empfangen zu werden!“ © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Mike Ranz

Vielen Dank für die
große Ehre, hier empfangen zu werden!

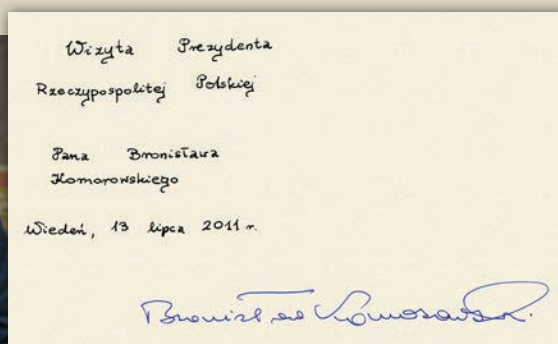
Martin Schulz



Ban Ki-moon in Wien: Der UN-Generalsekretär schreibt auf Englisch seinen Dank für die Unterstützung durch Nationalratspräsidentin Prammer. Die Hoffnung auf weitere gute Zusammenarbeit an die Präsidentin formuliert der erfahrene Politiker eigens auf Deutsch!
© Parlamentsdirektion/HBF/Andy Wenzel



Präsident José Ramos-Horta (Timor-Leste) trägt sich anlässlich seines Besuchs im Parlament in das Gästebuch ein. Der Friedensnobelpreisträger von 1996 hielt sich als Teilnehmer des 5. Wiener Nobelpreisträgerseminars im November 2010 in Österreich auf.
© Parlamentsdirektion/HBF/Regina Aigner



Der polnische Präsident **Bronisław Komorowski** besucht 2011 das österreichische Parlament und hinterlässt im Gästebuch seine schriftlichen Grüße. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit Nationalratspräsidentin Prammer standen Vorhaben der polnischen Ratspräsidentschaft.
© Parlamentsdirektion/HBF/Georg Stefanik

Nationalversammlung, 8.4.2010), **Pascale Bruderer Wyss** (Schweiz, Nationalratspräsidentin, 15.-17.4.2010), **Miroslav Číž** (Slowakei, Stv. Präsident des Nationalrates, 9.6.2010), **Erika Forster-Vannini** (Schweiz, Ständerat, 21.-22.8.2010), **Prof. Dr. Slavica Đukić-Dejanović** (Serbien, Nationalversammlung, 14.-15.9.2010), **Wolodymyr Lytwyn** (Ukraine, 16.-17.9.2010), **Ing. Richard Sulík** (Slowakei, Nationalrat, 12.11.2010).

2011 **Petros Efthymiou** (OSZE-PV, 13.1.2011), **Wuyunqimuge** (VR China, Vizepräsidentin des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, 25.1.2011), **Milan Štěch** (Tschechien, Senat, 23.2.2011), **Ahmed Ibrahim El Tahir** (Republik Sudan, 16.3.2011; **Ruhama Avraham-Balila** (Israel, Vizepräsidentin der Knesset, 21.3.2011), **László Kövér** (Ungarn, 24.3.2011), **Valeriu Zgonea** (Rumänien, Vizepräsident Abgeordnetenversammlung, 25.5.2011), **Jerzy Buzek** (EP, 7.-8.7.2011), **Pornthip Lowira Chanratanapreeda** (Thailand, Zweite Senatspräsidentin, 11.7.2011), **Miroslava Němcová** (Tschechien, Präsidentin der Abgeordnetenversammlung, 13.-14.9.2011), **Kayrat Mami** (Kasachstan, Senat, 10.10.2011), **Marian Lupu** (Republik Moldau, Staats- und Parlamentspräsident, 24.10.2011), **Laurent Mosar** (Luxemburg, Parlamentspräsident, 25.11.2011), **Jakub Krasniqi** (Kosovo, Parlamentspräsident, 15.12.2011).

2012 **Kairat Mami** (Kasachstan, Senat, 23.2.2012), **Teeradej Meepien** (Thailand, Senat, 25.5.2012), **Solvita Āboltiņa** (Lettland, Saeima, 11.-12.6.2012), **Eero Heinäluoma** (Finnland, 21.6.2012), **Gregor Virant** (Slowenien, Nationalversammlung, 22.6.2012), **Josip Leko** (Kroatien, 4.7.2012), **Hans Altherr** (Schweiz, Senat, 5.-6.7.2012), **Hansjörg Walter** (Schweiz, Nationalrat, 27.-28.7.2012), **Mustapha Ben Jaâfar** (Tunesien, Nationalversammlung, 4.-7.9.2012).

2013 **Mustapha Ben Jaâfar** (Tunesien, Verfassungsgebende Versammlung, 26.2.2013), **Valeriu Ștefan Zgonea** (Rumänien, Abgeordnetenversammlung, 16.5.2013), **John Bercow** (Großbritannien, House of Commons, 27.5.2013), **Valentina Matwijenko** (Russische Föderation, Föderationsrat der Föderalen Versammlung, 10.-11.6.2013), **Pietro Grasso** (Italien, Senat, 26.6.2013).

Staatsoberhäupter und RegierungsvertreterInnen im Hohen Haus

Die folgenden Staatsoberhäupter und Regierungsmitglieder besuchten im Berichtszeitraum das Hohe Haus:

2008 Ministerpräsident von Baden-Württemberg **Günther H. Oettinger** (Deutschland, 31.10.2008) und Außenminister **Taïb Fassi Fihri** (Marokko, 18.12.2008).

2009 Vizepremierminister **Dušan Čaplovič** (Slowakische Republik, 9.3.2009), Staatspräsident **Juan Evo Morales Ayma** (Bolivien, 11.3.2009), Vizeministerpräsident **Ivica Boceviski** (Mazedonien, 30.-31.3.2009), Staatspräsident **Bashar Al-Assad** (Arabische Republik Syrien, 27.4.2009), Staatspräsident **Amadou Toumani Touré** (Republik Mali, 26.5.2009), Außenminister **Vytautas Usaškas** (Litauen, 21.10.2009), Ministerpräsident von Baden-Württemberg **Günther H. Oettinger** (Deutschland, 22.10.2009) und Stv. Außenminister **Dimitris Droutsas** (Griechenland, 6.11.2009).

2010 Außenminister **Jean Asselborn** (Luxemburg, 25.5.2010), Staatspräsident **Ivo Josipović** (Kroatien, 15.3.2010), Außenminister **Samuel Žbogar** (Slowenien, 16.3.2010), Bundespräsidentin **Doris Leuthard** (Schweiz, 26.3.2010), Minister **Chen Haosu** (VR China, 29.3.2010), Außenminister **Teodor Baconschi** (Rumänien, 13.4.2010), Staatssekretär **Władisław Bartoszewski** (Polen, 5.5.2010), Staatssekretär **Pierre Lellouche** (Frankreich, 21.5.2010), Arbeits- und Sozialminister **Rasim Ljajić** (Serbien, 31.5.2010), Ministerpräsident von Baden-Württemberg **Stefan Mappus** (Deutschland, 1.6.2010), Justizminister **Cătălin Predoiu** (Rumänien, 10.6.2010), Außenminister **Kasit Piromya** (Thailand, 24.6.2010), Vizepremierminister und Staatsminister für europäische Integration **Giorgi Baramidze** (Georgien, 23.7.2010), Staatspräsident **Pál Schmitt** (Ungarn, 7.9.2010), Staatspräsident **José Ramos Horta** (Timor-Leste, 2.-4.11.2010), Staatspräsident **Toomas Hendrik Ilves** (Estland, 23.11.2010).

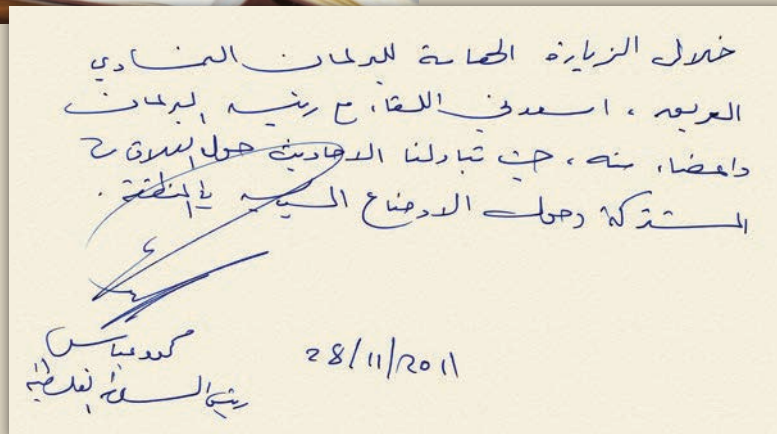
2011 Außenminister **Vuk Jeremić** (Serbien, 14.1.2011), Außenminister **Edward Nalbandian** (Armenien, 1.3.2011), Vizepräsident **Angelino Garzón** (Kolumbien, 3.3.2011), Präsident **Georgi Parvanov** (Bulgarien, 8.3.2011), ehem.

Aus dem Gästebuch des Parlaments



2011 reiste **Mahmoud Abbas** nach Wien und stattete der Präsidentin des Nationalrates einen Besuch ab. Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde beim Eintrag ins Gästebuch.

© Parlamentsdirektion/HBF/Franz Hartl



Благодарим за гостеприимство, оказанное делегации Совета Федерации Федерального Собрания России австрийскими коллегами-парламентариями. Глубоко удовлетворены высоким уровнем сотрудничества с Национальным Советом Австрийской Республики. Надеемся на дальнейшее плодотворное взаимодействие.

С наилучшими пожеланиями,

Председатель Совета Федерации
Федерального Собрания Российской Федерации

В. Матвиенко

Вена, 10 июня 2013 года

Walentina Matwijenko (Russische Föderation, Vorsitzende des Föderationsrates der Föderalen Versammlung) lobt im Namen der gesamten Delegation ausdrücklich die Gastfreundschaft der österreichischen ParlamentarierInnen.

© Parlamentsdirektion/HBF/Julia Weichselbaum





Frühjahr 2012: Eine Delegation unter der Leitung des Präsidenten der Europäischen Kommission, **José Manuel Barroso**, trifft mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer zu einem Gespräch zusammen. Im Anschluss schreibt Präsident Barroso ins Gästebuch, dass es eine Freude sei, mit der Präsidentin zu diskutieren. © Parlamentsdirektion/HBF/Pusch

It is a pleasure and an honour
to visit again the Austrian Parliament
and have the opportunity to discuss with
the President some issues regarding
our European Union.
Thank you for the invitation!

Die guten nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und der Schweiz betont die Bundespräsidentin der Schweizerischen Eidgenossenschaft **Doris Leuthard** anlässlich eines Besuchs im Hohen Haus. Die Schweizerin hinterlässt einen freundlichen Eintrag im Gästebuch!
© Parlamentsdirektion/HBF/Livio Srodic



Ich bedanke mich für den sehr herzlichen
Empfang und die guten nachbarschaftlichen
Beziehungen!
Doris Leuthard

Außenminister und Ministerpräsident **Jewgeni Maximowitsch Primakow** (Russland, 23.3.2011), Staatssekretärin **Tanja Mišćević** (Serbien, 1.4.2011), Staatspräsident **Abdullah Gül** (Türkei, 2.5.2011), Stv. Ministerpräsident und Außenminister **Thongloun Sisoulith** (Laos, 3.6.2011), Stv. Premierminister und Außenminister **Pham Gia Khiem** (Vietnam, 3.6.2011), Außenminister **Grigol Waschadse** (Georgien, 6.6.2011), Staatspräsident **Emomali Scharifowitsch Rahmon** (Tadschikistan, 7.6.2011), Staatspräsidentin **Roza Otunbayeva** (Kirgisistan, 9.6.2011), Außenminister **Gombojav Zandanshatar** (Mongolei, 9.6.2011), Außenminister **Ali Akbar Salehi** (Iran, 12.7.2011), Staatspräsident **Bronisław Komorowski** (Polen, 13.7.2011), Staatspräsidentin **Pratibha Patil** (Indien, 6.10.2011), Außenminister Seine Königliche Hoheit **Prinz Saud Al Faisal** (Saudi-Arabien, 12.10.2011), Staatspräsident **Hu Jintao** (China, 31.10.2011), Europa-Staatssekretärin **Enikő Győri** (Ungarn, 9.11.2011), Präsident **Mahmoud Abbas** (Palästinensische Autonomiebehörde, 28.11.2011), Ministerpräsident **Winfried Kretschmann** (Baden-Württemberg, 30.11.2011).

2012 Außenminister **Nasser Judeh** (Jordanien, 15.3.2012), Außenministerin **Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Vesna Pusić** (Kroatien, 30.3.2012), Staatspräsident **Demetris Christofias** (Zypern, 21.5.2012), Vizeaußenminister **Khalaf Khalafov** (Aserbaidschan, 5.6.2012), Premierminister **Victor Ponta** (Rumänien, 18.6.2012), Staatspräsident **Rossen Plevneliev** (Bulgarien, 18.9.2012), Arbeitsminister **Prof. DDr. Mirando Mrić** (Kroatien, 27.9.2012), Vizepremierminister und Justizminister **Prof. Dr. Hajredin Kuçi** (Kosovo, 9.10.2012), Staatspräsident **Nursultan Nazarbaev** (Kasachstan, 22.10.2012), Minister für Bildung, Wissenschaft und Technologie **Prof. Dr. Ramë Buja** (Kosovo, 25.10.2012), Staatspräsident **Václav Klaus** (Tschechische Republik, 13.11.2012).

2013 Ministerpräsident **Robert Fico** (Slowakei, 14.1.2013), Staatspräsident **Borut Pahor** (Slowenien, 6.2.2013), Außenministerin **Dr. Dipu Moni** (Bangladesch, 26.2.2013), Außenminister **Edward Nalbandjan** (Armenien, 26.2.2013), Außenministerin **Dr. Maja Pandschikidse** (Georgien, 28.2.2013), Außenminister **Ali Karti** (Sudan, 28.2.2013), Staatspräsident **U Thein**

Hu Jintao in Wien: Nationalratspräsidentin Barbara Prammer begrüßte eine chinesische Delegation unter Leitung von Staatspräsident Hu Jintao zu einem

Gedankenaustausch im Hohen Haus. Anlass war das 40. Jubiläum der Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen zwischen Österreich und China.

© Parlamentsdirektion/HBF/Livio Srodic



胡锦涛
二〇一三年一月一日

Sein (Republik der Union Myanmar, 4.3.2013), Premierminister **Jean-Claude Juncker** (Luxemburg, 18.3.2013), **Großherzog Henri von Nassau** (Luxemburg, 16.4.2013), **König Letsie III.** (Lesotho, 24.4.2013), Staatspräsident **Miloš Zeman** (Tschechische Republik, 24.4.2013), Präsident **Mahmoud Abbas** (Palästinensische Autonomiebehörde, 30.4.2013), Premierministerin **Mag.^a Alenka Bratušek** (Slowenien, 10.6.2013), Außenminister **Sheikh Abdallah bin Zayed Al Nahyan** (Vereinigte Arabische Emirate, 10.6.2013), Außenminister **Prof. Gamini Lakshman Peiris** (Sri Lanka, 12.6.2013), Staatspräsidentin **Atifete Jahjaga** (Kosovo, 19.6.2013), Außenministerin **Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Vesna Pusić** (Kroatien, 26.6.2013), Außenminister **Dr. Saâd-Eddine El Othmani** (Marokko, 3.7.2013).

Internationale Delegationen

Abgeordnete zum Nationalrat und Mitglieder des Bundesrates pflegten regelmäßig den Gedankenaustausch mit Parlamentariern aus aller Welt.

2008 kamen Delegationen aus der Schweiz (29.-30.10.2008) und Kasachstan (12.12.2008).

2009 waren Delegationen aus Südkorea (2.2.2009, 27.8.2009), Finnland (23.4.2009), der Türkei (28.-30.4.2009), der Slowakei (25.5.2009, 4.6.2009), Mali (25.-27.5.2009), Deutschland (23.-24.6.2009, 30.9.2009, 30.10.2009), Mosambik (23.-26.6.2009), Thailand (29.7.2009, 18.12.2009), Frankreich (16.-18.9.2009), Australien (12.10.2009), Namibia (20.-22.10.2009), der Tschechischen Republik (23.11.2009, 26.-27.11.2009) und Kirgisistan (15.12.2009) zu Gast im österreichischen Parlament.

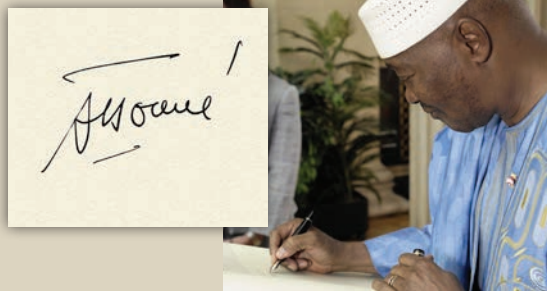
2010 besuchten Delegationen aus Norwegen (14.1.2010), Thailand (15.1.2010), Armenien (22.1.2010), Kroatien (29.1.2010), Großbritannien (3.2.2010), Mosambik (17.-19.2.2010), Deutschland (18.-19.2.2010), der Russische Föderation (19.2.2010), Mazedonien (25.-26.3.2010), der Schweiz (28.-30.4.2010), Deutschland (31.5.2010), Oman (28.6.2010), Bosnien-Herzegowina (6.7.2010 und 9.-10.11.2010), Israel (19.10.2010), Schweiz (20.10.2010), Frankreich (26.11.2010), Rumänien (30.11.2010), der Tschechischen Republik (30.11.-1.12.2010) das Hohe Haus.

2011 kamen Delegationen aus Thailand (12.1.2011), Ungarn (18.1.2011, 5.5.2011, 18.10.2011), der Slowakei (25.1.2011), Kroatien (15.2.2011), Schweden (14.3.2011),

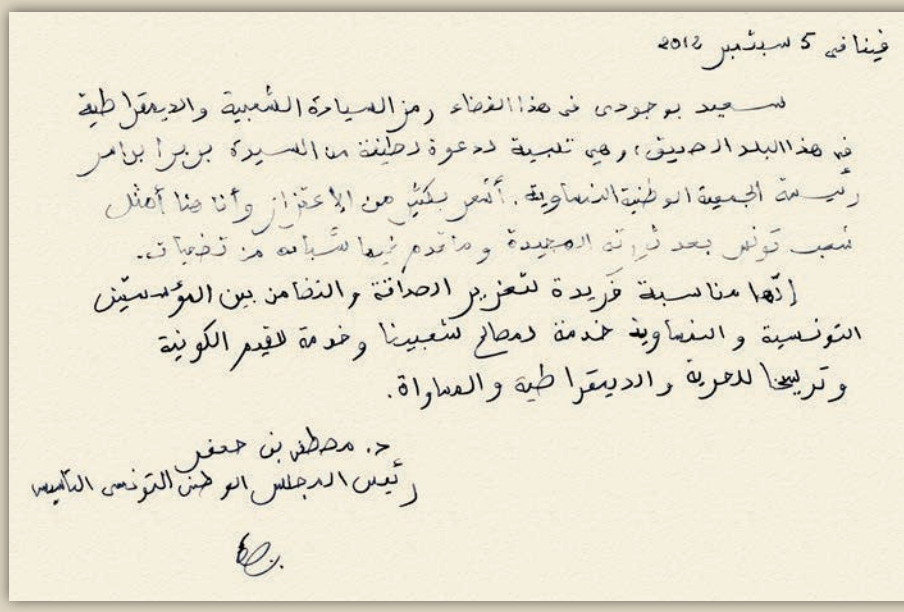
Aus dem Gästebuch des Parlaments



Henri von Nassau, Großherzog von Luxemburg, besucht Österreich drei Tage lang. Im Parlament findet ein Gedankenaustausch mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer statt. Großherzog Henri unterstreicht die exzellenten Beziehungen zwischen Österreich und Luxemburg.
© Parlamentsdirektion/HBF/Carina Karlovits



2009, Mai. Barbara Prammer empfängt den Staatspräsidenten von Mali, **Amadou Toumani Touré**. Die Nationalratspräsidentin zeigt sich stolz, dass der Präsident beim ersten Besuch Österreichs auch in das Parlament kommt.
© Parlamentsdirektion/HBF/Sebastian Reich



Rumänien (21.-22.3.2011/7.12.2011), der Türkei (3.5.2011), der Schweiz (10.-11.5.2011), Deutschland (18.5.2011), den USA (19.5.2011), Slowenien (30.6.2011), Südkorea (29.7.2011), Kenia (16.8.2011), der Ukraine (18.8.2011), Tschechien (20.9.2011, 18.10.2011), Norwegen (27.9.2011), Japan (10.10.2011), Australien (25.10.2011), Indonesien (2.11.2011), der Russische Föderation (21.11.2011), Nordrhein-Westfalen (23.11.2011), VR China (24.11.2011) und Tschechien (29.11.2011).

2012 waren Delegationen aus der Türkei (7.2.2012), Bosnien und Herzegowina (20.3.2012), Bundesrepublik Deutschland

(27.3.2012), dem Kosovo (29.3.2012), Australien (10.4.2012), der Tschechischen Republik (11.4.2012), den Kosovo (19.4.2012), Großbritannien (19.4.2012), Rumänien (25.4.2012), Litauen (2.5.2012), Korea (14.5.2012), Thailand (2.7.2012), Finnland (11.9.2012), den USA (17.9.2012), Südafrika (10.10.2012), Frankreich (11.-12.10.2012), der Tschechischen Republik (17.10.2012) zu Besuch.

2013 kamen Delegationen aus Deutschland (18.2.2013, 9.4.2013, 6.5.2013, 7.5.2013, 18.6.2013 und 25.6.2013), USA (21.2.2013), der VR China (11.3.2013, 7.6.2013), Indonesien (13.3.2013),



It is a wonderful experience to visit Vienna and 19th century building parliament of Vienna. I am particularly grateful to the President of National Council for holding women speakers conference and giving me the opportunity to visit this Parliament. I want to congratulate her for successful meeting. I am going back with lot of knowledge and best wishes for people of Pakistan.

Fehmida Mirza
14th July 2009.

Frauen in der Spitzenpolitik. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer trifft Fehmida Mirza, die Präsidentin der pakistanischen Nationalversammlung. Die Politikerin ist anlässlich der fünften Konferenz der Parlamentspräsidentinnen in Wien. Im Gästebucheintrag zeigt sich Fehmida Mirza beeindruckt vom Parlamentsgebäude.
© Parlamentsdirektion/HBF/Gunter Pusch



Kurz nach der Revolution in Tunesien besucht der Vorsitzende der verfassungsgebenden Nationalversammlung der Republik Tunesien, **Mustapha Ben Jaâfar**, Wien. Diskutiert werden die innenpolitische Entwicklung Tunesiens seit dem Beginn der Revolution im Jänner 2011 sowie die neue Verfassung des Landes nach der Revolution. Ben Jaâfar betont in seinem Gästebucheintrag die Rolle des Parlaments als Symbol der Herrschaft des Volkes und der Demokratie.
© Parlamentsdirektion/HBF/Franz Hartl

Südkorea (15.3.2013), Südafrika (13.5.2013), Rumänien (25.6.2013).

Internationale Organisationen

Folgende SpitzenrepräsentantInnen internationaler Organisationen besuchten das Hohe Haus:

2008 João Soares, Präsident der OSZE-PV (13.11.2008),

2009 Dr. Theo-Ben Gurirab, Präsident der Interparlamentarischen Union (13.7.2009), **Inés Alberdi**, Exekutivdirektorin UNIFEM (13.7.2009) und **Anders B. Johnsson**, General-

sekretär der Interparlamentarischen Union (19.2.2009),

2010 Thorbjørn Jagland, Generalsekretär des Europarates (25.3.2010), **Ban Ki-moon**, Generalsekretär der Vereinten Nationen (8.4.2010), **António Guterres**, Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen (8.4.2010), **Anders B. Johnsson**, Generalsekretär der Interparlamentarischen Union (26.5.2010), **Andris Piebalgs**, Kommissar für Entwicklung der Europäischen Union (14.9.2010), **Christine Verger**, Direktorin für die Beziehungen mit den natio-

nalen Parlamenten im Europäischen Parlament (16.-17.9.2010), **Michel Barnier**, Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen der Europäischen Union (27.9.2010), **José Miguel Insulza**, Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (28.10.2010), **Connie Hedegaard**, Kommissarin für Klimapolitik der EU (11.11.2010),

2011 Dacian Cioloș, EU-Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (14.2.2011), **Viviane Reding**, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission (18.2.2011), **Steve Verheul**, Chefverhandler des EU-Kanada-Freihandelsabkommens (28.2.2011), **Algirdas Šemeta**, EU-Kommissar für Steuern und Zollunion, Audit und Betrugsbekämpfung (18.3. 2011), **Michael Lindenbauer**, UNHCR-Vertreter für Deutschland und Österreich (24.3.2011), **Joseph Deiss**, Präsident der 65. UN-Generalversammlung (27.4.2011), Günther Oettinger, EU-Kommissar für Energie (30.5.2011), **Štefan Füle**, EU-Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik (16.6.2011), Maroš Šefčovič, Vizepräsident der Europäischen Kommission (10.11.2011),

2012 Präsident der Europäischen Kommission **José Manuel Barroso** (5.3.2012), Präsident der 66. UN-Generalversammlung **Nassir Abdulaziz Al-Nasser** (11.5.2012), **Kristalina Georgieva**, Kommissarin für Internationale Zusammenarbeit, Humanitäre Hilfe und Krisenreaktion der Europäischen Union (31.5.2012), **Janusz Lewandowski**, Kommissar für Finanzplanung und Haushalt der Europäischen Union (20.9.2012), Präsident des Europäischen Parlaments **Martin Schulz** (11.-13.10.2012),

2013 Algirdas Šemeta, Kommissar für Steuern, Zollunion, Audit und Betrugsbekämpfung der Europäischen Union (18.1.2013), **Kristalina Georgieva**, Kommissarin für humanitäre Hilfe und Krisenschutz der Europäischen Union (8.3.2013), **Ramón Luis Valcárcel**, Präsident des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union (5.4.2013), **Rebeca Grynspan**, UN-USG und Associate Administrator UNDP der Vereinten Nationen (8.4.2013), **Koos Richelle**, Generaldirektor für Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission (26.4.2013), Friedensnobelpreisträgerin **Tawakkol Karman** (27.6.2013).

ParlamentarierInnen bei internationalen Terminen

In der XXIV. Legislaturperiode wurden sowohl von den Mitgliedern des Präsidiums als auch von ParlamentarierInnen eine Fülle von internationalen Terminen wahrgenommen.

Die Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer absolvierte zahlreiche offizielle Besuche im Ausland. 2009 etwa reiste sie – in Begleitung einer ParlamentarierInnendelegation – nach Japan, aber auch nach Deutschland (Berlin), Ungarn, Brüssel und Serbien. 2010 wurden von ihr Polen, Namibia, Ghana und die Vereinten Nationen in New York, im Jahr 2011 Indien, Luxemburg und die Ukraine, im folgenden Jahr die USA (New York), Mazedonien, Albanien und die Slowakei und schließlich 2013 Montenegro besucht. Ebenso unternahmen der Zweite Präsident Fritz Neugebauer und der Dritte Präsident Martin Graf, teils als Begleitung des Herrn BP Heinz Fischer beziehungsweise in Begleitung einer ParlamentarierInnendelegation, offizielle Reisen ins Ausland.

Zahlreiche internationale Konferenzen

Die Abgeordneten brachten sich zudem bei zahlreichen internationalen Konferenzen und Tagungen ein. Fanden in den letzten beiden Monaten des Jahres 2008 noch 17 internationale Konferenzen statt, so waren es im Jahr 2009 bereits 71, in den beiden darauffolgenden Jahren 77, und im Jahr 2012 nahmen österreichische MandatarInnen an 71 sowie im Wahljahr 2013 bis Anfang September an 44 interparlamentarischen Sitzungen und Treffen teil.

30-mal zur Wahlbeobachtung im Ausland

Insgesamt 30-mal trugen österreichische ParlamentarierInnen im Rahmen von Wahlbeobachtungen bei Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen zur Stärkung der Demokratie vor allem in östlichen Ländern bei.

Delegationen von Ausschüssen des Nationalrates beziehungsweise von verschiedenen bilateralen parlamentarischen Gruppen machten im Jahr 2009 sieben, 2010 und 2011 jeweils sechs, im Jahr 2012 zehn und im laufenden Jahr fünf Reisen ins Ausland.



EZA-SprecherInnen in Burkina Faso: (v.li.): Franz Glaser (ÖVP), Judith Schwentner (GRÜNE), Johannes Hübner (FPÖ), Minister Lucien Marie-Noël Bembamba, Petra Bayr (SPÖ), Martina Schenk (BZÖ) © privat

Parlamentarische Delegation in Moskau (v. li.): Martina Schenk, Werner Neubauer, Günter Stummvoll, Alexis Wintoniak, Judith Schwentner, Johann Maier © Parlamentsdirektion



Die Abgeordnete Christine Muttonen (SPÖ) mit schwedischer Kollegin Abir Al-Sahlani (re.) als Wahlbeobachterinnen in Tunesien © privat

Wahlbeobachter Wolfgang Großbrück (Mitte) in Aserbaidschan © Parlamentsdirektion





Besuch einer Delegation in Indien mit Kranzniederlegung am Mahnmal für Mahatma Gandhi © Parlament/Gerhard Marschall



Als Wahlbeobachter im Einsatz: Werner Neubauer (FPÖ) in den USA, Hannes Weninger (SPÖ) in Serbien, Roman Haider (FPÖ) in der Ukraine © privat



Jakob Auer (ÖVP) bei einem Besuch im Europäischen Parlament in Brüssel © Bauernbund



Österreichische Delegation mit NR-Präsidentin Barbara Prammer trifft ukrainischen Parlamentspräsidenten Wolodymyr Lytwyn (2.v.li.) © Parlament/Gerhard Marschall



NR-Präsidentin Prammer zu Besuch in Japan bei Prinzessin Kiko und Prinz Akishino © Parlament/Gerhard Marschall



Symbolische Eröffnung des Kraftwerks Ashta 1 im Norden von Albanien mit österreichischer Beteiligung © Parlament/Gerhard Marschall



Ruth Klüger hielt eine eindrucksvolle Rede am Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Mai 2011 © Matthias Cremer

GEDENKEN

Mehr als bloßes Erinnern

In den Jahren 2008 bis 2013 lud das Parlament mit einer Reihe von Initiativen zur aktiven Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ein. Reflexion und Engagement für die Demokratie und deren Institutionen standen dabei im Mittelpunkt.

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer richtete sich im März 2013 mit folgenden Worten an die jugendlichen TeilnehmerInnen des ZeitzeugInnenworkshops der Demokratiewerkstatt: „Ihr habt nicht in dieser Zeit gelebt, eure Eltern nicht, ich nicht! Wir leben heute in einem anderen Österreich, wir haben aber trotzdem Verantwortung für die schrecklichen Ereignisse des Jahres 1938.“ Dieser Workshop fand anlässlich des 75. Jahrestags der Annexion Österreichs durch das nationalsozialistische Deutsche Reich statt. Ein verantwortungsvoller Umgang mit der Geschichte und die Aufrechterhaltung der Erinnerung sind, wie Prammer wiederholt betonte, Verpflichtung

gegenüber den Opfern von Diktatur und Verfolgung, zugleich aber auch Chance für die Weiterentwicklung von Demokratie, Grundrechten und sozialer Gerechtigkeit. Geschichtsbewusstsein helfe, autoritäre Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und Gefahren für die Demokratie zu begegnen, so die Nationalratspräsidentin.

Verantwortung übernehmen – Demokratie stärken

Ein klares Zeichen des Bekenntnisses Österreichs zur Verantwortung für die nationalsozialistische Vergangenheit setzt das Parlament mit dem „Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus“. 1997 mit Entschliefungen von National- und Bundesrat eingeführt, begründeten

die jeweils um den 5. Mai – dem Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen im Jahr 1945 – stattfindenden Gedenksitzungen beider Parlamentskammern eine neue Tradition staatlicher Erinnerungskultur. In Themenwahl und Programmgestaltung dokumentierten die Gedenktage der XXIV. Gesetzgebungsperiode die Bereitschaft, über das Gedenken an die Opfer hinaus, zu reflektieren, worin Täterschaft und Mitschuld an den nationalsozialistischen Gräueln bestanden.

Am Gedenktag 2009, dessen Motto „Gedenken ist mehr als Erinnerung – Vom 'Begräbnis aller menschlichen Würde' zur Unteilbarkeit der Menschenrechte“ war, warnte Nationalratspräsidentin Prammer vor einer Verharmlosung und



Jugendprojekte im Vorfeld des Gedenktages gegen Gewalt und Rassismus ermöglichen jungen Menschen die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. 2012 stand das Thema Euthanasie im Mittelpunkt von Workshops und Besuchen der Gedenkstätten „Am Steinhof“ sowie des Lern- und Gedenkortes Schloss Hartheim
© Parlamentsdirektion/Susanne Roth



Im Jänner 2013 wurde im Historischen Sitzungssaal die Oper „Der Spiegelgrund“ von Peter Androsch uraufgeführt
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen. Das vielfach tradierte falsche Bild des Nationalsozialismus müsse korrigiert und die Achtung der Prinzipien Toleranz, Respekt gegenüber Minderheiten sowie Zivilcourage vermittelt werden.

Die Stimmen der Opfer hören

Eine Initiative dazu setzte das Parlament auch mit der Durchführung begleitender Jugendprojekte im Vorfeld der Gedenktage. Die intensive Beschäftigung mit einem Aspekt nationalsozialistischer Herrschaft ermöglichte den teilnehmenden SchülerInnen, Anknüpfungspunkte zu ihrer eigenen Lebenswelt zu finden. Die erste der ambitionierten Gedenkarbeiten 2010 widmete sich der so genannten „Mühlviertler Hasenjagd“, weitere den Außenlagern des Konzentrationslagers Mauthausen als einem „Netzwerk des Terrors“ und der NS-Euthanasie.

Großer Wert wurde dabei auf die Begegnung mit ZeitzeugInnen gelegt. Deren Erfahrungen und Reflexionen für künftige Generationen zu sichern und gemeinsam mit ihnen die Gedenkkultur für die Zukunft weiterzuentwickeln stand im Mittelpunkt auch der anderen Gedenkveranstaltungen des Parlaments.

Ein „Plädoyer gegen die Gleichgültigkeit gegenüber dem Bösen“ hielt Władysław Bartoszewski beim Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus am 5. Mai 2010. Gedenktage seien „keine Feste der Freiheit und Freude“. Die Angst und der Schrecken, mit denen sie uns erfüllen, sollten uns aber motivieren, anstatt uns erstarren zu lassen

© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles/
Robert Zolles



Auf Spurensuche rund um das ehemalige KZ Mauthausen begaben sich im Februar 2010 mehr als 80 Jugendliche, indem sie die „Mühlviertler Hasenjagd“ vor 65 Jahren erforschten
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles/Alfred Reiter



In Erinnerung an die Befreiung des KZ Mauthausen im Mai 1945 wird im Parlament alljährlich der Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus begangen
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles/Mike Ranz

Holocaust-Überlebende Ruth Klüger mahnte in ihrer Rede am Gedenktag 2011, Respekt vor den Opfern zu zeigen, und warnte davor, Erinnerung falsch zu verstehen. „Mehr Gerede als Sprache und nicht so sehr Trauer als rührseliges Gewäsch“ sei ihr als 13-Jähriger nach dem Ende der NS-Herrschaft begegnet. Ein „offenes Ohr für die Stimmen der Opfer“ und „Mut zum zivilen Ungehorsam, um Fehler und Übel im Zusammenhang mit grausamer Vergangenheit beim Namen zu nennen“ forderte auch der Gastredner des Gedenktages 2010, Władysław Bartoszewski, früherer polnischer Außenminister und ehemaliger Häftling des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau.

Workshops mit ZeitzeugInnen

Spezielle Workshops mit ZeitzeugInnen bot 2013 auch die Demokratiewerkstatt des Parlaments anlässlich des 75. Jahrestages der Annexion Österreichs durch das nationalsozialistische Deutsche Reich 1938 an. Jugendliche ab der neunten Schulstufe trafen dabei mit ZeitzeugInnen – den Jugendlichen der 1930er-Jahre – zusammen, die von ihren Wahrnehmungen und Lehren aus dem Erlebten erzählen. Die SchülerInnen beleuchteten das Gehörte nach verschiedenen thematischen Aspekten und

formulierten Erkenntnisse für ihr eigenes Handeln und die heutige Gesellschaft.

Erinnerung an Novemberpogrome 1938

Künstlerische Wege der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit präsentierten die gemeinsam von österreichischem Parlament, Volkstheater und Stadt Wien, erstmals anlässlich des 70. Jahrestages 2008, organisierten Gedenkmatinéen zur Erinnerung an die Novemberpogrome des Jahres 1938. Lesungen aus authentischen Berichten von Opfern und Betrachtungen von Kulturschaffenden, wie beispielsweise das Gespräch zwischen der Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller und der aus einer Wiener jüdischen Familie stammenden Germanistin und Autorin Ruth Klüger, rückten „Sprache als Gedächtnis“ in den Mittelpunkt. Bei der Matinée 2010 interpretierte der Liedermacher Wolf Biermann mit einer Nachdichtung authentische, in 15 Gesängen „Vom ausgerotteten jüdischen Volk“ niedergelegte Erfahrungen des im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau ermordeten Lyrikers Jizchak Katzenelson. Der „Musik als Gedächtnis“ war 2011 ein „Gesprächskonzert“ mit dem gebürtigen Wiener Walter Arlen gewidmet, einem der letzten noch lebenden Komponisten jener jüdischen Generation, deren

Vernichtung die Nationalsozialisten geplant hatten.

Bleibende Verpflichtung

Eine musikalische Form der Verarbeitung des Geschehenen bot auch die Uraufführung der Oper „Spiegelgrund“ im Historischen Sitzungssaal des Parlaments im Jänner 2013. Der Linzer Komponist Peter Androsch thematisiert in seinem Werk den Mord an kranken oder behinderten Kindern in der Kinderfachabteilung der Pflegeanstalt am Wiener Spiegelgrund in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft. Das Parlament beging mit dieser Veranstaltung den Internationalen Holocaust-Gedenktag der Vereinten Nationen, der seit 2005 alljährlich an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau am 27. Jänner 1945 erinnert. Im Jahr davor war anlässlich dieses Gedenktages eine szenische Lesung aus Fania Fénelons Roman „Das Mädchenorchester in Auschwitz“ dargeboten worden. Nationalratspräsidentin Prammer wandte sich in ihrer Ansprache zu dieser Veranstaltung mit Nachdruck gegen Stimmen, die einen „Schlussstrich“ ziehen wollen und das Gedenken als nicht mehr notwendig erachten. Vielmehr, so Prammer, müssten wir Gedenken als „bleibende Verpflichtung“ auch für die



Chor und Instrumentalensemble der Musikschule der Stadt Linz unter Leitung von Thomas Mandel umrahmten den Gedenktag 2011
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles/Mike Ranz

Oben: Präsentation von Publikationen des Nationalfonds

Unten: SchülerInnen diskutieren mit dem Zeitzeugen Wilfried Daim © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Leo Hagen, Mike Ranz

Zukunft verstehen, in der „Überlebende des Holocaust [...] den nachfolgenden Generationen ihre furchtbaren Erlebnisse nicht mehr erzählen können“.

Allgemeiner Entschädigungsfonds

Auf Antrag von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und des Zweiten Präsidenten des Nationalrates Fritz Neugebauer beschloss das Parlament 2013 die rechtlichen Voraussetzungen zur Beendigung der Arbeit des Allgemeinen Entschädigungsfonds, da dessen Aufgaben weitgehend erfüllt sind. Der mit 210 Millionen US-Dollar dotierte Fonds trug seit 2001 die Verantwortung für Entschädigung von Vermögensverlusten während des Nationalsozialismus sowie für die Naturalrestitution von Liegenschaften im Bundesbesitz. Er basiert auf dem zwischen der Republik Österreich und den USA geschlossenen Washingtoner Abkommen zur umfassenden Lösung offener Fragen der Entschädigung und Restitution für NS-Opfer, das der US-Chefverhandler Stuart E. Eizenstat bei einem Vortrag im Parlament als eine „Wasserscheide in der neueren österreichischen Geschichte“ bewertete. Bis Ende 2015 wird der Fonds seine eigentliche Arbeit abschließen, 2018 soll auch die beim Fonds eingerichtete

Schiedsinstanz für Naturalrestitution aufgelöst werden. Mehr als 20.000 Anträge wurden bisher recherchiert. Das daraus gewonnene Wissen über Aktenbestände zu NS-Vermögensentziehungen steht als „Findbuch für Opfer des Nationalsozialismus“ online zur Verfügung (www.findbuch.at).

Demokratie – keine Selbstverständlichkeit

Sich die Werte der Demokratie und des Parlamentarismus stets aufs Neue vor Augen zu führen sei auch ein klarer Auftrag aus den Ereignissen vom 4. März 1933, so Nationalratspräsidentin Prammer. Die damalige Staats- und Verfassungskrise endete mit der Ausschaltung des Parlaments durch Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, der in der Folge autoritär regierte. Dass in den Jahren 1933 bis 1938 Unrecht geschehen ist, habe das Parlament, so Prammer, mit dem 2012 beschlossenen Aufhebungs- und Rehabilitierungsgesetz für Justizopfer dieser Zeit außer Streit gestellt.

Den 80. Jahrestag der Parlamentsausschaltung 2013 beging das Hohe Haus auf Einladung der NR-Präsidentin Barbara Prammer und des Zweiten NR-Präsidenten Fritz Neugebauer mit einem Symposium,

das zur Bewusstseinsbildung für die historischen Ereignisse und zur Sensibilisierung gegenüber antidemokratischen Strömungen beitragen sollte. Renommierte WissenschaftlerInnen setzten sich mit dem Weg Österreichs in die Diktatur, dem damals weit verbreiteten Ruf nach autoritären Strukturen und der Verfassungskonzeption von 1934 auseinander. Den Bogen zur Gegenwart spannten die ReferentInnen mit Bezügen zu den Krisenstrategien von heute sowie mit Fragen zur Legitimation und Repräsentation in der Europäischen Union. Die Ergebnisse der gut besuchten Veranstaltung im Hohen Haus werden 2014 in einem Tagungsband vorgelegt. Anlässlich der Präsentation der Aktivitäten zum 75. Jahrestag der Novemberpogrome 1938 – die Parlamentswebsite steht in diesem Jahr als Plattform für Veranstaltungen zum Thema aus ganz Österreich zur Verfügung – führte NR-Präsidentin Barbara Prammer im Herbst 2013 aus: „Auch heute gilt es, stets wachsam zu sein und das Überschreiten moralischer Grenzen genau zu beobachten.“ In diesem Sinne leisteten die Gedenkveranstaltungen des Parlaments 2008 bis 2013 auch einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Demokratie in Österreich.

Dr.ⁱⁿ Ulrike Felber

SCHULE DER DEMOKRATIE

Politische Bildung als Auftrag

Wie funktioniert Demokratie? Warum soll ich mich an ihr beteiligen? Antworten auf diese und viele weitere Fragen geben die Angebote, die das Parlament für Kinder und Jugendliche – die Wählerinnen und Wähler von morgen – parat hat. Ein wahre Erfolgsstory stellt die Demokratiewerkstatt dar.

Neben Gesetzgebung und Kontrolle hat das Parlament auch eine wichtige Rolle bei der Transparenz von politischen Prozessen und Entscheidungen. Öffentliche Information über das aktuelle, tagespolitische Geschehen im Parlament ist ein Eckpfeiler der repräsentativen Demokratie. Wesentliche Voraussetzung dafür, diese tagesaktuellen politischen Ereignisse und Diskurse zu verstehen und bewerten zu können, sind wiederum Kenntnisse der grundlegenden Regeln der parlamentarischen Demokratie in der Praxis. Somit ist das Informations- und Bildungsangebot des Parlaments zentrale Grundlage dafür, sich eine Meinung zu bilden, (Wahl-) Entscheidungen zu treffen und sich an politischen Prozessen zu beteiligen.

Vielfältiges Angebot

In diesem Sinne bilden Demokratiewerkstatt und DemokratieWEBstatt (für 8- bis 15-Jährige), die halbjährlich stattfindenden Jugendparlamente (für SchülerInnen der 9. Schulstufen, also 14- bis 15-Jährige) sowie die Kinder- und Jugendführungen (für 6- bis 18-Jährige) seit 2008 ein einerseits stringentes, andererseits durch die unterschiedlichen Vermittlungsformate facettenreiches, auf das jeweilige Alter abgestimmtes Angebot, dessen Inanspruchnahme durch gezielte Maßnahmen auch Kindern und Jugendlichen aus den Bundesländern außerhalb Wiens ermöglicht wird. Eine wichtige Rolle in der Vermittlung nehmen dabei sowohl das Parlamentsgebäude als auch die Mandatarinnen und Mandatare ein.

Hürden und Schwellenängste abbauen

Grundlegende Ziele aller dieser Einrichtungen sind neben der Stärkung des Demokratiebewusstseins durch die Vermittlung demokratischer Grundwerte die Förderung der Partizipationsbereitschaft an demokratischen Prozessen sowie die Sensibilisierung für Vorgänge, die

Demokratie in Frage stellen beziehungsweise gefährden.¹ Dabei sollen Hürden und Schwellenängste, sich mit dem Thema Politik zu beschäftigen, abgebaut werden, Meinungen und Bedürfnisse zu artikulieren gefördert und ein lebendiges, positives Demokratie-Erleben ermöglicht werden.

Halbjährlich durchgeführt, ermöglichen es die Jugendparlamente den jugendlichen Teilnehmenden, am Originalschauplatz der Gesetzgebung einen Tag lang selbst die Rolle der Abgeordneten einzunehmen. Anhand einer fiktiven Gesetzesvorlage führen sie Diskussionen im Klub und im Ausschuss, sie erfahren, wie mühsam, aber auch notwendig und lohnend es sein kann, Kompromisse zu finden, und können zum Abschluss des Tages vom Rednerpult im Sitzungssaal des Nationalrates aus noch einmal ihre Meinung zum Thema darstellen, bevor sie im Plenum über die Kompromissvariante abstimmen. Selbst Protagonist dieser Vorgänge zu sein eröffnet den Jugendlichen eigene, neue Zugänge zu parlamentarischen Prozessen und fördert das Verständnis für reales politisches Geschehen und das Interesse daran.

Konstruktivistische Lerntheorie

Parallel dazu haben sich die Workshops in der Demokratiewerkstatt im Laufe der letzten fünf Jahre als Angebot der politischen Bildung im Parlament heraus positiv entwickelt und erfolgreich etabliert. Täglich durchgeführt, können im Unterschied zum Jugendparlament schon Schulklassen ab der dritten Schulstufe an einer der Werkstätten teilnehmen. Die Didaktik in den Workshops orientiert sich an der konstruktivistischen Lerntheorie und ermöglicht es den Teilnehmenden, sich in einer vorbereiteten Lernumgebung in Kleingruppen Antworten auf Fragestellungen aus ihrer Sicht zu erarbeiten und diese

in einem Medienprodukt (Film, Radiobeitrag oder Zeitung) zu verarbeiten.² Nach dem Workshop werden diese Medienprodukte im Kinderinternetangebot des Parlaments auf www.demokratiewerkstatt.at veröffentlicht.³

Drei Kernziele

Die drei Kernziele aller Workshops, nämlich die Vermittlung von Kenntnissen über politische und parlamentarische Strukturen und Prozesse, die Förderung der Selbstartikulation sowie die Medienkompetenz⁴ wurden in der ersten Phase in vier verschiedenen Werkstätten, deren inhaltliche Schwerpunkte die Bundesgesetzgebung, Funktion und Aufgaben von ParlamentarierInnen, die Grundlagen der demokratischen Mitbestimmung sowie Medien und Umgang mit Informationen sind, umgesetzt.⁵ Bereits Ende 2008 wurde das Angebot durch eine Werkstatt zum Thema Geschichte der Republik erweitert, 2009 mit der Europa-Werkstatt vorerst komplettiert.

Von Beginn an wurden die in Inhalten und Abläufen der Workshops vorhandenen Anknüpfungspunkte regelmäßig für aktuelle Schwerpunktsetzungen genutzt. So stand die Partizipationswerkstatt 2008 im Zeichen von schulpolitischen Fragen, 2010 wurden Armut und soziale Ausgrenzung thematisiert. Prominente Staatsgäste, u.a. die indische Parlamentspräsidentin Meira Kumar (2009) oder der britische Parlamentspräsident John Bercow (2013), nutzten ihren Aufenthalt im österreichischen Parlament für einen Besuch in der Demokratiewerkstatt und standen dort den Schülerinnen und Schülern ebenso für Gespräche zur Verfügung wie der

² siehe auch Wolfgang Sander, Jahresbericht 2009 Nationalrat, S. 55f.

³ siehe Artikel „Mitmachen – Mitbestimmen – Mitgestalten“ – auch im Netz“ in dieser Publikation

⁴ siehe auch Wolfgang Sander, Politik entdecken – Freiheit leben, Didaktische Grundlagen politischer Bildung (Schwabach 2008), Kapitel II.3 und IV.1.

⁵ Jahresbericht 2008 Nationalrat, S. 45

¹ Die politische Partizipation Jugendlicher und die Demokratiewerkstatt des Parlaments (Wien, 2007)

berühmte Liedermacher Wolf Biermann (2010), der sehr authentisch vermittelte, wie es ist, in einem nichtdemokratischen System leben zu müssen. Im Jahr 2011/12 wurde durch die Teilnahme von Mitgliedern der Regierung, Staatssekretären und VolksanwältInnen das Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive verstärkt behandelt.

Eine gänzlich neu konzipierte Werkstatt mit ZeitzeugInnen beschäftigt sich seit Jänner 2013 aus

Anlass der 75. Wiederkehr des „Anschlusses“ Österreichs an Nazi-Deutschland mit den Ereignissen des März 1938, deren Vorgeschichte und Folgen sowie die Lehren, die wir für unser heutiges demokratisches Zusammenleben

daraus ziehen können. Im Mittelpunkt dieser Werkstatt steht das Gespräch mit Personen, die diese Tage erlebt haben und den Schülerinnen und Schülern durch ihre authentischen Berichte ermöglichen, die damaligen Vorgänge besser nachvollziehen und verstehen zu können. Aufgrund des dafür erforderlichen Vorwissens der Teilnehmenden richtet sich dieses Angebot an Schulklassen ab der 9. Schulstufe, also an jene Altersgruppe, die direkt der anderen Workshops

an die anschließt.

Nationales und internationales Interesse an der jungen Einrichtung hat auch bereits zu zwei „Sprösslingen“ geführt: Seit 2011 veranstaltet der Tiroler Landtag in Innsbruck jedes Jahr eine Woche lang Workshops nach dem Muster der Demokratiewerkstatt. Und im Jänner 2013 wurde in Montenegro eine Demokratiewerkstatt nach Wiener Vorbild eröffnet.

Erfolg und Akzeptanz



Demokratiewerkstatt-Makottchen Lesco mit zwei strahlenden „Demokratie-Profis“. So darf sich nennen, wer alle Workshops absolviert hat
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Jacqueline Godany



Was heißt für mich Demokratie? SchülerInnen präsentieren ihre Überlegungen dazu © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Jacqueline Godany

der Demokratiewerkstatt finden ihren Niederschlag auch in der konstant hohen Nachfrage nach den Workshops, welche sich bei zehn bis 15 pro Woche eingependelt hat. Im Durchschnitt besuchen jährlich ungefähr 10.000 Kinder und Jugendliche die Demokratiewerkstatt. Die Zahl jener, die mindestens vier Werkstätten absolviert haben und somit von der Präsidentin des Nationalrates persönlich als Demokratiewerkstatt-Profis geehrt werden, ist seit Start der Einrichtung im Oktober 2007 auf rund 3.300 Kinder und Jugendliche angewachsen.

Viele Entwicklungschancen

Für die Wiener Demokratiewerkstatt selbst ergeben sich aus den sechs Jahren ihres bisherigen Bestehens vielerlei Entwicklungsmöglichkeiten: Regelmäßige inhaltliche Schwerpunkte und eine stärkere Einbeziehung aktueller politischer Themen sind denkbar, eine Berücksichtigung der Herausforderungen durch Social Media erforderlich. Die Erfahrungen aus der Werkstatt zur Annexion 1938 haben einerseits gezeigt, dass das Konzept durchaus auch für eine ältere Zielgruppe adaptierbar ist, andererseits können die darin gewonnenen Erfahrungen in Hinsicht auf die Einbeziehung von ZeitzeugInnen in die Workshopabläufe auch für weitere thematische Schwerpunkte genutzt werden. Unerlässlich für den weiteren Erfolg ist jedoch neben der Verknüpfung

mit dem Originalschauplatz Parlament auch in Hinkunft vor allem eines: die Unterstützung und aktive Mitwirkung der ParlamentarierInnen.

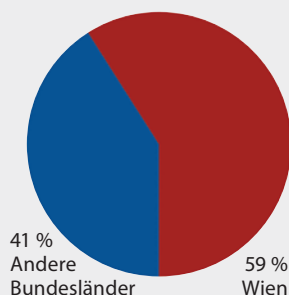
Mag.^a Elisabeth Schindler-Müller
Leiterin der Abteilung
Demokratiewerkstatt

Zahlen und Fakten*

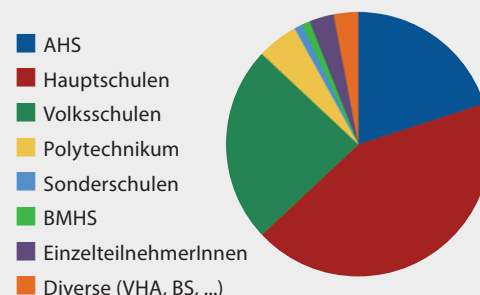
Demokratiewerkstatt

Anzahl der TeilnehmerInnen	57.325
Anzahl der Workshops	2.540
Workshops mit MandatarInnen	576
Workshops mit ExpertInnen	209

Bundesländerverteilung



Schultypen



Jugendparlament

Anzahl der BewerberInnen	2.400
Anzahl der TeilnehmerInnen	776

* 2007 bis 30.9.2013

Quelle: Parlamentsdirektion



SchülerInnen bei der Gruppenarbeit © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

„Mitmachen – Mitbestimmen – Mitgestalten“ – auch im Netz

In den vergangenen fünf Jahren hat die DemokratieWEBstatt laufen gelernt. Sie versteht sich als unterrichtsergänzendes Medium, das modernen technischen Anforderungen entspricht.

Die DemokratieWEBstatt möchte nicht nur über Demokratie informieren, sondern das Interesse von Kindern und Jugendlichen für Politik allgemein und die PolitikerInnen und deren Tätigkeiten im Besonderen wecken. Ein weiteres Ziel ist die konkrete Unterstützung der LehrerInnen in ihrer Aufgabe der politischen Bildung durch praktische Anwendungen. Nicht zuletzt soll durch das Angebot der DemokratieWEBstatt eine positive Grundhaltung zu Politik und Parlament bei der Zielgruppe und den MultiplikatorInnen gefördert werden.

Wie kann die Zielgruppe erreicht werden?

51 Prozent der österreichischen Kinder zwischen neun und 16 Jahren nutzen das Internet täglich oder fast täglich, 41 Prozent sind ein bis zweimal in der Woche online¹, allerdings selten auf Informationsseiten eines Parlaments, außer sie suchen nach Materialien für ein Referat oder sie finden einen Beitrag

Entwicklung der Zugriffszahlen

www.demokratieWEBstatt.at

Hits 2008	392.644
Hits 2009	430.730
Hits 2010	473.643
Hits 2011	1.013.898
Hits 2012	1.255.064
Hits 2013 (Stand 30.9.)	1.210.556

© Parlamentsdirektion

über sich selbst auf dieser Website. Diesen Anknüpfungspunkt haben wir uns zunutze gemacht, als im Jahr 2007 www.demokratieWEBstatt.at – das Portal für Kinder und Jugendliche eröffnet wurde: Die in den Workshops der Demokratiewerkstatt im Palais Epstein erarbeiteten Medienbeiträge können die jungen BesucherInnen ausschließlich auf www.demokratieWEBstatt.at abrufen. Die stetig steigende Anzahl der BesucherInnen belegt, dass die Verbindung der Workshops mit dem Internetportal die richtige Entscheidung war: Das Kinderinternet hat sich vom Insidertipp zum Demokratievermittlungsportal mit

100.000 monatlichen Besuchen entwickelt.

Wie werden Kinder und Jugendliche zu dauerhaften Nutzern?

Wir haben uns auch Gedanken darüber gemacht, wie wir es erreichen können, dass Kinder immer wieder auf unsere Website zurückkommen. Mit wechselnden Schwerpunktthemen und Aktuellmeldungen, die nicht immer so „tierisch“ ernst sind wie z.B. „Die Rückkehr der Greife auf dem Parlamentsdach“ soll die Community lebendig erhalten werden und an die Lebenswelt der Kinder angeschlossen werden. Spielerische Zugänge

¹ Studie EU Kids Online, Risiken und Sicherheit im Internet, Jänner 2011; <http://www.saferinternet.at/fileadmin/files/AustriaExecSum-5.pdf>

zum Thema Demokratie sollen die BesucherInnen mit Filmen, Cartoons, Quiz und Memory Spiel=Doppel Moppel dazu verleiten, auf der Website zu bleiben; bzw. auf diese zurückzukommen.

Kinder und Jugendliche stellen hohe Ansprüche an Grafik und Design

Kinder finden es abschreckend, wenn bei Webseiten die Ladezeiten zu lang sind, die Grafik zu kindisch ist, die Technik nicht gleich funktioniert und die Website wie die Schule ist.

Die Verwendung klarer Farben und eines klar strukturierten Stils sowie eine einfache, standardisierbare Grafik mit einer Reduktion auf wenige Contentelemente soll diesen Anforderungen Rechnung tragen.

Die Smartphonennutzung unserer Zielgruppe ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Mehrere Layouts für verschiedene Größen zu pflegen ist aber aufwendig und nicht nachhaltig. Einen anderen Weg geht unser mit dem Relaunch im Herbst 2012 eingeführtes „responsive Design“. Es gibt nur ein einziges Layout, das sich dynamisch an die Bildschirmauflösung anpasst. Mit dem neuen Auftritt wirklichten wir die Straffung der Navigation, eine Optimierung der BenutzerInnenführung im Menü und ein verbessertes Bild/Textverhältnis. Das mobile Konzept der DemokratieWEBstatt wird schließlich auch durch die neugeschaffenen E-Books unterstrichen. Schwerpunktthemen können im E-Book-Format bequem gelesen werden, Animationen sind dabei selbstverständlich eingebettet.



Screenshot der Aktuell-Meldung „Die Rückkehr der Greife auf das Parlamentsdach“

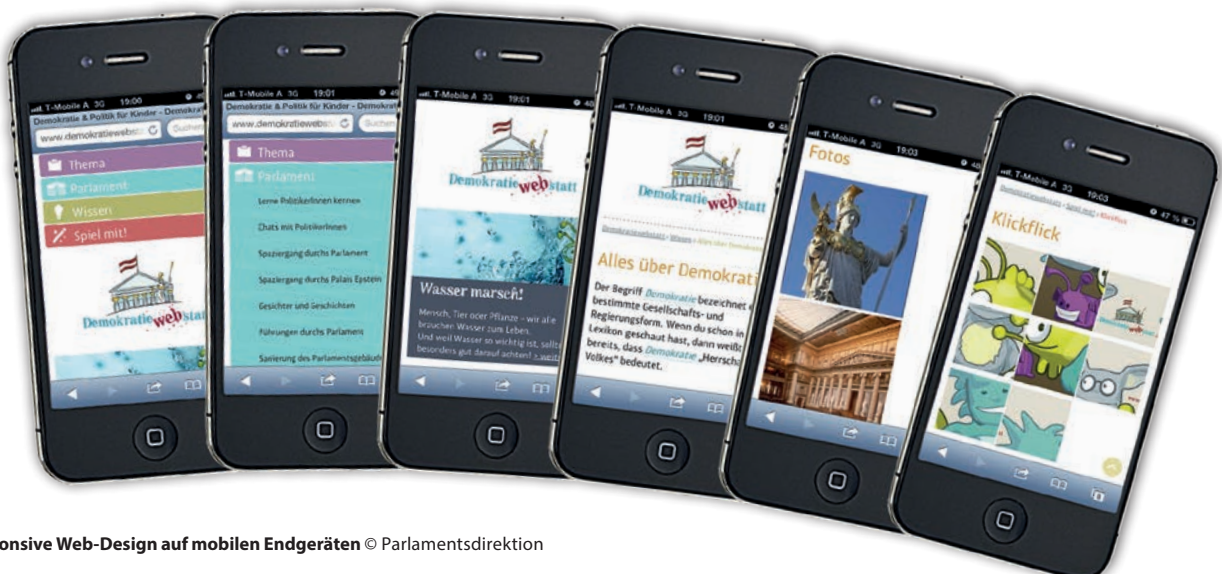
© Parlamentsdirektion

Unterrichtsmaterialien

Da wir es uns auch zum Ziel gesetzt haben, LehrerInnen in ihrer Aufgabe der politischen Bildung zu unterstützen, stellen wir umfangreiche Unterlagen zur Verfügung, die es erleichtern, das jeweilige Schwerpunktthema unseres Portals im Unterricht mit den SchülerInnen durchzugehen.

Mandatarinnen und Mandatäre – Menschen wie du und ich

Auf der Seite der Demokratiewebstatt sollen PolitikerInnen und Menschen „im Hintergrund“ sichtbar gemacht, Interessen und Meinungen von Kindern und Jugendlichen veröffentlicht und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch niederschwelli-



Responsive Web-Design auf mobilen Endgeräten © Parlamentsdirektion

ge Angebote gefördert werden. Daher verraten im Menüpunkt „Parlament“ die einzelnen MandatarInnen, wie sie PolitikerInnen wurden, was wichtig für diesen Beruf ist, was sie in der Schule gar nicht leiden konnten, was sie gerne essen und vieles mehr. Neben einem aktuellen Foto haben fast alle ein Foto aus ihrer Kindheit zur Verfügung gestellt. So werden die PolitikerInnen für die Kinder besser fassbar und greifbar.

Mehr als 1.200 SchülerInnen chatten mit PolitikerInnen

Im Chatroom der DemokratieWEBstatt können PolitikerInnen und SchülerInnen aufeinandertreffen, denn in regelmäßigen Abständen haben SchülerInnen zweier Schulklassen aus verschiedenen Bundesländern die Möglichkeit, eineinhalb Stunden lang mit PolitikerInnen aller im Parlament vertretenen Parteien zu chatten. Mehr als 1.200 SchülerInnen aus 49 Klassen waren seit 2009, dem Jahr, in dem wir die Chats eingeführt haben, schon im Chatroom zu Besuch. Das Ziel, mit den Chats SchülerInnen aus ganz Österreich direkten Kontakt mit PolitikerInnen zu ermöglichen, wurde auf eindrucksvolle Art und Weise erreicht. Die SchülerInnen, die bisher am Chat teilgenommen haben, kommen aus allen neun Bundesländern und haben mit ihren interessanten Fragen qualifizierte Antworten von Seiten der PolitikerInnen eingefordert.

Der letzte Schritt in der Entwicklung der DemokratieWEBstatt wurde schließlich im März 2013 mit Einrichtung einer Facebook-Seite getan. Facebook bietet für uns die Möglichkeit der direkten Kommunikation und Interaktion mit bildungs- und demokratieinteressierten Erwachsenen, LehrerInnen und weiteren MultiplikatorInnen. Das Ziel, Kindern und Jugendlichen ein spannendes Angebot zur Verfügung zu stellen, wurde schon bald um die Unterstützung für LehrerInnen erweitert. Während wir anfangs primär auf Informationsvermittlung gesetzt haben, hat sich der Schwerpunkt durch die Chats und den Facebook-Auftritt Richtung Interaktivität verlagert. Damit wird das Motto der Demokratievermittlung im Parlament „Mitmachen – Mitbestimmen – Mitgestalten“ umgesetzt und mit Leben erfüllt.

MMag.^a Ines Kerle
Leiterin der Abt. Digitale
Medien und Corporate Design



Im Chatroom wird Politik unmittelbar und lebendig: Schulen aus allen Bundesländern nutzen dieses Diskussionsangebot © BHAK/BHAS Wörgl in Tirol



Facebook-Seite der DemokratieWEBstatt © Parlamentsdirektion

Lebenslanges Lernen – Politische Bildung in Österreich

Demokratie-Lernen ist ein mittel- bis langfristiges Projekt, eine Feuerwehrfunktion zur kurzfristigen Anhebung der Wahlbeteiligung ist nicht eingebaut

Die Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre bei nationalen Wahlen war 2007 ein mutiger und in der EU einzigartiger Schritt des österreichischen Parlaments. Diese Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten hat aber (wieder einmal) die Notwendigkeit von politischer Bildung – in Schulen und außerschulisch – vor Augen geführt. Tatsächlich initiierte in der Folge 2007 und 2008 die Bundesregierung im Rahmen der Demokratie-Initiative „Entscheidend bist DU!“ Projekte und Maßnahmen zur Mitgestaltung und des Dialogs mit der Politik. Bis heute geblieben sind einige Programme (z.B. das Masterstudium Politische Bildung an der Johannes-Kepler-Universität Linz oder das postgraduale MSc-Programm an der Donau-Universität Krems), vielfältige Aktivitäten der Pädagogischen Hochschulen, Schulbücher bzw. Unterrichtsmaterialien. Außerdem war und ist nicht zuletzt das Parlament aktiv – mit der Einrichtung der Demokratiewerkstatt, dem jährlichen Jugendparlament, einem umfangreichen Internetangebot für junge Leute und auch Kinderführungen. Wirklich Elan in die Debatte rund um das Demokratieverständnis jugendlicher, aber auch erwachsener ÖsterreicherInnen kommt seither allerdings meist nur kurzfristig und anlassbezogen, vorzugsweise am Tag nach einer Wahl bei der Ursachensuche für den Erfolg populistischer Parteien und KandidatInnen.

Politische Bildung in der Schule

Politische Bildung oder – um einen positiver besetzten Begriff zu verwenden – Demokratie-Lernen ist in Österreich ein wenig Glückssache. Abhängig vom Elternhaus, vom Engagement einzelner LehrerInnen, von der Peer Group entwickelt sich bei Jugendlichen Interesse an Politik und Verständnis zu deren Mechanismen – oder eben nicht. Historisch bedingt gab es keine systematische Entwicklung von politischer Bildung. Einerseits aufgrund der lange Zeit identitätsstiftenden Lebenslüge Österreichs, das erste Opfer Hitlerdeutschlands gewesen zu sein. Andererseits wurde aufgrund der Proporzmentalität das Demokratie-

Lernen lieber den Parteiakademien überlassen. Politische Diskussionen waren somit aus den Klassenzimmern verbannt, doch politische Bildung fand trotzdem statt – nur eben nicht auf der Grundlage von festgelegten Standards, sondern im geheimen Lehrplan, unterm Tisch sozusagen.

Das Problemkind Nummer eins ist bis heute die LehrerInnenausbildung. Politische Bildung ist im Grunde ein Unterrichtsgegenstand ohne spezifisches Lehramtsstudium geblieben. Auch hier ließ der Schwung der Demokratie-Initiative rasch nach, und Themen wie Neue Mittelschule, Zentralmatura oder diverse Bildungsstandards dominierten



**FH-Prof.ⁱⁿ
MMag.^a Dr.ⁱⁿ
Kathrin Stainer-
Hämmerle**
© Sissi Furgler

bald wieder die Fortbildungsangebote. Demokratie-Lernen an Schulen findet auf Basis eines dualen Systems statt: Auf der einen Seite anhand eines seit 1978 geltenden Unterrichtsprinzips, das die Berücksichtigung von Inhalten der politischen Bildung in allen Schulstufen, -typen und Unterrichtsfächern vorsieht. Auf der anderen Seite als eigener Unterrichtsgegenstand, meist in Kombination mit anderen Inhalten wie Geschichte oder Recht, kritisch betrachtet gesehen als Anhängsel.

Beide Formen weisen ihre Defizite auf: Forderungen nach einem eigenen Fach gehen bis in die 1970er Jahre zurück und scheiterten an Widerständen von LehrerInnenseite und parteipolitischen Befürchtungen der Instrumentalisierung. Da in einem Unterrichtsfach aber die Leistung der SchülerInnen benotet werden muss, führt dies zu einem hierarchischen Verhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden und zur verstärkten Vermittlung von Faktenwissen. Es kann leichter in die Kategorien Falsch oder Richtig eingeordnet werden und ist somit leichter zu beurteilen als die Auseinandersetzung mit individuellen

Meinungen und persönlichen Urteilen.

Auf der anderen Seite zählt politische Bildung zwar zum bekanntesten der zwölf Unterrichtsprinzipien, allerdings fühlt sich kaum ein/e LehrerIn dafür wirklich zuständig. Eine inhaltlich sinnvolle Bündelung der Unterrichtsprinzipien harrt bis heute der politischen Umsetzung. Während also das Unterrichtsprinzip zum Abschieben der Verantwortung führt, führt das eigene Unterrichtsfach zur Institutionenkunde. Eine Alternative zu beidem wäre die Einführung einer verbindlichen Übung, deren Besuch verpflichtend ist, wo aber kein Notenzwang herrscht – ähnlich wie es 1998 für den Bereich „Berufsorientierung“ erfolgte. Noch revolutionärer wäre aber die Etablierung eines Lernfeldes. Damit einhergehend müsste allerdings das traditionelle Fachprinzip durchbrochen werden, denn ein Lernfeld wird projektorientiert und fächerübergreifend von mehreren LehrerInnen behandelt.

Jugend und Politik

Problemkind Nummer zwei ist die Zweiklassengesellschaft im Verhältnis von Jugend und Politik. So zeigen zahlreiche Studien zur Einstellung jugendlicher gegenüber Politik und Demokratie ein ähnliches Bild: Sie sind zwar überzeugte, aber passive DemokratInnen. Während das Wissen über das politische System und die Zufriedenheit mit der Demokratie allgemein relativ hoch sind, schwindet das Interesse an Politik zunehmend, und vor allem die Einschätzung der persönlichen Einflussmöglichkeiten sinkt. Gerade dieses Ohnmachtsgefühl vieler BürgerInnen ist ein erster Schritt in Richtung Wahl- und Politikverweigerung, zur fatalistischen Hinnahme politischer Entwicklungen. Die International Civic and Citizenship Education Study (ICCS, Internationale Studie zur politischen und bürgerInnen-schaftlichen Bildung) von 2009 zeigt auch bei den politischen Kompetenzen österreichischer Jugendlicher ein zweigeteiltes Bild: Während SchülerInnen der AHS über ein profundes politisches und bürger-schaftliches Wissen verfügen, schneiden HauptschülerInnen nur unterdurchschnittlich ab. Auf der anderen Seite stehen kognitive und formale Prozesse im Vordergrund des Unterrichts, während auch von den Lehrenden die Förderung von (zukünftiger) politischer Beteiligung nicht unmittelbar als Ziel politischer Bildung angesehen wird. Der Förderung aktiver Partizipation

von SchülerInnen, insbesondere in der Schule oder in der lokalen Gemeinschaft, wird eine deutlich geringere Bedeutung beigemessen als der Vermittlung von Fachwissen im Unterrichtsgegenstand. Das Ergebnis ist viel Faktenwissen, aber wenig Eigenaktivität sowie eine Zweiklassengesellschaft beim Zugang zur Politik der Jugendlichen.

Demokratie lernen – aktiv werden

Als Lösung bietet sich Demokratie-Lernen bereits ab der Volksschule an, wobei dies vermehrt im Rahmen einer gelebten Schuldemokratie stattfinden müsste – etwa in Form von Schulparlamenten. Diese oder auch Gremien wie Klassenrat, (erstt genommene) KlassensprecherInnenwahlen, Mitsprache im Rahmen der sowieso gesetzlich verankerten Schuldemokratie sind das meist brachliegende Übungsfeld von politischem Lernen. Bereits ab dem Vor- und Volksschulalter werden Einstellungen, Bewusstsein und auch Vorurteile entwickelt, die das weitere Leben prägen und das individuelle Verhalten mitentscheiden. Geschieht dieser Prozess unreflektiert, ist die Gefahr der Entwicklung von falschen Konzepten der Politik gegeben. Hingegen kann im Volksschulalter verbunden mit sozialem Lernen eine Grundlage zu weiterem Engagement für die Gesellschaft gelegt werden. Voraussetzung ist ein inhaltlich, methodisch und didaktisch vorbereiteter Unterricht auf Augenhöhe, mit Gestaltungsspielraum für die Kinder und mit positivem Feedback und Unterstützung für ihre Ideen und Wünsche. Denn die Ziele politischer Bildung wie politische Mündigkeit und Befähigung zur Partizipation können nur parallel auf allen drei Ebenen erreicht werden: auf der kognitiven Ebene mit dem besseren Wissen um Fakten, auf der affektiven mit der Verstärkung und Bewusstmachung von demokratischen Werten und schließlich auf der pragmatischen Ebene mit der Befähigung zum Handeln.

Wenn wir also unsere von der Demokratie prinzipiell überzeugten Jugendlichen auch zum Tun in dieser Richtung bringen wollen, ist eine Schulkultur wichtig, in der Demokratie auch in diesem Rahmen ein Teil des Umganges miteinander ist. Partizipativer Unterricht, partizipatives Schulklima, partizipative Strukturen und geteilte Verantwortung für das unmittelbare Lebensumfeld führen zu politischem Interesse und Engagement



Dialogveranstaltung '29913 – Du gibst den Ton an!' PolitikerInnen stellen sich den Fragen von Erst- und JungwählerInnen © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

im weiteren Leben. Die gesetzlichen Möglichkeiten der Mitbestimmung im Rahmen des Schulforums oder des Schulgemeinschaftsausschusses sind gegeben.

Dies gilt übrigens nicht nur für den Bildungsbereich: Demokratie beginnt im Kleinen und endet nie im Großen, spricht in der Wahlzelle. Demokratie ist nicht nur eine Herrschaftsform, sie muss auch eine Lebensform sein, um krisenfest zu bleiben. Auch in einer Demokratie werden nicht automatisch DemokratInnen geboren, sondern es ist eine Frage der Sozialisation, der Erziehung, des Umfeldes, wie Demokratie gelebt wird.

Ziel von politischer Bildung ist es aber auch, ein realistischeres Bild von Politik zu vermitteln, mit der Einsicht, dass Politik zwar einerseits Auseinandersetzung über Ideen und Lösungen ist, aber andererseits auch mit der Suche nach allgemeinem Wohl zu tun hat, und der auch deutliche Grenzen gesetzt sind. Ziel sind kritische BürgerInnen mit realistischen Erwartungen an die Politik und der Bereitschaft, sich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. BürgerInnen, die in der Lage sind, auf sachlicher Grundlage und unter Hintanstellung der eigenen Präferenzen im Sinne der Gemeinschaft Urteile zu fällen. Eine Gemeinschaft, die mehr bedeutet als die Summe ihrer Teile.

Kontinuität statt Spontanität

Politische Bildung bringt keinen praktischen Ertrag wie manche andere Fächer. Nicht einmal die Verknüpfung mit dem

Ziel der Erhöhung der Wahlbeteiligung führt zum Erfolg, da der/die BürgerIn nicht auf diese Rolle des/der braven Pflichterfüllers/-in reduziert werden soll. Politische Bildung ist ein mittel- bis langfristiges Projekt und soll Wissen, Werte und Fähigkeiten vermitteln, die es jeder und jedem ermöglichen, sich am politischen Entscheidungsprozess zu beteiligen, ja ihn zu beeinflussen. Dies ist eine große Herausforderung in einer globalisierten, interkulturellen Gesellschaft.

Die Bildungsinstitutionen sind dabei die wichtigsten Instanzen. Aber auch außerschulisch, vor allem in den Gemeinden als den „Schulen der Demokratie“, gilt es, unverdrossen Angebote zu stellen wie BürgerInnenforen oder BürgerInnenräte. Auf kommunaler Ebene sind der persönlichste Kontakt zur Politik und größte thematische Bezug und Betroffenheit gegeben, hier gilt es, die gesamte Bevölkerung – nicht nur Jugendliche – einzubeziehen und weit einfallsreicher als in Form von Informationsveranstaltungen. Gerade Wohnortgemeinden haben eine große Verantwortung, Interesse an politischer Partizipation zu wecken, zu fördern und auch die Möglichkeit zur Teilnahme zu bieten – von Kindern bis zu SeniorInnen.

Zur Autorin: MMag.^a Dr.ⁱⁿ Kathrin Stainer-Hämmerle, Politik- und Rechtswissenschaftlerin an den Universitäten Innsbruck und Klagenfurt (IFF), seit 2009 Professorin für Politikwissenschaft an der Fachhochschule Kärnten

Demokratie lernen – Respekt und Toleranz fördern

Positive Bilanz einer Lehrerin zu den Angeboten der Demokratiewerkstatt: Inhalte und Umsetzung stärken nachhaltig die Kompetenzen der Jugendlichen.

Als Lehrerin an einer AHS für den Gegenstand Geschichte und Politische Bildung ist es meine Aufgabe, die Bildungsziele des Lehrplans dieses Gegenstandes zu erfüllen. Dabei ist mir Demokratiebildung ein besonderes Anliegen, ist sie doch untrennbar mit der Fähigkeit und Bereitschaft, Informationen über die Vergangenheit zur Orientierung in der Gegenwart und Zukunft zu nutzen.

Nutzen der Demokratiewerkstatt

Für die Erfüllung der großen Bandbreite der Forderungen des Lehrplans erweist sich die Demokratiewerkstatt als ein unverzichtbarer Teil der Zusammenarbeit und Miteinbeziehung außerschulischer Lernorte und Begegnung mit PolitikerInnen. Das Wissen, das im Unterrichtsgegenstand Geschichte und Politische Bildung erworben wird, kann hier auf eine für die SchülerInnen



Mag.ª Edith
Plank
© privat

sehr spannende und ansprechende Art und Weise in Kleingruppen, betreut von hervorragend ausgebildeten MedienpädagogInnen, und durch den Einsatz neuer Technologien, die in der Schule kaum oder nur sehr beschränkt zur Verfügung stehen, umgesetzt und erweitert werden. SchülerInnen bekommen die Möglichkeit, ihr erworbenes Wissen entsprechend zu präsentieren und werden zu Selbsttätigkeit, Eigenverantwortung und kritischem Denken angeregt.

Auf die Frage „Was bedeutet Demokratie für mich?“ schreibt eine Schülerin der 4. Klasse:

„Für mich bedeutet Demokratie die

Freiheit, meine Meinung zu äußern und zu vertreten, ohne dass ich Angst um mich, meine Freunde und meine Familie haben muss. Dass Menschen nicht gefoltert oder ins Gefängnis gebracht, dass die Menschenrechte überall auf der Welt respektiert werden. Dazu ist es notwendig, sich aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen.“

Lebendige Geschichte: ZeitzeugInnen berichten

Geschichtsverständnis bildet die Basis für das Verständnis anderer Kulturen. Nur so können Vorurteile und Rassismen überwunden werden. Diese Überwindung ist Grundvoraussetzung für das Inkrafttreten grundlegender Werte der Demokratie und der Menschenrechte. Einen wesentlichen Schwerpunkt stellen hier der Wissenserwerb über die nationalsozialistische Vergangenheit Österreichs und die kritische Auseinandersetzung mit Ideologien autoritärer Regime dar. ZeitzeugInnenprojekte – ein Dialog der Generationen – können bewusst machen, dass gesellschaftliche Phänomene historisch bedingt und von Menschen geschaffen sind, und dass nur aktive Mitarbeit



Selbsttätigkeit, Eigenverantwortung und kritisches Denken werden in der Demokratiewerkstatt gefördert © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Mike Ranz

der jungen Menschen am gesellschaftlichen Leben Ziele wie Frieden, Würde der Menschen und Freiheit zu erreichen hilft.

ZeitzeugInnenprojekt: umfangreich und engagiert

Das im Schuljahr 2012/2013 mit 4. Klassen einer AHS (8. Schulstufe) durchgeführte ZeitzeugInnenprojekt umfasste zwei Abschnitte: Die Gestaltung der Gedenkfeier im ehemaligen Nebenlager des Konzentrationslagers Mauthausen in St. Aegyd am Neuwalde, eine Projektarbeit in Zusammenarbeit mit dem Historiker Christian Rabl und Rajmund Pajer, dem letzten noch lebenden ehemaligen Häftling dieses Nebenlagers. Er wurde als 14-Jähriger in Slowenien von den Partisanen rekrutiert und anschließend von der SS verhaftet. Heute lebt Herr Pajer in Kanada. Der zweite Abschnitt befasste sich mit der „Annexion Österreichs 1938“. Dieser Abschnitt begann mit einem theoretischen Teil, bei dem das notwendige Hintergrund- und Faktenwissen zu diesem Thema erarbeitet wurde. Notwendig im Sinne eines Verstehens der dem Nationalsozialismus zu Grunde liegenden Vorstellungen und Kennzeichen einer Diktatur. Der Schwerpunkt lag dabei auf

der Befragung von ZeitzeugInnen sowie der Ausarbeitung und Dokumentation der geführten Interviews.

In der Demokratiewerkstatt konnte das in der Schule und im vorangegangenen Projekt mit Herrn Pajer erworbene Wissen bei einem Treffen mit Frau Gertrude Schneider, einer in den USA lebenden Zeitzeugin, weiter angewandt und erweitert werden. Frau Schneider erzählte auf sehr berührende und spannende Art und Weise über ihre Kindheit und Erlebnisse als Jüdin zur Zeit der Annexion und die anschließenden Repressalien gegen die jüdische Bevölkerung. Für mich als Lehrerin war es faszinierend, zu sehen, mit welcher großen Wissbegierde und Begeisterung die SchülerInnen ihre ihnen gestellten Aufgaben meisterten! Die Auseinandersetzung mit den politischen Fragestellungen der Vergangenheit und das Spannen eines Bogens in die Gegenwart sind im Zuge dieser Projektarbeit hervorragend gelungen.

Die kommunikativen und kooperativen Arbeitsformen in der Demokratiewerkstatt ermöglichen eine kritische Auseinandersetzung und Interpretation sowohl von Vergangenheit als auch der Gegenwart. Damit wird

es SchülerInnen möglich, deren Auswirkungen auf den Einzelnen und die Gesellschaft zu erkennen. Vor allem der Dialog mit Menschen einer anderen Generation eröffnet andere Sichtweisen und Erfahrungen. Das Erkennen von politischen Zusammenhängen wird somit wesentlich erleichtert und gefördert.

Schließen möchte ich mit einem Text einer Schülerin aus der 4G, verfasst zum Abschluss der diesjährigen ZeitzeugInnenprojekte:

„Besonders schön fand ich, dass wir Herrn Rajmund Pajer und Frau Gertrude Schneider zeigen konnten, dass wir großen Respekt vor ihnen haben. Natürlich kann man die Zeit nicht zurückdrehen, die Verbrechen, die passiert sind, nicht ungeschehen machen, aber man kann, wenn man sie nicht vergisst, dafür sorgen, dass so etwas in Zukunft nie wieder geschieht!“

Zur Autorin: Mag.^a Edith Plank, seit 1979 Lehrerin für Geschichte und Politische Bildung und Psychologie und Philosophie am BG und BRG Lilienfeld, NÖ; Aufgabenbereiche außerhalb des Unterrichts: Betreuerin der VertrauensschülerInnen, Suchtprävention, Politische Bildung.



Zeitzeugin Gertrude Schneider im Gespräch mit Schülerinnen; rechts: Lebhaftes Diskussionen mit Mandatar/-in © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Godany, Ranz

OFFENES HAUS

Große Vielfalt

Die Öffnung des Hauses war auch in den vergangenen fünf Jahren ein wichtiges Anliegen. Das Angebot reichte von täglichen Führungen bis zu außergewöhnlichen künstlerischen Beiträgen.

Die BesucherInnenzahlen belegen das große Interesse der BürgerInnen am Parlament – nicht nur am Gebäude und an dessen Geschichte, sondern auch am Geschehen im Hohen Haus selbst. Die große Angebotspalette für BesucherInnen reicht von Führungen – sowohl durch das Parlament als auch durch das Palais Epstein – über die Möglichkeit, einer Plenardebatte auf der BesucherInnenengalerie beizuwohnen, bis hin zu einem Treffen mit Abgeordneten oder dem Besuch von Workshops und von Veranstaltungen. Im BesucherInnenzentrum ist es möglich, sich in multimedialer Form über Demokratie zu informieren. Einen wichtigen Beitrag zur Sichtbarmachung über den Anlass hinaus leistet das Internetangebot unter www.parlament.gv.at.

Im Rahmen von rund 5.000 pro Jahr durchgeführten Führungen besichtigten ca. 100.000 BesucherInnen die beiden Prachtbauten Hansens. Bemerkenswert dabei ist, dass der Anteil der Kinder und Jugendlichen daran bereits bei 50 Prozent liegt. Sie sind eine wichtige Zielgruppe, für die spezielle Angebote ausgearbeitet wurden. Eines steigenden Andrangs von BesucherInnen erfreut sich das Parlament besonders am Tag der offenen Tür am Nationalfeiertag. Diese Gelegenheit nützen jährlich zwischen 11.000 und 12.000 BürgerInnen aus allen Bundesländern.

Ort des Diskurses

Etwa 120 Veranstaltungen pro Jahr mit 15.000–20.000 BesucherInnen boten nicht nur in politischer, sondern auch in gesellschaftlicher, wissenschaftlicher sowie in kultureller Hinsicht viel Raum für Diskurs. Zahlreiche prominente Gäste folgten einer Einladung ins Hohe Haus, um ihre Standpunkte und Anliegen auf individuelle Art und Weise einzubringen respektive ihrer Solidarität und Unterstützung zu spezifischen Themen Ausdruck zu verleihen.



Der frühere US-Präsident Bill Clinton ist 2010 Stargast bei der amfAR-Benefizgala zu Gunsten von HIV-infizierten AIDS-Kranken im Parlament

© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles/Mike Ranz



Hinter der TV-Kamera oder beim Sicherheitscheck – beim Girls Day können Mädchen jedes Jahr in die verschiedenen Berufe im Parlament hineinschnuppern

© Parlamentsdirektion/Carina Ott, Bildagentur Zolles KG/Jacqueline Godany



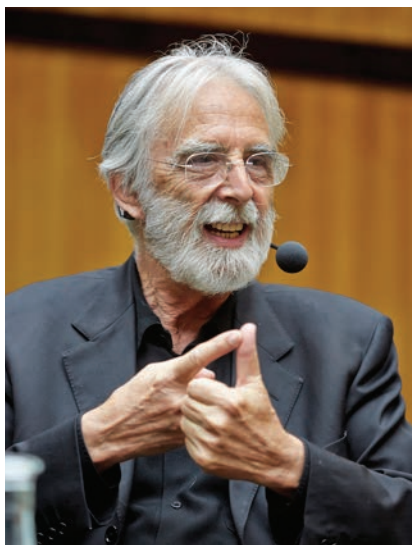
Zum Tag der offenen Tür erlebt das Parlament jedes Jahr am Nationalfeiertag einen enormen BesucherInnenansturm © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles/Mike Ranz, Christian Hofer, Martin Steiger, Jacqueline Godany





Fünftausend rosa Luftballons stiegen anlässlich des Internationalen Brustkrebstages 2011, zu dem das Parlament alljährlich ein **Pink Ribbon** trägt, in den Wiener Himmel – für jede Frau, bei der im Jahr in Österreich Brustkrebs diagnostiziert wird, einer. © Parlamentsdirektion/Zolles/Jacqueline Godany





Der österreichische Regisseur und Oscar-Preisträger **Michael Haneke** 2013 „Im Gespräch“ mit Michael Kerbler/Ö1
© Parlamentsdirektion/Zolles KG/Mike Ranz



Literaturnobelpreisträgerin **Herta Müller** diskutiert 2011 in einer Kooperationsveranstaltung mit dem Volkstheater über Sprache und Gedächtnis © Volkstheater/Marko Lipus



ORF-Korrespondent **Karim El-Ghawry** 2012 zu Gast im Literarischen Salon „Quadriga“, in dem Buchneuerscheinungen besprochen werden © Parlamentsdirektion/Carina Ott



Die Jugendtheatergruppe Sanjelovci aus Kärnten gestaltet den **Volkstheaterfesttag** 2010
© Parlamentsdirektion/Carina Ott



SchülerInnen der Volksschule Dunantgasse/Wien gestalten 2011 die Veranstaltung „**Kinder sind die Zukunft**“
© Parlamentsdirektion/Carina Ott



„Sax4Femme“ spielt zum **Internationalen Frauentag** 2012 unter dem Motto „**FRAUenMUSIK**“ auf © Parlamentsdirektion/Carina Ott



In eine stimmungsvolle Waldlandschaft verwandelt sich vorübergehend die Säulenhalle 2011 zur Informationsveranstaltung zum „**Jahr des Waldes**“
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles/Mike Ranz



Lebensnahen Geschichtsunterricht erteilt
Wolf Biermann 2010 Jugendlichen in der
Demokratiewerkstatt © Parlamentsdirektion/
Bildagentur Zolles/Leo Hagen



Die Schwimmerin **Mirna Jukić** stellt sich beim
Jugendparlament 2012 einer Diskussion
über Sportpolitik © Parlamentsdirektion/
Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz



Stéphane Hessel, Autor von „Empört Euch!“,
diskutiert 2011 mit Michael Kerbler im
Rahmen der Ö1-Reihe „Im Gespräch“
© Parlamentsdirektion/Carina Ott



DarstellerInnen des Teatro Barocco präsentieren zum **Internationalen Weltgehörlosentag** 2011 in der Säulenhalle des Parlaments das Projekt
‘Signings’ © Parlamentsdirektion/Carina Ott



Die Reihe „**Quadriga**“ stellt
Buchneuerscheinungen
vor und regt zur
Diskussion über aktuelle
gesellschaftspolitische
Themen an. 2010 gehen
Thomas Macho, Humboldt-
Universität Berlin, Susan
Neiman, Einstein Forum
Potsdam, und Franz Schuh,
Schriftsteller und Essayist/
Wien (v.li.), der Frage „Die
Entdeckung des Menschen
– Möglichkeiten einer
neuen demokratischen
Kultur?“ nach
© Parlamentsdirektion/
Bildagentur Zolles/
Jacqueline Godany



Österreich-Premiere des Films „DAS WEISSE BAND“ 2009 im Parlament: Regisseur Michael Haneke mit SchauspielerInnen
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles/Jacqueline Godany



Kinder malen Briefmarken zum Nationalfeiertag 2012

© Österreichische Staatsdruckerei



Auf Initiative der Abgeordneten Christine Marek wird der Parlamentschor **Hohe.Haus.Musik** gegründet. Abgeordnete aller Fraktionen und MitarbeiterInnen geben 2012 im Historischen Sitzungssaal zusammen mit Top-SolistInnen ein Konzert zugunsten des Vereins „Rainbows“
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz



Willi Resetarits begleitet mit Ernst Molden 2010 das Symposium „Projekt Zivilcourage – Aufruf zu einer neuen Solidarität“ musikalisch
© Parlamentsdirektion/Zolles/Mike Ranz



Whoopi Goldberg singt 2010 bei der amfAR-Benefizgala zu Gunsten von HIV-infizierten AIDS-Kranken im Parlament
© Parlamentsdirektion/Zolles KG/Mike Ranz



Der Schauspieler Tobias Moretti liest beim Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus 2012 aus historischen Dokumenten der NS-Euthanasie-Zentren „Am Steinhof“ ...

Parlamentarischer Kraftakt: TeilnehmerInnen am **Internationalen Clownfrauenfestival 2012** statt dem Hohen Haus einen Besuch ab und versuchen sich am Säulenverschieben
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz



Premiere des Musiktheaterprojekts „Letzte Tage. Ein Vorabend“ (Regie: Christoph Marthaler) im Rahmen der **Wiener Festwochen 2013** © Wiener Festwochen/Walter Mair



Zeitgenössische Kunst 2011 im Hohen Haus: Vernissage der Ausstellung „**Zeichnung und Fotografie II**“
© Parlamentsdirektion/Carina Ott



... und Schloss Hartheim, **Otto Lechner** sorgt am Akkordeon für die eindrucksvolle musikalische Umrahmung © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Leo Hagen, Mike Ranz



Maja Haderlap spricht 2012 mit dem Ö1-Radio-Journalisten Michael Kerbler über ihr Buch „Engel des Vergessens“ © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Jacqueline Godany



Zur Zukunft Europas diskutiert 2011 der frühere EU-Kommissar **Franz Fischler** in der Reihe „Forum Medien.Macht.Demokratie.“
© Parlamentsdirektion/Carina Ott



Ein Plenarsitzungstag erfordert das reibungslose Zusammenspiel vieler Arbeitsbereiche – von der Saalkontrolle über den Sicherheitscheck bis hin zur juristischen Arbeit am Präsidium © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Martin Steiger, Mike Ranz



PARLAMENTS DIREKTION

Gedanken nach 18 Monaten an der Verwaltungsspitze

Seit März 2012 bekleide ich das Amt des Parlamentsdirektors. Mein Vorgänger, Dr. Georg Posch, führte das Haus seit 1998 und hat die Kultur des Hauses maßgeblich geprägt. Übernommen habe ich ein gut funktionierendes Haus, das die Abgeordneten und BundesrätInnen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben inhaltlich und organisatorisch effizient unterstützt. Dies wurde mir von den Klubs bei meinen ersten Gesprächen auch übereinstimmend bestätigt.

Expertise, Flexibilität, Ausdauer

Besonders beeindruckt war ich von Beginn an von der großen Vielfalt der von der Parlamentsdirektion wahrgenommenen Aufgaben (im organisatorisch-technischen, aber auch im inhaltlich-juristischen Bereich) und vor allem von der großen Expertise, die es in all diesen Bereichen gibt. Unsere MitarbeiterInnen kennen – und erkennen – die an sie gestellten Herausforderungen und finden in flexibler Weise die jeweils sachgerechten, richtigen und kostensparenden Lösungen. Die zeitliche Flexibilität und Ausdauer unserer MitarbeiterInnen, vor allem an Sitzungstagen, finde ich außergewöhnlich und vorbildlich. Gleichzeitig werden diese Leistungen

auch unter durchaus guten dienst- und besoldungsrechtlichen Rahmenbedingungen erbracht. Der Dienstgeber ist traditionellerweise bemüht, die wesentlichen Eckpunkte dieser Arbeitsbedingungen, insbesondere die Gestaltung der Arbeitszeit, die Abgeltung von Mehrdienstleistungen, die Förderung und Unterstützung der Gesundheit am Arbeitsplatz sowie die Aus- und Fortbildung der



**Parlamentsdirektor
Dr. Harald Dossi**
© Parlamentsdirektion/WILKE

MitarbeiterInnen im engen Kontakt mit der Personalvertretung positiv für die MitarbeiterInnen zu gestalten. Die Parlamentsdirektion leistet also einen wichtigen Beitrag dazu, dass die parlamentarischen Arbeiten im organisatorisch-technischen Sinne weitgehend „autonom“ vorstattengehen können.

Zukunftsperspektiven entwickeln

Ich konnte also auf einem guten Fundament aufbauen. Dies war und ist beruhigend und lässt mir dankenswerterweise Zeit und Energie, mich auf die mittel- und langfristige Entwicklung der Parlamentsdirektion zu konzentrieren. Denn wir sind mit zwei Herausforderungen konfrontiert, die ich für meine Leitungsaufgaben als zentral ansehe:

- die Anforderungen an die Parlamentsdirektion – wie z.B. die Europäisierung beziehungsweise Internationalisierung der parlamentarischen Arbeit, Öffnung des Hauses für BesucherInnen und Veranstaltungen, Herausforderungen der Demokratiereform, umfassendere inhaltliche Unterstützung der Abgeordneten und BundesrätInnen – steigen kontinuierlich, und das bei bestenfalls gleich bleibenden Personal- und Budgetmitteln;
- eine moderne, zukunftsorientierte Verwaltungseinheit braucht ExpertInnen und GeneralistInnen. Beide Gruppen im MitarbeiterInnenstand adäquat zu fördern und wertzuschätzen, aber auch ihre Kommunikationsfähigkeit und Kooperationsbereitschaft zu stärken



ist unabdingbar, um die vielfältigen Herausforderungen effizient meistern zu können.

Wir werden uns daher in der Parlamentsdirektion einerseits die Frage stellen müssen, wo unsere Kernaufgaben liegen, auf die wir unsere knappen Ressourcen konzentrieren wollen – wir üben also Aufgabenkritik. Andererseits müssen wir daran arbeiten, dass – im Sinne einer corporate identity – die Parlamentsdirektion von ihren MitarbeiterInnen vermehrt als einheitliche Organisationseinheit mit einer einheitlichen Zielsetzung gesehen wird.

Nicht der Beitrag einer Abteilung oder eines Dienstes alleine ist für das Gelingen eines Projektes entscheidend, sondern das Zusammenwirken aller Organisationseinheiten. Dies bedingt aus meiner Sicht vor allem eine einheitliche Arbeitsphilosophie innerhalb der Parlamentsdirektion, die von laufender (informeller) Kommunikation, Vertrauen, Flexibilität und Kooperation geprägt ist.

Darüber hinaus ist auch ein einheitliches Führungsverständnis der Abteilungs- und DienstleiterInnen gefordert, die nicht nur das Bild der Direktion prägen, sondern auch Verantwortung übernehmen, ihren MitarbeiterInnen Orientierung geben und sie fördern. Auch diese Führungsgrundsätze basieren auf Vertrauen und Kommunikation.

Strategieprozess

Ich habe daher den bereits zu Beginn der XXIV. Gesetzgebungsperiode lancierten Strategieprozess in der Parlamentsdirektion gerne aufgegriffen und weitergeführt, da er uns bei der Bewältigung dieser Herausforderungen helfen kann. Der Strategieprozess hat sich für die Parlamentsdirektion folgendes Ziel gesetzt: Die Parlamentsdirektion ist „die leistungsfähige, professionelle und zukunftsorientierte Verwaltung für einen starken Parlamentarismus.“ Ich denke, dass sich daraus zwei wesentliche Teilaspekte für den Aufbau und das Selbstverständnis der Parlamentsdirektion ablesen lassen: Sie existiert nicht für sich selbst, sondern sie dient dem Parlamentarismus und damit den Abgeordneten und BundesrätInnen. Und: die gesetzten Ziele werden umso leichter erreichbar sein, je mehr sich die Parlamentsdirektion als eine einheitliche Einheit versteht, die auf der Grundlage einheitlicher Arbeits- und Führungsstandards funktioniert. Wir sind zuversichtlich, dass wir diesen Strategieprozess im Laufe des nächsten Jahres abschließen können. Als gelungen werden wir ihn dann bezeichnen können, wenn die an die Parlamentsdirektion herangetragenen Aufgaben abteilungs- bzw. dienstübergreifend in dem Bewusstsein bewältigt werden, dass wir eine Parlamentsdirektion sind, die gemeinsam für ein einheitliches Ziel,

nämlich einen starken, selbstbewussten Parlamentarismus, arbeitet. Die Grundlage dafür sind interessierte und motivierte MitarbeiterInnen sowie verantwortungsvolle und -bereite Führungskräfte.

Erfolge und Perspektiven

Wenn uns das gelingt, so sehe ich interessante Potenziale dafür, den österreichischen Parlamentarismus auch im inhaltlichen Bereich „autonom“ zu machen. Neben einer in den letzten Jahren laufend besseren rechtlichen und legislativen Unterstützung hat der im Juli 2012 eingerichtete Budgetdienst gezeigt, dass die Parlamentsdirektion die parlamentarische Arbeit auch durch inhaltliche Beiträge gut unterstützen kann. Dieses Konzept ist natürlich ausbaubar, wobei ich im Bereich der Internationalisierung bzw. Europäisierung der parlamentarischen Arbeit, ganz generell im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch in der „vorausschauenden“ parlamentarischen Arbeit – Stichwort (Technik-)Folgenabschätzung – die vielleicht interessantesten Ansatzpunkte sehe. Beiträge der Parlamentsdirektion könnten dabei mit solchen externer Institute bzw. Thinktanks gut kombiniert werden. Der Beginn der neuen, der XXV. Gesetzgebungsperiode sollte aus meiner Sicht für eine diesbezügliche Diskussion mit den neu gewählten Mitgliedern des Nationalrates genutzt werden.



Zukunftsorientiert, leistungsfähig, professionell

Die Rahmenbedingungen für die öffentliche Verwaltung ändern sich dramatisch. Das neue Führungsteam der Parlamentsdirektion reagierte mit innovativen Zukunftskonzepten.

Im Laufe der XXIV. Gesetzgebungsperiode (2008–2013) kam es in der Parlamentsdirektion zu umfangreichen personellen Veränderungen. Der Parlamentsdirektor, die Parlamentsvizektorin, der Parlamentsvizektor, vier Dienstleitungen und elf Abteilungsleitungen wurden neu bestellt. Das neue Team musste naturgemäß auch die gemeinsamen Ziele neu definieren, vor allem weil sich die Rahmenbedingungen merklich verändert haben.

Geändertes Umfeld

Das politische Umfeld hat sich in den vergangenen Jahren deutlich gewandelt: Entstehung einer vielfältigeren Parteienlandschaft, gestiegene Ansprüche der Öffentlichkeit, mehr Gewicht der Mitwirkung in europäischen und internationalen Angelegenheiten, um nur einige zu nennen. Insgesamt befindet sich der öffentliche Dienst in einem stetigen Reformprozess, wobei die Einführung des *new public managements* und die Haushaltsrechtsreform

auch für die Parlamentsdirektion wichtige Eckpfeiler darstellen und spürbar sind. Die Dynamik des politischen Geschehens verlangt mehr Flexibilität, der Sparzwang erfordert mehr Effizienz, in einem bewegten Umfeld muss die Parlamentsdirektion Stabilität verkörpern – durch Selbstbewusstsein, Eigenständigkeit und Unabhängigkeit.

Strategieprozess

Gleich zu Beginn der XXIV. Gesetzgebungsperiode wurde im November

gruppen die Themen „Steuerung & Controlling“, „Personal“, „Führungsprinzipien“ und „Zukunftsperspektiven“ aufbereitet. Auf dieser Grundlage wurde das Strategiekonzept der Parlamentsdirektion unter Einbeziehung aller Führungskräfte und der MitarbeiterInnen erarbeitet, das im Juni 2010 von der Präsidentin des Nationalrates genehmigt wurde.

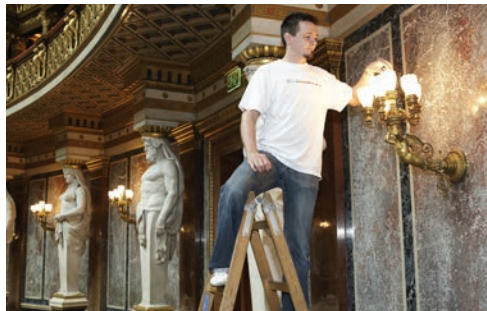
Für die Parlamentsdirektion wurde als Ziel „die leistungsfähige, professionelle und zukunftsorientierte Verwaltung für einen starken Parlamentarismus“ definiert. Das Unternehmensziel beinhaltet somit einen Handlungsauftrag auf mehreren Ebenen: Leistungsfähigkeit verlangt optimale Organisationsstrukturen und effizienten Ressourceneinsatz, eine klare Definition der zu erbringenden Leistungen und eine schlanke Organisationsstruktur. Professionalität gelingt nur mit richtig ausgewählten und gut aus- und weitergebildeten MitarbeiterInnen. Zukunftsorientierung verlangt pro-aktives Planen und den Blick über das Tagesgeschäft hinaus. Schließlich wurden darauf aufbauend „horizontale“ Organisationsziele definiert, die sich auf das „Wie“ der Zielerreichung beziehen:

- eine Organisationskultur auf der Basis von Leistung, Klarheit und Kooperation



Parlamentsvizektor
Mag. Alexis Wintoniak
© Parlamentsdirektion/WILKE

2008 der Strategieprozess der Parlamentsdirektion gestartet. Der Prozess lief in mehreren Etappen ab. Zunächst wurden in vier – aus MitarbeiterInnen aus den unterschiedlichsten Bereichen der Parlamentsdirektion zusammengesetzten – Arbeits-



Auf vielfältige Weise gewährleisten die MitarbeiterInnen der Parlamentsdirektion vor und hinter den Kulissen den parlamentarischen Betrieb © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Christian Hofer, Mike Ranz, Martin Steiger

- eine Führungskultur im Sinne von Qualifikation, Verantwortung und Veränderungsbereitschaft
- eine Personalkultur, die den Grundsätzen Nachvollziehbarkeit und Professionalität verpflichtet ist

Im operativen Bereich wurde das Unternehmensziel auf folgende zentrale Aufgabenbereiche konzentriert:

- Der Ausbau der Parlamentsdirektion als Kompetenzzentrum für Parlamentarismus und Demokratie, die zeitgemäße Fortentwicklung der Institution unter Wahrung des historischen Erbes des Parlaments
- die Sicherung hoher Qualitätsstandards und einer entsprechenden Servicequalität für PräsidentInnen, MandatarInnen und Klubs
- die Förderung der „Public Awareness“ für Parlamentarismus und Demokratie, die Schaffung einer möglichst breiten Öffentlichkeit für das parlamentarische Geschehen und die Vermittlung von Parlamentarismus und Demokratie vor allem an Jugendliche
- die Europäisierung des österreichischen Parlaments, durch die Schaffung optimaler Voraussetzungen für ein aktives Mitwirken von Nationalrat und Bundesrat in EU-Angelegenheiten und die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den europäischen Institutionen und den anderen nationalen Parlamenten in der Union

- die Sicherstellung einer modernen, effizienten und nachhaltigen Infrastruktur für den parlamentarischen Betrieb unter Achtung der historischen Bausubstanz des Parlamentsgebäudes
- die aktive Auseinandersetzung mit den zukünftigen Herausforderungen an Parlament und Parlamentarismus, wie z.B. die demografische Entwicklung, die neuen Gegebenheiten in der Kommunikationstechnologie, neue technische Errungenschaften etc.

Umsetzung der Strategieziele

Das Unternehmensziel und die Organisationsziele wurden in der Folge auf jeden Bereich/Dienst und jede Abteilung umgelegt. Seit 2011 werden mit allen DienstleiterInnen für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich Jahresziele mit konkreten Meilensteinen, Messgrößen und Terminen vereinbart und die Zielerreichung bzw. Zielerreichbarkeit regelmäßig – zumindest drei Mal im Jahr – geprüft. Die üblichen MitarbeiterInnen-Gespräche wurden um den Schwerpunkt Zielvereinbarung erweitert, um die strategischen Vorgaben systematisch von der Gesamtorganisation über die Dienste zu den Abteilungen und den einzelnen MitarbeiterInnen transportieren zu können.

Konkrete Maßnahmen

Im Zuge des Strategieprozesses wur-

den auch viele konkrete, für die gesamte Parlamentsdirektion wirk-same Maßnahmen gesetzt, wie z.B. die Ausweitung der Kosten- und Leistungsrechnung auf alle Bereiche des Parlamentsbetriebs, die Einführung eines flächendeckenden Controllings in der Parlamentsdirektion, die Einsetzung eines Kompetenzzentrums für alle betriebswirtschaftlichen Belange, die Erstellung eines neuen Personalentwicklungskonzeptes, die Überarbeitung der Rekrutierungsrichtlinien und -prozesse, die Entwicklung von Führungsgrundsätzen und eines Curriculums für Führungskräfte, Maßnahmen zur Stärkung der Mobilität in der Parlamentsdirektion und darüber hinaus Maßnahmen zur Förderung der organisationsübergreifenden Zusammenarbeit in der Parlamentsdirektion wie z.B. durch Projektmanagement, etc.

Bei den jeweils zu Jahresbeginn stattfindenden Führungskräfteklausuren wird der Strategieprozess regelmäßig einer kritischen internen Revision unterzogen. Als Ergebnis werden dann gegebenenfalls Ad-hoc-Arbeitsgruppen eingerichtet, um „unerledigte“ Themen weiter zu bearbeiten, wie zuletzt die Themen „Kompetenzabgrenzungen“, „Führungsgrundsätze“ und „Change Management“.



Vorgriff auf die Gesamtsanierung: NR-Präsidentin Prammer und Parlamentsdirektor Dossi begutachten die Sicherungsarbeiten am Glasdach im Historischen Sitzungssaal 2013 © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Mike Ranz

SANIERUNG

Sanierung des Parlamentsgebäudes

So prachtvoll das Bauwerk von Theophil Hansen auch ist, nach mehr als 130 Jahren sind Reparaturen unausweichlich. Der Bedeutung des Hauses angemessen, wird diese Aufgabe mit entsprechender Sorgfalt wahrgenommen – damit der „Tempel der Demokratie“ weiterhin in all seiner Schönheit erstrahlt und einen modernen, offenen Parlamentsbetrieb ermöglicht.

Die XXIV. GP stand auch im Zeichen der Vorbereitungen für eine Gesamtsanierung des Parlamentsgebäudes. War man in der vorangegangenen Gesetzgebungsperiode noch von einer partiellen Gebäudesanierung ausgegangen – vor allem mit der Neugestaltung des Nationalratssitzungssaales –, zeigte sich im Zuge der vertieften Gebäudeuntersuchungen und der fortschreitenden Planung, dass die Sanierung des gesamten Parlamentsgebäudes unumgänglich geworden ist. Knapp vor Beginn der XXIV. Gesetzgebungsperiode – im Sommer 2008 – wurde der Architekturwettbewerb zur Neugestaltung des Nationalratssitzungssaales abgeschlossen. In den folgenden Monaten wurde mit dem Wettbewerbssieger die weitere Planung vorbereitet; diese umfasste auch die Bereiche unter und über dem Nationalratssaal sowie in dessen Umfeld. Vertiefte Untersuchungen zeigten alsbald, dass die betroffenen Gebäudeteile in vielerlei Hinsicht sanierungsbedürftig sind.

Ein Gebäude wird gescannt

In der Folge wurde ein „Gebäude-Scan“ durchgeführt, und es zeigte sich, dass sich die Sanierungserfordernisse auf das gesamte Parlamentsgebäude gleichermaßen erstrecken. Trotz laufender Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten ist das Gebäude nach 130 Jahren am Ende seiner wirtschaftlichen und technischen Leistungsfähigkeit angelangt. Auch in sicherheitstechnischer



**Parlamentsvize-direktor
Mag. Alexis
Wintoniak**
© Parlaments-
direktion/WILKE

und funktionaler Hinsicht kann es die Anforderungen eines modernen Parlamentsbetriebs nicht mehr erfüllen. Zeitgleich mit den technischen Untersuchungen kam das von

allen Parlamentsklubs besetzte Baukomitee im Herbst 2009 nach diversen Erkundigungen, wie z.B. beim Bundeshaus in Bern, zu dem Schluss, dass eine Gesamtsanierung in einem Zug und aus einem Guss jedenfalls einer teilweisen oder schrittweisen Etappensanierung vorzuziehen ist. Das Baukomitee und die Mitglieder der Präsidialkonferenz einigten sich im Februar 2010, dass die Parlamentsdirektion beauftragt werden soll, innerhalb eines Jahres ein „Gesamtkonzept“ zur Sanierung des Parlamentsgebäudes vorzulegen.

Europaweite Vergabeverfahren

Nach einem europaweiten Vergabeverfahren beauftragte die Parlamentsdirektion die Arbeitsgemeinschaft Frank+Partner/Werner Consult mit der Erstellung dieses Gesamtkonzeptes, welches termingerecht am 11. Jänner 2011 vorgelegt wurde. In der Folge beauftragte die Präsidialkonferenz die Parlamentsdirektion, einen Gesetzentwurf für eine „Parlamentsgebäudesanierungsgesellschaft“ zu erstellen, damit diese neue Organisation



Die Dachlandschaft des Parlamentsgebäudes ist ein zentraler Aspekt bei der unumgänglichen Sanierung © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

dann die Ausschreibungen und Beauftragungen der Projektsteuerung, der Begleitenden Kontrolle und der GeneralplanerInnenleistungen durchführen kann. Nachdem im Juni 2011 zwischen den Fraktionen keine Einigung über die Gründung dieser Gesellschaft erzielt werden konnte, erteilte die Präsidentin des Nationalrates der Parlamentsdirektion den Auftrag, zur weiteren Abwicklung der Sanierungsplanung nunmehr eine Projektstruktur einzurichten und die Vergabeverfahren zur Beauftragung der Projektsteuerung, der Begleitenden Kontrolle sowie der Generalplanung vorzubereiten und durchzuführen sowie Varianten zur Absiedelung und zur Einrichtung des Parlamentsbetriebs in einer Interimslotation zu prüfen.

Rechnungshof

Auf Ersuchen der Präsidentin des Nationalrates prüfte der Rechnungshof von Jänner bis April 2012 die bis dahin geleisteten Vorarbeiten, insbesondere die von der Parlamentsdirektion aufgebaute Projektstruktur sowie die Ausschreibungsunterlagen für die Projektsteuerung, die Begleitende Kontrolle und die Generalplanerleistungen. Der Prüfbericht lag im Juli 2012 vor und wurde im Rechnungshofausschuss des Nationalrates im Oktober 2012 behandelt.

Kompetente Partner

Die europaweiten Ausschreibungen der Projektsteuerung und der Begleitenden

Kontrolle wurden im August 2012 veröffentlicht, die Verhandlungsverfahren im Februar bzw. März 2013 abgeschlossen: mit der Projektsteuerung wurde die Firma Vasko+Partner, mit der Begleitenden Kontrolle die iC Consulanten beauftragt. Das Verfahren zur Beauftragung der Generalplanerleistungen startete im Jänner 2013. Hier wurde ein zweistufiges Verhandlungsverfahren gewählt, wobei in der 1. Stufe aus allen eingelangten Bewerbungen die zehn bestgeeigneten BieterInnen ausgewählt wurden und nunmehr in der 2. Stufe – weitestgehend in Form eines Wettbewerbes – der/die Bestbieter/-in ermittelt werden soll. Der Auswahl- und Bewertungskommission gehören namhafte ExpertInnen an: den Vorsitz führt Architekt Ernst Beneder, sein Stellvertreter ist Architekt Martin Treberspurg, weiters gehören der Kommission die ArchitektInnen Walter Angonese, Boris Podrecca, Marta Schreieck und Jan Søndergaard sowie Univ.-Prof. Detlef Heck an. Seitens des Parlaments sind die Präsidentin des Nationalrates, der Zweite Präsident des Nationalrates, der amtierende Präsident des Bundesrates und der Parlamentsdirektor Mitglieder der Kommission. Das Verfahren wird im Jahr 2014 abgeschlossen sein.

Transparenz

Auf der Grundlage einer Vereinbarung mit Transparency International finden alle Vergabeverfahren unter Einbindung eines von Transparency International nominierten Monitors statt.



Eine Büste vor dem Haus würdigt den Architekten Theophil Hansen

© Parlamentsdirektion/Bernhard Zofall



Ernst Beneder, Kommissionsvorsitzender zur Auswahl des Generalplaners für die Sanierung des Parlamentsgebäudes

© Parlamentsdirektion/Zolles KG/Mike Ranz

MEDIEN

Vielfalt der Bilder und Sichtweisen

„Um uns von der Politik ein angemessenes Bild zu machen ...“ Anmerkungen zur Bedeutung der Pressefotografie und ihrer notwendigen Freiheit und Vielfalt. Sie informiert uns über Politik und erfüllt eine wichtige Aufgabe in der modernen demokratischen Gesellschaft.

Als ich am 28. Jänner 2013 anlässlich der Eröffnung der Fotoausstellung „Parlament im Bild“ in der Säulenhalle einen Vortrag halten durfte, war ich erkältet. Ich hatte mir deshalb kurz überlegt, ob ich das, was ich sagen wollte, auch – themenadäquat sozusagen – mittels an die Wand projizierter Bilder vermitteln könnte. Ich kam rasch zu dem Schluss, dass mein Text, der etwa 2.000 Worte umfasste, dennoch nicht über zwei Fotografien, von denen jede bekanntlich „mehr als tausend Worte sagen“ würde, kommunizierbar wäre. Jedenfalls nicht von mir. Denn mir fehlt es an fachlicher Ausbildung. Bilder analysieren zu können – und wir lehren dies in meinem Fach Publizistik- und Kommunikationswissenschaft unsere Studierenden auch – ist das eine. Fotografien gestalten zu können, das erfordert allerdings erheblich mehr als nur die Analysefähigkeit. Ob nun das, was ich versuche zu vermitteln, auch mittels Fotografie vermittelbar wäre, lasse ich offen.

Bilder werden immer wichtiger

Als jemand, der sich viel auch mit der Genese von Themen- und Problemstellungen der Gegenwart beschäftigt, möchte ich Sie jetzt gerne ein wenig in die Geschichte entführen. Alle, die in etwa so viele Jahre wie ich bereits Medien erleben, wissen, dass mit dem Aufstieg des vorwiegenden Bildmediums Fernsehen auch ein erheblicher Wandel der Printmedien einherging: Am Boulevard, also primär auf der Straße und im Kiosk verkaufte Medien setzten früher und stärker Pressefotos ein als überwiegend im Abonnement vertriebene Printmedien. Manche Illustrierte boten schon früh Fotos in Farbe, die Zeitungen stiegen in Österreich erst ab den 1980er Jahren auf Vielfarbdruk um. An den PressefotografInnen, die gerne einmal das eine oder andere Bild in Farbe veröffentlicht sehen wollten, lag das aber nicht, sondern an der immer stärker werdenden Erlösabhängigkeit

der Medien von den InserentInnen: Diese wollten in medienübergreifenden Werbekampagnen ihre Farbensprache auch in Print-Inseraten und nicht nur im TV und in Illustrierten einsetzen. Damit einher ging der langsame Abschied von der Schwarz-Weiß-Pressefotografie. Heute werden SW-Fotos nur mehr sehr gezielt und selten eingesetzt, was man-



**Ao. Univ.-Prof.
Dr. Fritz Hausjell**
© Parlaments-
direktion/Zolles
KG/Mike Ranz

che FotografInnen schmerzt.

Wer heute eine Zeitung von vor 25 Jahren aufschlägt, sieht einen zweiten großen Unterschied ebenso rasch: Die Pressefotos sind nicht nur in Farbe, sie nehmen auch viel mehr Platz ein. Selbst eine seriöse Tageszeitung wie die früher wegen ihrer Langsamkeit gelegentlich als „alte Tante“ bezeichnete „Neue Zürcher Zeitung“ macht die Titelseite heute täglich mit einem großen Foto auf, das über drei von fünf Spalten geht. Täglich – das stimmt nicht ganz, werden „NZZ“-KennerInnen jetzt anmerken. Denn die Samstagsausgabe verzichtet weiterhin ganz bewusst auf ein großes Aufmacher-Bild und positioniert dort stattdessen einen langen Leitartikel.

Dass die Größe der Fotos bei der Rezeption eine Rolle spielt, muss ich gegenüber einem fachkundigen Publikum wie Ihnen nicht extra erwähnen. Das können Sie auch leicht nachvollziehen, wenn Sie ihre Blicke auf die ganz großen Formate hier in der Säulenhalle des Parlaments richten und im Vergleich dazu jene Bilder ansehen, die deutlich kleiner – aber immer noch recht groß – auf den Bildschirmen präsentiert wer-

den. Die verschärfte Konkurrenz mit dem vorwiegenden Bildmedium Fernsehen hat die Pressebilder größer werden lassen. Weil wir aber die Bilder des aktuellen Zeitgeschehens aus anderen Medien – dem TV und inzwischen den Online-Medien – bereits kennen, müssen klassische Printmedien heute noch mehr auf die Qualität der publizierten Fotos achten als früher. Das ist eine Chance für die qualitätsvolle Pressefotografie – und eine der Antworten auf die Bedrohung der Berufsgruppe durch Gelegenheits-KnipserInnen, die wir von manchen Medien samt und sonders als „BürgerInnenjournalismus“ verkauft bekommen, obgleich davon das meiste den Begriff Journalismus nicht verdient. Da müsste noch einiges dazu gesagt werden, aber das bei einer anderen Gelegenheit.

Fotografie mit journalistischer Qualität

Qualität war das zuletzt angesprochene Stichwort. Qualität, das meint nun bei Pressefotografie nicht nur die technische, gestalterische, kompositorische, sondern ebenso die journalistische Ebene. Es genügt nicht, fotografisch perfekte Aufnahmen zu schaffen. Damit sie Aussagekraft bekommen, muss eine Fotografin und ein Fotograf die Verhältnisse genau recherchiert haben. Natürlich braucht es Reaktionsschnelligkeit und das Erkennen der richtigen Momente. Die wirklich guten Fotos sind oft nur einmal einfangbar. Meuchel-Fotos indes gelingen leicht, denn jede Person sieht mit den von der Kamera im Moment des Lidschlags festgehaltenen halbgeöffneten Augen sehr unvorteilhaft aus. Freilich ist dies ein Bild-Moment, der mit freiem Auge nicht beobachtbar ist. Nicht technisch machbare Kunstbilder wollen wir, sondern charakteristische Abbildungen. Doch diese erfordern Aufwand, Erfahrung, Beharrlichkeit und – zugegeben – manchmal auch ein Quäntchen Glück.

Die Wege zum Pressefotografie-



BildjournalistInnen sorgen für die Transparenz der parlamentarischen Arbeit © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

Journalismus sind vielfältig, wie allein der Blick auf die Ausbildungs- und Praxiswege der elf hier im Parlament nun präsentierten Vertreter und der einen Vertreterin dieser Berufsgruppe zeigen. Aus- und Weiterbildung wird zwar zunehmend wichtig, autodidaktische Ermächtigung dieses spannenden Berufs ist aber weiterhin möglich. Doch etwas scheint mir mittlerweile für die Gegenwart und die Zukunft dieses Berufs von zunehmender Bedeutsamkeit: das verstärkte Reflektieren über das eigene fotojournalistische Handeln.

Inszenierungen durchbrechen

Roland Schlager verweist zu Recht darauf, dass die Fotografie immer auch Gefahr laufe, Stereotypen und Klischees aufzusitzen. Ja, es geht auch darum, eigenen Klischees gegenüber wachsam zu sein. Bei der Bebilderung der mittlerweile erfreulich vielen Stories zu MuslimInnen, stoßen wir in Printmedien immer noch sehr häufig auf kopftuchtragende Frauen, obgleich die Mehrheit der in Österreich lebenden Musliminnen keines trägt.

Und noch ein weiteres Credo des APA-Journalisten Schlager möchte ich aufgreifen: „Vorgesetzte Inszenierungen durchbrechen, umgehen oder aufzeigen.“ So ist es: Nicht nur im Bereich der Politik wird heute mehr als je zuvor

von PR-ExpertInnen an Inszenierungen gefeilt. Es gilt also, die Strategien zu studieren und jeweils zu prüfen, ob man als Pressefotografin nicht gerade droht, unfreiwillig Teil einer fein einstudierten Aufführung für Medien zu werden.

Medien, Demokratie und Ökonomie

Die zunehmende Ökonomisierung der Medien in den letzten drei Jahrzehnten hat diese Situation auch in unserem Land zudem sehr verschärft. Immer mehr Medien werden von immer weniger dafür arbeitenden Menschen hergestellt, um den Medienbetrieben möglichst hohe Gewinne zu bescheren, wie in anderen Branchen auch. Nur sind Medien mehr als ein besonderer Wirtschaftszweig, deren Leistungen sind für die Funktion und Weiterentwicklung einer demokratischen Gesellschaft von besonderer Bedeutung. Die Vielfalt der in Medien gebotenen Inhalte ist eine zentrale Voraussetzung für das gute Gelingen demokratischer Meinungsbildungsprozesse. Dabei ist nicht nur die Vielfalt der Texte, sondern auch die der Bilder wichtig. Doch eine publizistische Vielfalt der Pressefotos ist im demokratiepolitischen Sinn nicht von einigen wenigen PressefotografInnen oder gar GelegenheitsknipserInnen zu schaffen. Dies mögen jene bedenken, die in Medienbetrieben im Sinne der Rentabilität Personalentscheidungen tref-

fen: Wenn im Mediengeschäft Rendite zum obersten Prinzip gemacht wird, verliert der Journalismus – und dazu gehört auch der Fotojournalismus – in den Medien das, was für die Demokratie so essenziell ist: die Vielfalt der Positionen, Bilder und Sichtweisen.

Anderswo droht der politischen Pressefotografie freilich viel Schlimmeres. Am 5. Mai 2012 berichtete die „Neue Zürcher Zeitung“: „Mexiko ist für Medienschaffende eines der gefährlichsten Länder der Welt. Auf das organisierte Verbrechen spezialisierte Journalisten sind besonders gefährdet. In der mexikanischen Hafenstadt Veracruz wurden am Donnerstag (Ortszeit), dem Internationalen Tag der Pressefreiheit, drei Pressefotografen ermordet aufgefunden. Laut Staatsanwaltschaft wiesen die zerstückelten Leichen Zeichen von Folter auf. Die Fotojournalisten hatten für lokale Medien gearbeitet und waren auf Berichte über das organisierte Verbrechen spezialisiert gewesen.“ Und überall dort, wo durch Wahlen legitimierte Politik keine vernünftigen Lösungen mehr zu schaffen vermag oder andere Gruppen sich die Macht nehmen und Kriege beginnen, wird die politische Pressefotografie für ihre Ausübenden lebensgefährlich.

Parlamentarismus und Pressefotografie

Als wenige Jahre nach dem Ende der



Die uneingeschränkte Arbeit der PressefotografInnen und Kameralleute ermöglicht den Einblick in die Sphäre der Politik.

© Parlamentsdirektion/Bernhard Zofall, Michael Buchner

Franco-Diktatur der jungen spanischen Republik ein Putschversuch widerfuhr, fotografierte der Pressefotograf Manuel Pérez Barriopedro den Guardia-Offizier Antonio Tejero am 23. Februar 1981, die Pistole schwingend, im Madrider Parlament. Barriopedro schmuggelte damals den Film im Schuh aus dem Parlamentsgebäude, und die weltweite Publikation des Fotos erregt nicht nur großes Aufsehen, sondern dürfte zur Unterstützung der Demokratie Spaniens beigetragen haben.

Forschungsprojekt zur Pressefotografie

Mit diesem speziellen Fall aufsehenerregender Parlamentsberichterstattung sind wir bei unserem Kernthema angelangt: der Parlamentarismus und die Pressefotografie. Leider hat mein Fach dazu keine systematische Studie vorzuweisen. Überhaupt ist die Pressefotografie eigentümlich wenig beforscht, wie mir kürzlich bei der Vorbereitung eines Forschungsprojektes zur Pressefotografie im Österreich der Jahre 1945 bis 1955 schmerzlich bewusst wurde.

Daher ging ich ein wenig ins Archiv, um wenigstens zur österreichischen Entwicklung in den letzten Jahren etwas Substanzielles hier sagen zu können. Und siehe da: es spielt sich einiges ab, könnte man salopp formulieren. Ende Mai

2009 wurde ein APA-Fotograf im hiesigen Nationalrat durch den vorsitzführenden Präsidenten von der Journalistenloge verbannt und durfte keine weiteren Fotos von der Budgetdebatte schießen. FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky hatte dem Pressefotografen unterstellt, „den Mandataren der SPÖ wiederholt in ihre Unterlagen hinein fotografiert“ zu haben. 2010 wiederum attackierte der damalige SPÖ-Abgeordnete Christian Faul in einer Nationalratssondersitzung einen Fotografen, weil er sich zu Unrecht fotografiert fühlte. Der Abgeordnete ist zurückgetreten, im September 2012 aus der SPÖ ausgetreten und seither im Team Stronach politisch aktiv. Der FPÖ-Vertreter, der nach Fauls Handgreiflichkeiten 2010 im Parlament forderte, man möge unliebsame FotografInnen zwingen, im Beisein eines Wacheorgans ihre Speicherkarten zu löschen, war indes nicht zurückgetreten.

Wechselseitiger Respekt

Auf diese demokratiepolitisch bedenklichen Vorgänge reagierte Nationalratspräsidentin Barbara Prammer mit einer Pressekonferenz im September 2010. Gemeinsam mit der Vereinigung der ParlamentsjournalistInnen stellte sie in einer Erklärung fest, dass „jederzeit“ eine „ungehinderte Berichterstattung in Wort und Bild über Plenarsitzungen des

Nationalrates“ möglich sein müsse. Zur Stärkung des wechselseitig respektvollen Umgangs zwischen PolitikerInnen und Medienleuten initiierte Prammer zudem klugerweise die erste Ausstellung mit Werken von PressefotografInnen zum Thema Parlament, betitelt mit „Die Macht der Bilder“, die Anfang 2011 realisiert wurde. Was dürfen PressefotografInnen im Parlament? Diese für manche im österreichischen Parlament leidig gewordene Frage wurde bei der Eröffnung diskutiert, und Präsidentin Prammer ließ den klaren Standpunkt nicht missen, betonte erneut die Notwendigkeit einer „ungehinderter Berichterstattung“. Die Ausstellung wollte sie als ein klares „Statement für Pressefreiheit, für unzensurierten Journalismus“ verstanden wissen.

Konfliktthema Kommunikationsfreiheit

Doch Kommunikationsfreiheit ist für manche ein schwieriges Lernkapitel. Beharrlichkeit ist daher auch von einer Parlamentspräsidentin gefordert, aber diese gehört ja bekanntlich zu ihren Charakterstärken. Denn bereits im April 2012 beschwerte sich der FPÖ-Abgeordnete Dr. Peter Fichtenbauer während einer Nationalratssitzung über einen Parlamentsfotografen, der von der Galerie des Plenarsaals aus Bilder schoss. Fichtenbauer beschul-



© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/
Christian Hofer, Robert Zolles



digte den Fotografen, Unterlagen der Nationalratsabgeordneten abzulichten. Die „Salzburger Nachrichten“ (SN) schrieben dazu: „Auch gestern lautete der Vorwurf, wie stets, dass die perfiden Fotografen die geheimen Unterlagen der Mandatare ablichteten. Der Vorwurf konnte noch nie erhärtet werden, er gehört aber seit Erfindung des Teleobjektivs zum Arsenal freiheitlicher Parlamentsarbeit.“ Nationalratspräsidentin Prammer belehrte damals den FPÖ-Mandatar, so schrieben die „SN“ weiters: „Fotografieren sei erlaubt – und wenn es jemals fragwürdige Aufnahmen gegeben habe, seien diese nie von Pressefotografen, sondern von anderen Abgeordneten gemacht worden.“

Das Positive dieses kurzen Ausschnittes aus der jüngsten Lerngeschichte zum Thema Kommunikationsfreiheit: Es gab seither im österreichischen Parlament dazu keine weiteren „Zwischenfälle“. Dafür aber umso heftigere im Kärntner Landesparlament im August 2012. Ex-FPK-Chef Uwe Scheuch warf bei seinem Rücktritt den bekannten Kärntner Pressefotografen Gert Eggenberger aus der Pressekonferenz. Kurz darauf versuchte der damals neue und mittlerweile Ex-Landeshauptmannstellvertreter Kurt Scheuch den Fotografen im Landtag

zu provozieren. Als Eggenberger den Auftritt bildlich festhielt, sah sich Scheuch „bedrängt“. Eine mitgeliefene Fernsehkamera zeigte indes, dass der Fotograf dem FPK-Politiker weder zu nahe gekommen war noch ein Wort an ihn gerichtet hatte. Journalisten kritisierten, dass Fotografinnen und Fernsehleuten die Arbeit im Kärntner Landhaus damals massiv erschwert wurde. So hatte Landtagspräsident Josef Lobnig (FPK) verfügt, dass nur noch zu Beginn einer Sitzung im Saal fotografiert und gefilmt werden durfte, danach nur noch von der ZuschauerInnentribüne aus. Aber auch dort wurde der für die APA und die „Kleine Zeitung“ fotografierende Eggenberger behindert. Vergeblich protestierten SPÖ- und Grüne-PolitikerInnen, ChefredakteurInnen, Österreichischer Journalisten-Club sowie Journalistengewerkschaft. Diese Vorfälle sorgten österreichweit berechtigt für Unmut (und sind hoffentlich durch die nachfolgenden Kärntner Wahlergebnisse Geschichte).

Macht der Bilder

Über die Rolle des Journalismus – und damit auch der Pressefotografie – in der modernsten demokratischen Gesellschaft werden wir wohl auch künftig beim einen oder anderen Anlass debattieren, da

oft diejenigen, die die viel zitierte und wenig beforschte Macht der Bilder lieben, zugleich auch fürchten.

Ich danke der Präsidentin des Österreichischen Nationalrates, Frau Mag.^a Barbara Prammer, für ihre Beharrlichkeit, dieses sensible Thema im Verhältnis von Politik und Medien im Sinne der weiteren Demokratisierung professionell und mit viel Umsicht zu gestalten. Und ich bitte Sie, sehr geehrte LeserInnen, mit der Berufsgruppe zusammen wachsam zu sein. Aus dem Bewusstsein heraus, dass es wesentlich ist, dass PressefotografInnen in ihrer Arbeit nicht eingeschränkt werden und uns die Bilder aus dem Bereich der Politik – konkret dem Parlament und auch aus anderen Bereichen – vermitteln, die wir eben auch dazu brauchen, um uns von der Politik und anderen gesellschaftlichen Sphären ein angemessenes Bild zu machen.

Zum Autor: Fritz Hausjell Ao. Univ. -Prof. am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien; Forschungsgebiete: Journalismus im Dritten Reich und seine Folgewirkungen, Exiljournalismus, Journalismusentwicklung in der Zweiten Republik, Neonazismus und Rassismus im medialen Kontext, Migration und Medien, öffentlich-rechtlicher Rundfunk.

STATISTIK

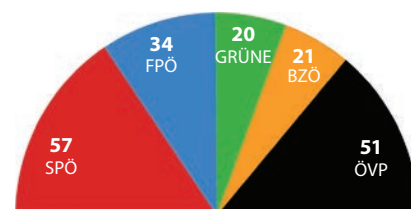
XXIV. Gesetzgebungsperiode in Zahlen

Gesamtergebnis der Nationalratswahl vom 28. September 2008

Parteibezeichnung	Kurzbez.	Stimmen	Prozent
Sozialdemokratische Partei Österreichs	SPÖ	1.430.206	29,26 %
Österreichische Volkspartei	ÖVP	1.269.656	25,98 %
Die Grünen – Die Grüne Alternative	GRÜNE	509.936	10,43 %
Freiheitliche Partei Österreichs	FPÖ	857.029	17,54 %
BZÖ – Liste Jörg Haider	BZÖ	522.933	10,70 %
Bürgerforum Österreich Liste Fritz Dinkhauser	FRITZ	86.194	1,76 %
Die Christen	DC	31.080	0,64 %
Kommunistische Partei Österreichs	KPÖ	37.362	0,76 %
Liberales Forum	LIF	102.249	2,09 %
Unabhängige Bürgerinitiative Rettet Österreich	RETTÖ	35.718	0,73 %
Die Linke	LINKE	349	0,01 %
Dipl.Ing. Karlheinz H. Klement		347	0,01 %
Linke	LINKE	1.789	0,04 %
Liste Stark	STARK	237	0,00 %
Tierrechtspartei earth-human-animals-nature	TRP	2.224	0,05 %

Wahlberechtigte	6.333.109
Wahlbeteiligung	78,81 %
abgegebene Stimmen	4.990.952
ungültige Stimmen	103.643
gültige Stimmen	4.887.309

Mandatsverteilung



Quelle: Bundesministerium für Inneres

Erstmals sechs Fraktionen im Nationalrat

Eine Premiere bescherte die XXIV. Gesetzgebungsperiode: Zum ersten Mal in der Zweiten Republik umfasst der Nationalrat sechs Fraktionen. Im Oktober 2012 schlossen sich fünf Abgeordnete, die zuvor aus dem BZÖ ausgetreten waren, zum Klub STRONACH zusammen. Auch sonst gab es in den vergangenen fünf Jahren zahlreiche Veränderungen, sodass

sich die Mandatsverhältnisse am Ende der Gesetzgebungsperiode von jener zu Beginn markant unterscheiden.

Eine Debatte über die Zulässigkeit von Klubgründungen in laufender Periode gab es bereits anlässlich der Abspaltung des „Liberalen Forums“ von der FPÖ im Jahr 1993. Damals kam es zu keiner Novellierung der

Geschäftsordnung des Nationalrates, sie erfolgte nunmehr als aktuellem Anlass. § 7 der Geschäftsordnung erlaubt die Klubgründung nur noch im ersten Monat nach der Konstituierung des neugewählten Nationalrates. Der Austritt einzelner Abgeordneter aus einem Klub bzw. der Übertritt in eine andere Fraktion ist weiterhin möglich.

Stand 28.10.2008 (Konstituierende Sitzung)

Mandatsverteilung gemäß Nationalratswahl vom 28. September 2008

SPÖ	57
ÖVP	51
FPÖ	34
BZÖ	21
GRÜNE	20

* ohne Fraktionszugehörigkeit

Quelle: Parlamentsdirektion

Stand 30.12.2009

Das BZÖ verliert bis Ende 2009 vier Abgeordnete, die von nun an keiner Fraktion angehören.

SPÖ	57
ÖVP	51
FPÖ	34
BZÖ	17
GRÜNE	20
OF*	4

* ohne Fraktionszugehörigkeit

Quelle: Parlamentsdirektion



Entwicklung der Mandatsverteilung in der XXIV. Gesetzgebungsperiode

Zeitraum	SPÖ	ÖVP	FPÖ	BZÖ	GRÜNE	STRONACH	OF*
28.10.2008	57	51	34	21	20	-	-
2008	57	51	34	21	20	-	-
	57	51	34	21	20	-	-
2009	57	51	34	20	20	-	1
	57	51	34	17	20	-	4
2010	57	51	37	17	20	-	1
	57	51	36	17	20	-	2
2011	57	51	36	16	20	-	3
	57	51	37	16	20	-	2
2012	56	51	37	15	20	-	4
	56	51	37	14	20	-	5
	56	51	37	13	20	5	1
	56	51	37	12	20	6	1
2013	57	51	37	12	20	6	-
	57	51	38	12	20	5	-
28.10.2013	57	51	38	12	20	5	-

* ohne Fraktionszugehörigkeit

Quelle: Parlamentsdirektion

Stand 30.10.2012

Drei Kärntner Abgeordnete (Mitglieder der neu gegründeten FPK) aus der Gruppe der Fraktionslosen treten Ende 2010 dem FPÖ-Klub bei. In der Folge kommt es zu weiteren BZÖ-Austritten, ein Mandatar tritt aus der SPÖ aus. Im Oktober 2012 schließen sich fünf fraktionslose Mandatare dem Team Stronach an und gründen einen eigenen Klub. Somit besteht der Nationalrat erstmals aus sechs Fraktionen.

SPÖ	56
ÖVP	51
FPÖ	37
BZÖ	13
GRÜNE	20
STRONACH	5
OF*	1

* ohne Fraktionszugehörigkeit

Quelle: Parlamentsdirektion

Stand 24.4.2013

Der verbleibende fraktionslose Abgeordnete (ehemals SPÖ) wechselt für das Team Stronach in die Kärntner Landesregierung; der SPÖ-Klub erlangt wieder ursprüngliche Mandatsstärke. Eine weitere BZÖ-Abgeordnete tritt zu STRONACH über, von dort wechselt eine Abgeordnete nach Niederösterreich. Für sie rückt von der BZÖ-Liste ein Mandatar nach, der mittlerweile der FPÖ angehört.

SPÖ	57
ÖVP	51
FPÖ	38
BZÖ	12
GRÜNE	20
STRONACH	5

* ohne Fraktionszugehörigkeit

Quelle: Parlamentsdirektion

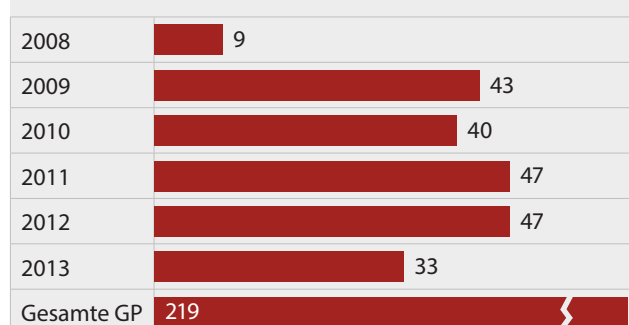
Sitzungen des Nationalrates

Es ist eine wichtige Aufgabe der/des Präsidentin/-en, die Sitzungen des Nationalrates einzuberufen. Neben den dem parlamentarischen Ablauf folgenden Sitzungen (in der Grafik als Plenarsitzungen bezeichnet) haben die

Abgeordneten aber auch die Möglichkeit, so genannte „Sondersitzungen“ zu verlangen. Wer dies wie oft tun darf, ist genau im Geschäftsordnungsgesetz (GOG-NR) geregelt. Daneben gibt es noch so genannte Zuweisungssitzungen,

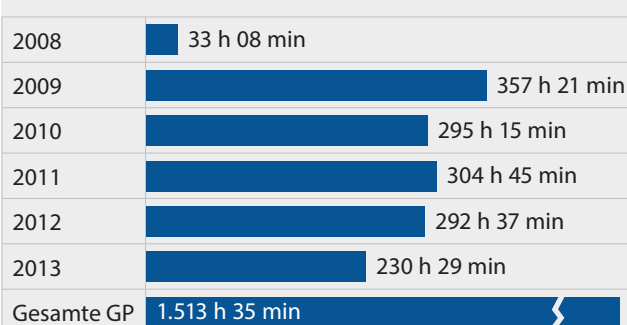
die aufgrund einer anderen Bestimmung im GOG-NR einberufen werden. Dabei geht es u.a. darum, die Abgeordneten über alle erfolgten Zuweisungen von Verhandlungsgegenständen an die Fachausschüsse zu informieren.

Anzahl der Sitzungen in der XXIV. GP



Quelle: Parlamentsdirektion

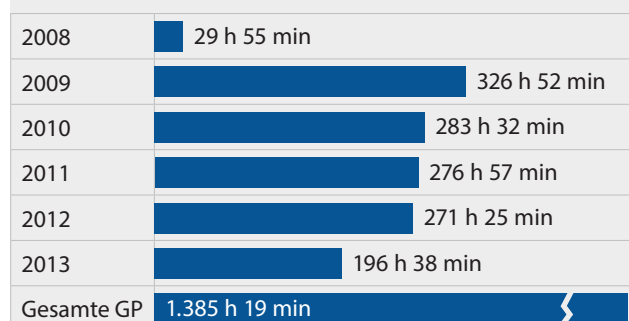
Sitzungsdauer in Stunden und Minuten*



* XXIV. GP, inkl. Sonder- und Zuweisungssitzungen

Quelle: Parlamentsdirektion

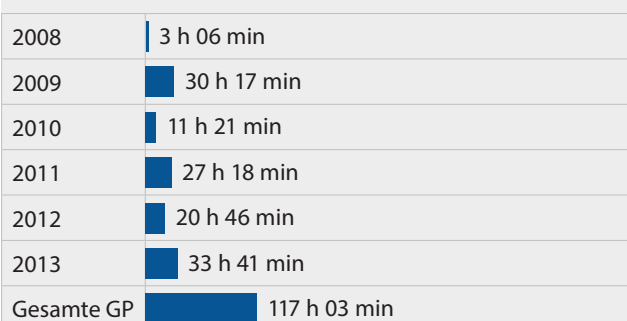
Sitzungsdauer der Plenarsitzungen*



* XXIV. GP, exkl. Sonder- und Zuweisungssitzungen

Quelle: Parlamentsdirektion

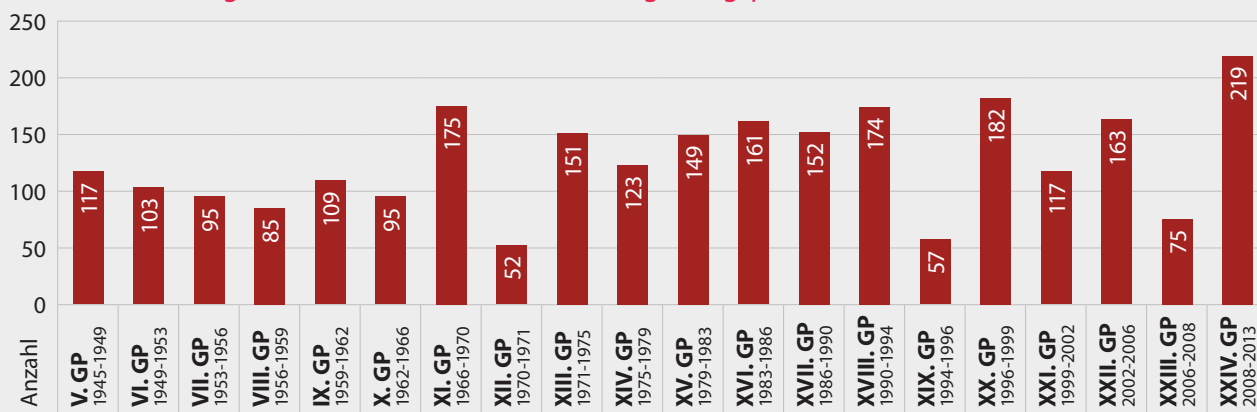
Sitzungsdauer der Sondersitzungen*



* XXIV. GP, exkl. Plenar- und Zuweisungssitzungen

Quelle: Parlamentsdirektion

Anzahl der Sitzungen des Nationalrates nach Gesetzgebungsperioden



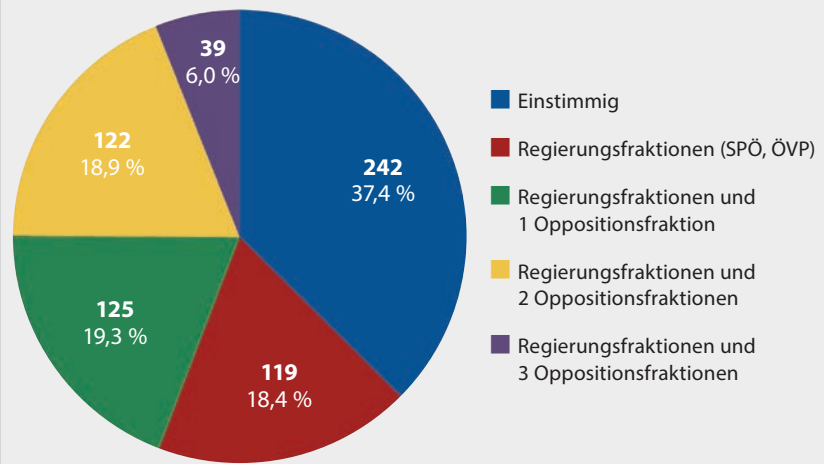
© Parlamentsdirektion

Gesetzesbeschlüsse

Die parlamentarische gesetzgeberische Arbeit ist nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis von einem Ringen um gemeinsame Beschlüsse geprägt. In der XXIV. Gesetzgebungsperiode (2008–2013) hat der Nationalrat insgesamt 647 Gesetze verabschiedet (Stand: 25.9.2013). 242, also etwa 37 Prozent der Beschlüsse, fielen einstimmig. In etwa 18 Prozent der Fälle stützte sich die gefundene Mehrheit ausschließlich auf jene der Regierungsfractionen aus SPÖ und ÖVP. In jeweils etwa 19 Prozent der Abstimmungen stimmten zwei bzw. drei Oppositionsparteien gemeinsam mit den Regierungsfractionen für eine neue Regelung. In lediglich etwa sechs Prozent der Abstimmungen stimmte nur eine Oppositionsfraction gegen ein neues Gesetz.

Gesetzesbeschlüsse, aufgegliedert nach fraktionellen Abstimmungsergebnissen (Dritte Lesung)

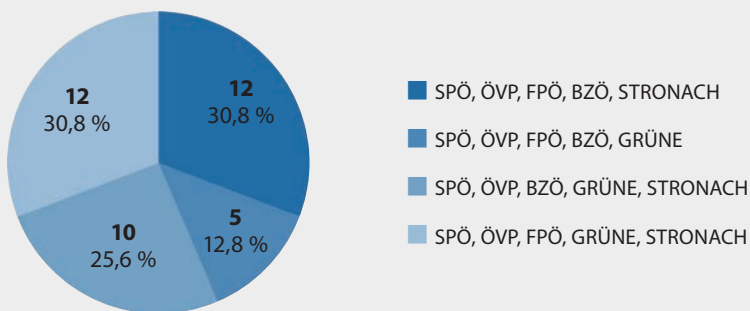
Gesetzesbeschlüsse, gesamt 647*



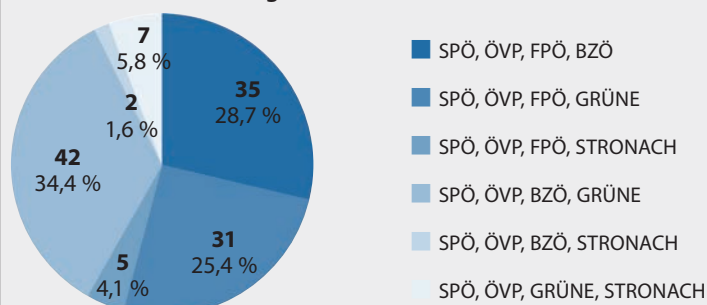
* Stand: 219. Sitzung vom 29.9.2013

Quelle: Parlamentsdirektion

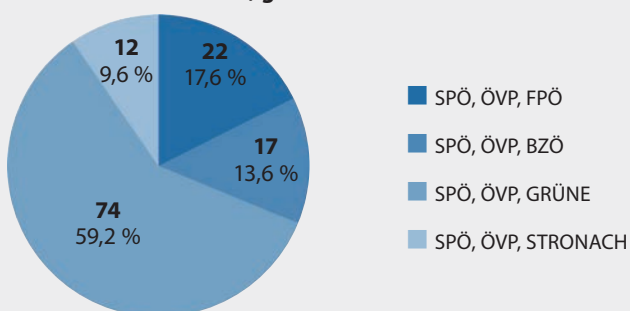
5-Parteien-Beschlüsse, gesamt 39



4-Parteien-Beschlüsse, gesamt 122



3-Parteien-Beschlüsse, gesamt 125



Untersuchungsausschüsse in der XXIV. Gesetzgebungsperiode

GO-Nr.	71-GO/XXIV. GP	910-GO/XXIV. GP
Betreff	Abhör- und Beeinflussungsmaßnahmen	Korruptionsvorwürfe
Jahr	2009	2011
Beschluss NR	10.07.2009	20.10.2011
Abstimmung	einstimmig	einstimmig
Vorsitzende/r	Dr. Martin Bartenstein (ÖVP)	Dr. ⁱⁿ Gabriela Moser (GRÜNE) ab 19.09.2012 Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ)
Verfahrensanwälte	Dr. Klaus Hoffmann	Dr. Klaus Hoffmann (Vertreter Dr. Gerhard Benn-Ibler)
Permanenzerklärung	ja	ja
Fristsetzung	am 03.12.09 bis 10.12.2009	am 05.10.2012 bis 16.10.2012
Kommuniqués	16	74
Sitzungen	17	53
Sitzungsstunden	121	330
Steno-Protokoll-Seiten	1.976	5.697
Aktenseiten	21.686	1.579.360
Auskunftspersonen	37	132
Einvernahmen	47	153
Dauer	17.07.2009 bis 01.12.2009	28.10.2011 bis 17.10.2012
Ausschussbericht	mündl. Bericht im Plenum	mündl. Bericht im Plenum
NR-Plenum	50. Sitzung	175. Sitzung
Datum	11.12.2009	17.10.2012

Quelle: Abt. Parlamentarische Dokumentation, Archiv und Statistik der Parlamentsdirektion

Foto © Parlamentsdirektion



Schriftliche Anfragen in der XXIV. Gesetzgebungsperiode

Gerichtet an	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	BZÖ	STRONACH	o. Klub	SPÖ, ÖVP, FPÖ	SPÖ, GRÜNE	FPÖ, A	BZÖ, A	BZÖ, o. Klub	STRONACH, o. Klub	Gemeinsam	Gesamt
Bundeskanzler	18	23	267	130	124	10	1	-	-	1	-	-	-	-	574
Vizekanzler	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0
BM ohne Portefeuille, ab 3.12.2008 BM für Frauen, Medien und Regionalpolitik, ab 22.12.2008 BM für Frauen und öffentlichen Dienst	14	18	123	85	107	12	2	-	-	2	-	-	-	-	363
BM für europäische und inter- nationale Angelegenheiten	85	2	330	110	103	11	2	-	-	2	-	-	-	-	645
BM für Finanzen	170	5	684	245	211	75	13	2	-	2	-	-	1	-	1.408
BM für Gesundheit, Familie und Jugend, ab Februar 2009 BM für Gesundheit	140	41	729	210	299	33	14	-	-	4	1	-	1	-	1.472
BM für Inneres	464	4	1.436	317	413	32	20	-	1	2	-	1	-	-	2.690
BM für Justiz	318	4	646	329	278	16	9	-	-	2	-	-	-	-	1.602
BM für Landesverteidigung, ab Februar 2009 BM für Landesverteidigung und Sport	31	86	588	127	145	21	14	-	-	2	-	-	-	-	1.014
BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	201	2	423	216	158	116	6	-	1	4	-	-	-	-	1.127
BM für Soziales und Konsumentenschutz, ab Februar 2009 BM für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	96	45	451	173	128	22	11	-	-	2	-	-	-	-	928
BM für Unterricht, Kunst und Kultur	32	83	893	207	142	32	6	-	-	1	-	-	-	-	1.396
BM für Verkehr, Innovation und Technologie	85	85	535	262	135	113	10	-	-	3	-	-	-	-	1.228
BM für Wirtschaft und Arbeit, ab Februar 2009 BM für Wirtschaft, Familie und Jugend	152	3	473	205	155	17	10	-	-	2	-	-	-	-	1.017
BM für Wissenschaft und Forschung	52	3	227	134	113	17	3	-	-	1	-	-	-	-	550
Präsident des Rechnungshofes	7	1	10	8	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	28
Präsidentin des Nationalrates	2	2	76	22	17	3	-	-	-	-	-	-	-	-	122
Obmann des Untersuchungsausschusses	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	2
Summe	1.867	407	7.892	2.780	2.530	530	121	2	2	30	1	1	2	1	16.166

Quelle: Abt. Parlamentarische Dokumentation, Archiv und Statistik der Parlamentsdirektion

Selbstständige Anträge von Abgeordneten in der XXIV. GP

Fraktionen	eingebracht gesamt	betreffend			insgesamt		
		Gesetze	Entschlie- ßungen	RH-Prüfungs- aufträge	erledigt	unerledigt	zurück- gezogen
SPÖ	1	-	1	-	-	1	-
ÖVP	1	-	1	-	-	1	-
FPÖ	949	116	831	2	338	599	12
Grüne	641	97	540	4	264	364	13
BZÖ	529	58	469	2	216	306	7
STRONACH	7	-	7	-	-	6	1
Andere (A)	7	-	7	-	3	4	-
S, V, F, G, B, T	5	1	4	-	5	-	-
S, V, F, G, B	38	9	29	-	36	2	-
S, V	151	102	49	-	139	11	1
S, V, F, B	5	2	3	-	5	-	-
S, V, F, G	6	4	2	-	3	3	-
S, V, F, T	1	-	1	-	1	-	-
S, V, G, B	10	5	4	1	9	1	-
S, V, F	2	2	-	-	2	-	-
S, V, G	13	9	4	-	12	1	-
S, V, B	1	1	-	-	1	-	-
V, G, B	1	-	1	-	-	1	-
F, G, B	5	1	4	-	1	4	-
F, G	2	-	2	-	-	2	-
F, B	3	-	3	-	1	2	-
G, B	1	1	-	-	-	1	-
F, A	2	1	1	-	1	1	-
Gesamt	2.381	409	1.963	9	1.037	1.310	34

Übersicht über überreichte Petitionen und Bürgerinitiativen in der XXIV. GP. (Stand: 30. September 2013)

Gesetzgebungsperiode (Dauer)	Anzahl der überreichten und an Ausschüsse zugewiesenen	
	Petitionen	Bürgerinitiativen
XXIV. (28.10.2008 - 28.10.2013)	219	71

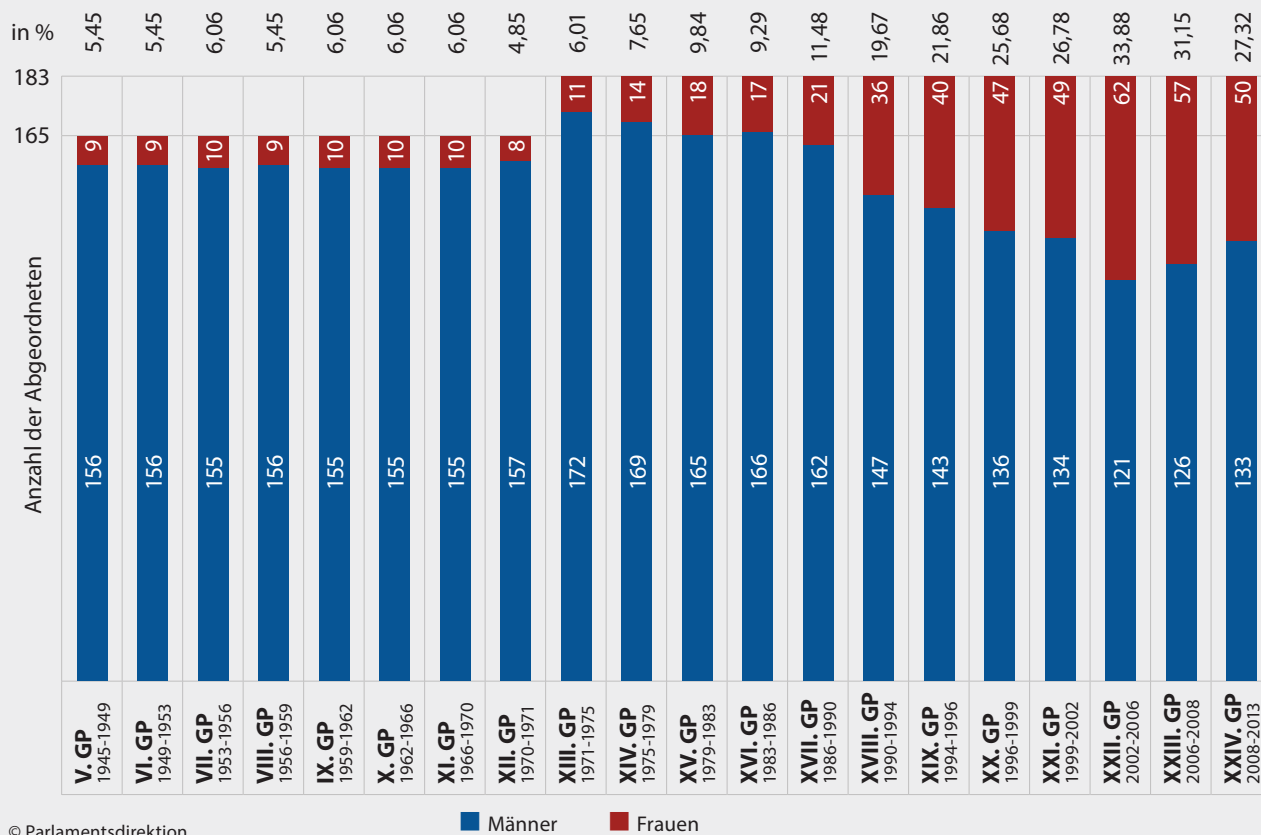
Quelle: Abt. Parlamentarische Dokumentation, Archiv und Statistik der Parlamentsdirektion



Übersicht betreffend die Tätigkeit des Nationalrates in der XXIV. GP

	GESAMT
ANZAHL DER PLENARSITZUNGEN	219
davon Sondersitzungen	32
davon Zuweisungssitzungen	79
DAUER DER PLENARSITZUNGEN	
Stunden	1.513
Minuten	35
VOM PLENUM BESCHLOSSEN, GENEHMIGT BZW. ZUR KENNTNIS GENOMMEN:	
Gesetze	647
davon Bundesverfassungsgesetze	13
Staatsverträge	172
Vereinbarungen gemäß Artikel 15a B-VG	25
Anträge der Bundesregierung gemäß Art. 49b B-VG	1
Beschlüsse zu Vorlagen betr. ESM	1
Vorhaben und Berichte in Angelegenheiten der EU	2
Initiativen und Beschlüsse des Europäischen Rates	1
Berichte der Bundesregierung oder ihrer Mitglieder	47
Berichte der Volksanwaltschaft	6
Berichte des Rechnungshofes	57
StenoProtokolle über parlamentar. Enqueten	3
Bundesrechnungsabschluss	5
VON AUSSCHÜSSEN ZUR KENNTNIS GENOMMEN:	
Berichte der Bundesregierung oder ihrer Mitglieder	52
SCHRIFTLICHE ANFRAGEN AN MITGL. D. BREG.	16.014
davon dringliche Anfragen	55
SCHRIFTLICHE ANFRAGEN AN	
Präsidenten d. Nationalrates	122
Präsidenten d. Rechnungshofes	28
Ausschussobleute	2
FRAGESTUNDEN	33
AUFGERUFENE MÜNDLICHE ANFRAGEN	237
davon SPÖ	64
davon ÖVP	65
davon FPÖ	33
davon GRÜNE	33
davon BZÖ	33
davon STRONACH	9
MÜNDLICHE ZUSATZFRAGEN	974
davon SPÖ	171
davon ÖVP	172
davon FPÖ	204
davon GRÜNE	204
davon BZÖ	204
davon STRONACH	7
davon ohne Klubzugehörigkeit	12
AKTUELLE STUNDEN	44
AKTUELLE EUROPASTUNDEN	12
AUSSCHUSSSITZUNGEN	790
Unterausschuss-Sitzungen	161
Untersuchungsausschuss-Sitzungen	70
Sitzungen von Enquete-Kommissionen	-
Sitzungen von Enqueten	6

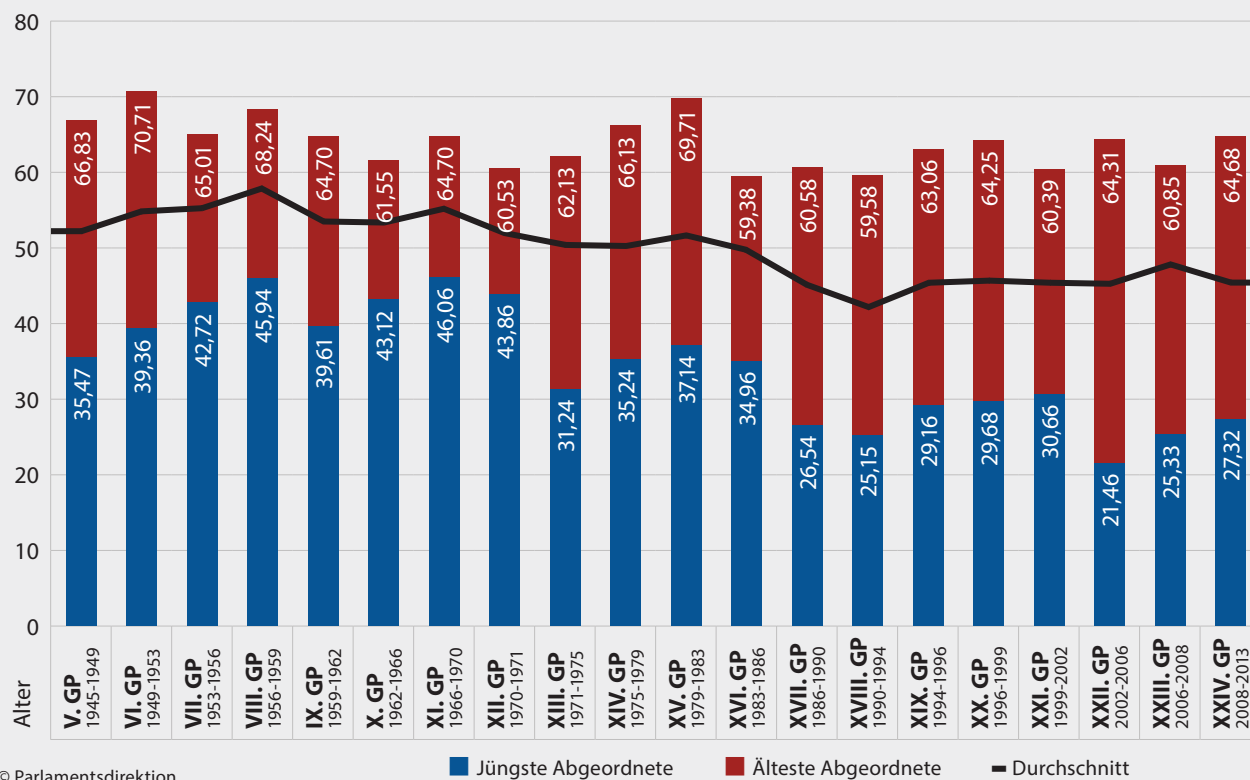
Frauenanteil im Nationalrat



© Parlamentsdirektion

■ Männer ■ Frauen

Altersverteilung der weiblichen Abgeordneten im Nationalrat

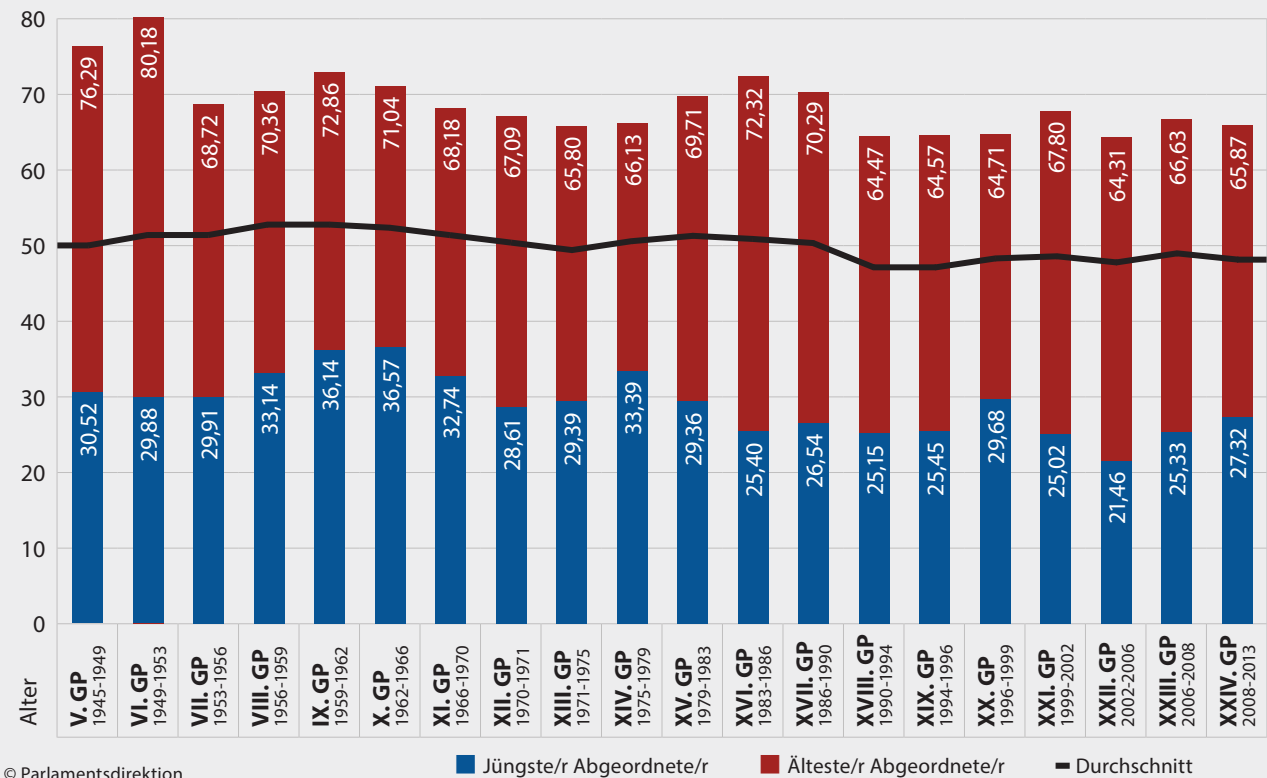


© Parlamentsdirektion

■ Jüngste Abgeordnete ■ Älteste Abgeordnete — Durchschnitt

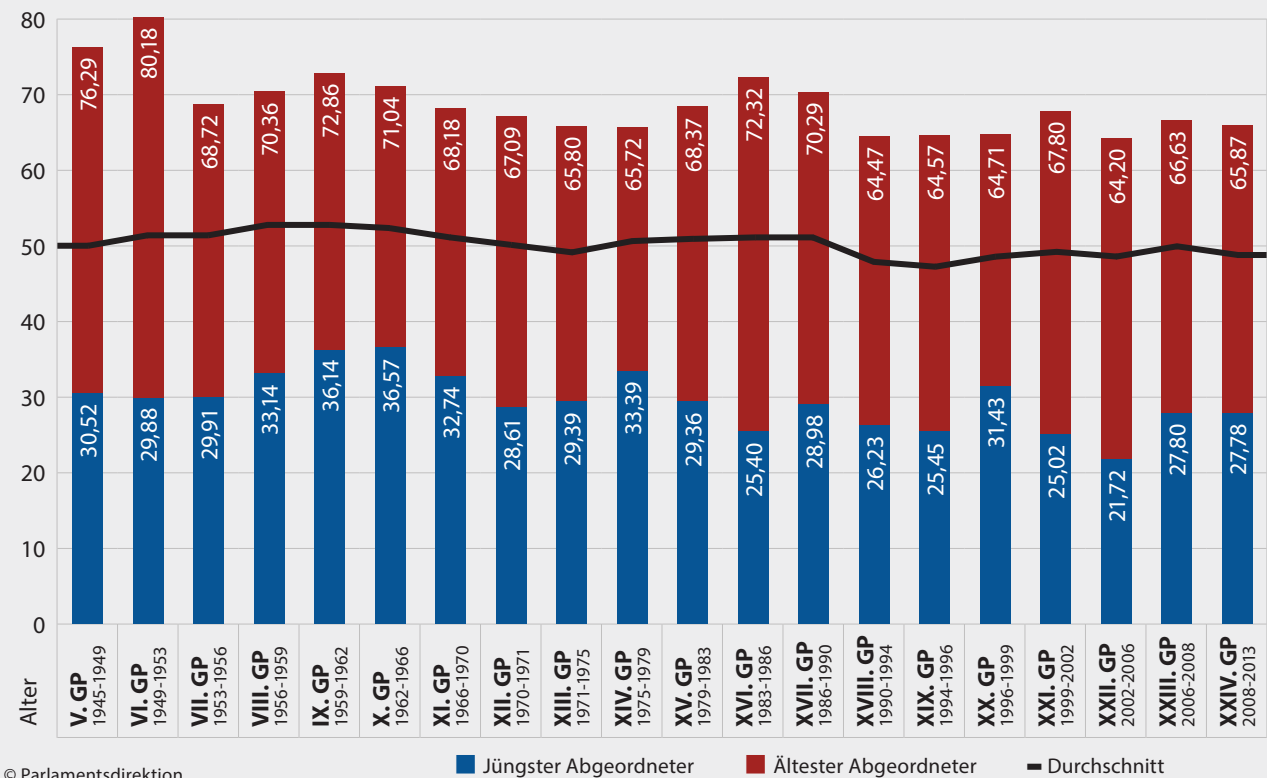


Altersverteilung der Abgeordneten im Nationalrat



© Parlamentsdirektion

Altersverteilung der männlichen Abgeordneten im Nationalrat



© Parlamentsdirektion

Kurzportraits der Abgeordneten der XXIV. Gesetzgebungsperiode



Sonja Ablinger

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4 Oberösterreich
Beruf: Lehrerin



Werner Amon, MBA

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
11.03.2009 - 28.10.2013

Wahlkreis: 6 Steiermark
Beruf: Unternehmensberater



Mag.ª Gertrude Aubauer

Abgeordnete zum Nationalrat, ÖVP
03.12.2008 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Journalistin



Jakob Auer

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013
Schriftführer, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4C Hausruckviertel
Beruf: Landwirt



Mag. Josef Auer

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 7 Tirol
Beruf: Lehrer



Dr. Martin Bartenstein

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 -
Bundesminister Bundesministerium für
Wirtschaft und Arbeit
01.04.2000 - 02.12.2008

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Bundesminister a.D.



Petra Bayr

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9D Wien Süd
Beruf: Angestellte



Mag.ª Ruth Becher

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9G Wien Nord
Beruf: Lehrerin

**Dr. in Dagmar Belakowitsch-Jenewein**

Abgeordnete zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9 Wien
Beruf: Ärztin

**Gabriele Binder-Maier**

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
03.12.2008 - 28.10.2013
Schriftführerin, SPÖ
20.01.2011 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Kindergärtnerin

**Dieter Brosz, MSc**

Abgeordneter zum Nationalrat, GRÜNE
28.10.2008 - 28.10.2013
Ordner, GRÜNE
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3 Niederösterreich
Beruf: Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied

**Mag. a Christiane Brunner**

Abgeordnete zum Nationalrat, GRÜNE
28.10.2008 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Projektkoordinatorin im Bereich
erneuerbare Energie

**Josef Bucher**

Abgeordneter zum Nationalrat, BZÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 2D Kärnten Ost
Beruf: Klubobmann

**Harry Rudolf Buchmayr**

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
20.01.2011 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4B Innviertel
Beruf: Leiter Metallanalytik

**Doris Bures**

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 02.12.2008
Bundesministerin für Verkehr, Innovation
und Technologie,
02.12.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9E Wien Süd-West
Beruf: Bundesministerin für Verkehr,
Innovation und Technologie

**Dr. Josef Cap**

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Klubvorsitzender



Mag.^a Katharina Cortolezis-Schlager

Abgeordnete zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9 Wien
Beruf: Unternehmensberaterin



Renate Csörgits

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Angestellte



Mag. Norbert Darabos

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
14.03.2013 - 28.10.2013
Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 02.12.2008
Bundesminister für Landesverteidigung
und Sport
01.02.2009 - 11.03.2013
Bundesminister für Landesverteidigung
28.10.2008 - 31.01.2009

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Bundesgeschäftsführer der SPÖ



Mag. Gernot Darmann

Abgeordneter zum Nationalrat, BZÖ
28.10.2008 - 30.03.2009
Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
24.04.2013 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Jurist



Dipl.-Ing. Gerhard Deimek

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4 Oberösterreich
Beruf: Kaufmännischer Angestellter



Sigisbert Dolinschek

Abgeordneter zum Nationalrat, BZÖ
28.10.2008 - 28.10.2013
Ordner, BZÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 2 Kärnten
Beruf: Technischer Angestellter



Karl Donabauer

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3C Mostviertel
Beruf: Landwirt



Mag. Heribert Donnerbauer

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 04.07.2012

Wahlkreis: E3A Weinviertel
Beruf: Rechtsanwalt

**Rupert Doppler**

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 5 Salzburg
Beruf: Betriebsrat

**Claudia Durchschlag**

Abgeordnete zum Nationalrat, ÖVP
24.02.2010 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4A Linz und Umgebung
Beruf: Dipl. Physiotherapeutin

**Michael Ehmann**

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
13.06.2013 - 28.10.2013

Wahlkreis: 6A Graz
Beruf: Sozialversicherungsangestellter

**Thomas Einwallner**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
30.08.2011 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Angestellter

**Franz Eßl**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 5C Lungau/Pinzgau/Pongau
Beruf: Bauer

**Christian Faul**

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 21.09.2010

Wahlkreis: 6 Steiermark
Beruf: Hauptschuldirektor

**Werner Faymann**

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 02.12.2008
Bundesminister für Verkehr, Innovation
und Technologie
28.10.2008 - 02.12.2008
Bundeskanzler
02.12.2008 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Bundeskanzler

**Hannes Fazekas**

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Exekutivbeamter, Bürgermeister



Mag.ª Dr.ª Maria Theresia Fekter

Abgeordnete zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 02.12.2008,
Bundesministerin für Inneres
28.10.2008 - 20.04.2011,
Bundesministerin für Finanzen
21.04.2011 - 28.10.2013

Beruf: Bundesministerin für Finanzen



Dr. Peter Fichtenbauer

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 30.06.2013,
Volksanwalt
01.07.2013 - 28.10.2013

Beruf: Volksanwalt



Anna Franz

Abgeordnete zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013
Schriftführerin, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 8A Vorarlberg Nord
Beruf: Hauptschullehrerin



Adelheid Irina Fürntrath-Moretti

Abgeordnete zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 6 Steiermark
Beruf: Unternehmerin



Hermann Gahr

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 7B Innsbruck-Land
Beruf: Geschäftsführer



Carmen Gartelgruber

Abgeordnete zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 7 Tirol
Beruf: Buchhalterin



Ing. Kurt Gartlehner

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4D Traunviertel
Beruf: Unternehmensberater



Mag. Kurt Gaßner

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4E Mühlviertel
Beruf: Lehrer an einer Handelsakademie

**Mag. Wolfgang Gerstl**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
09.09.2011 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9E Wien Süd-West
Beruf: Jurist

**Andrea Gessl-Ranftl**

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 6G Steiermark Nord-West
Beruf: Hauptschullehrerin

**Franz Glaser**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 1B Burgenland Süd
Beruf: Landwirt

**Dr.in Eva Glawischnig-Piesczek**

Abgeordnete zum Nationalrat, GRÜNE
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9 Wien
Beruf: Klubobfrau der Grünen, Juristin

**Alois Gradauer**

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4A Linz und Umgebung
Beruf: Pensionist

**Mag. Dr. Martin Graf**

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013
Dritter Präsident, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9G Wien Nord
Beruf: Dritter Präsident des Nationalrates

**Mag.ª Karin Greiner**

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
01.07.2013 - 28.10.2013

Wahlkreis: 6B Steiermark Mitte
Beruf: Vertragsbedienstete/Magistrat
Graz

**Fritz Grillitsch**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 6 Steiermark
Beruf: Bauer



Mag.ª Elisabeth Grossmann

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 21.09.2009
Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
29.01.2013 - 28.10.2013
Wahlkreis: 6 Steiermark
Beruf: Juristin



Wolfgang Großruck

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
03.12.2008 - 28.10.2013
Wahlkreis: 4C Hausruckviertel
Beruf: Bürgermeister a.D.



Gerald Grosz

Abgeordneter zum Nationalrat, BZÖ
28.10.2008 - 28.10.2013
Wahlkreis: 6 Steiermark
Beruf: Angestellter



Mag.ª Silvia Grünberger

Abgeordnete zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013
Bundestwahlvorschlag
Beruf: Abgeordnete



Dr. Kurt Grünewald

Abgeordneter zum Nationalrat, GRÜNE
28.10.2008 - 28.10.2013
Wahlkreis: 7 Tirol
Beruf: Hochschullehrer, Arzt



Wilhelm Haberzettl

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013
Bundestwahlvorschlag
Beruf: Angestellter



Ing. Heinz-Peter Hackl

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
22.10.2009 - 28.10.2013
Wahlkreis: 4C Hausruckviertel
Beruf: Selbständiger EDV-Techniker



Christoph Hagen

Abgeordneter zum Nationalrat, BZÖ
28.10.2008 - 14.10.2012
Abgeordneter zum Nationalrat, OK
15.10.2012 - 29.10.2012
Abgeordneter zum Nationalrat, STRONACH
30.10.2012 - 28.10.2013
Ordner, STRONACH
05.12.2012 - 28.10.2013

Wahlkreis: 8 Vorarlberg
Beruf: Polizeibeamter

**Marianne Hagenhofer**

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 19.01.2011
Schriftführerin, SPÖ
28.10.2008 - 19.01.2011

Wahlkreis: 4B Innviertel
Beruf: Leiterin des Arbeitsmarktservices
Braunau am Inn

**Dr. Johannes Hahn**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 02.12.2008
Betracht mit der Leitung des
Bundesministeriums für Justiz
02.12.2008 - 15.01.2009
Bundesminister für Wissenschaft und
Forschung
28.10.2008 - 26.01.2010

Beruf: Bundesminister für Wissenschaft und Forschung a.D.

**Mag. Roman Haider**

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4 Oberösterreich
Beruf: Unternehmensberater

**Mag. Dr. Manfred Haimbuchner**

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 21.10.2009
Schriftführer, FPÖ
28.10.2008 - 21.10.2009

Wahlkreis: 4C Hausruckviertel
Beruf: Rechtsanwaltsanwärter

**Elisabeth Hakel**

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 6 Steiermark
Beruf: Pressesprecherin

**Mag.^a Karin Hakl**

Abgeordnete zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 7 Tirol
Beruf: Juristin

**Mag. Michael Hammer**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
22.03.2011 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4E Mühlviertel
Beruf: Landesbeamter

**Peter Haubner**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 5 Salzburg
Beruf: Unternehmer



Ursula Haubner

Abgeordnete zum Nationalrat, BZÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4 Oberösterreich
Beruf: Bundesministerin a.D.



Johann Hechtel

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3 Niederösterreich
Beruf: Angestellter der AK
Niederösterreich



Anton Heinzl

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3D Niederösterreich Mitte
Beruf: Abgeordneter



Johann Hell

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3 Niederösterreich
Beruf: Instruktor



Werner Herbert

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3 Niederösterreich
Beruf: Polizeibeamter



Eva-Maria Himmelbauer, BSc

Abgeordnete zum Nationalrat, ÖVP
05.07.2012 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3A Weinviertel
Beruf: Angestellte und Studentin



Ing. Christian Höbart

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Unternehmer
(Unternehmensberater)



Ing. Norbert Hofer

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 1 Burgenland
Beruf: Vertragsbediensteter beim Amt
der Burgenländischen Landesregierung

**Johann Höfinger**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3D Niederösterreich Mitte
Beruf: Landwirtschaftsmeister

**Anna Höllerer**

Abgeordnete zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3 Niederösterreich
Beruf: Bäuerin

**Franz Hörl**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 7 Tirol
Beruf: Gast- und Landwirt

**Erwin Hornek**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3B Waldviertel
Beruf: Landwirt

**Dr. Franz-Joseph Huainigg**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
27.01.2010 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Kinderbuchautor,
Medienpädagoge

**Gerhard Huber**

Abgeordneter zum Nationalrat, BZÖ
28.10.2008 - 10.09.2009
Abgeordneter zum Nationalrat, OK
11.09.2009 - 27.01.2010
Abgeordneter zum Nationalrat, BZÖ
28.01.2010 - 28.10.2013

Wahlkreis: 7 Tirol
Beruf: selbständiger Unternehmer

**Dr. Johannes Hübner**

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9E Wien Süd-West
Beruf: Rechtsanwalt

**Mag. Peter Michael Ikrath**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9F Wien Nord-West
Beruf: Bankmanager



Harald Jannach

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Landwirt



Mag.ª Helene Jarmer

Abgeordnete zum Nationalrat, GRÜNE
10.07.2009 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Leitung des Servicecenters ÖGS
Barrierefrei



Dr. Johannes Jarolim

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9C Wien Innen-Ost
Beruf: Rechtsanwalt



Hans-Jörg Jenewein

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
01.07.2013 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9 Wien
Beruf: Landesparteisekretär der FPÖ
Wien



Josef Jury

Abgeordneter zum Nationalrat, BZÖ
28.10.2008 - 27.12.2009
Abgeordneter zum Nationalrat, ÖK
28.12.2009 - 22.11.2010
Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
23.11.2010 - 28.10.2013

Wahlkreis: 2C Kärnten West
Beruf: Bäcker- und Konditormeister



Ing. Erwin Kaipel

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 1B Burgenland Süd
Beruf: Techniker



Ing. Norbert Kapeller

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
03.12.2008 - 18.03.2011

Wahlkreis: 4E Mühlviertel
Beruf: Bundesbeamter



Mag.ª Dr.ª Beatrix Karl

Abgeordnete zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 26.01.2010
Bundesministerin für Wissenschaft und
Forschung 26.01.2010 - 20.04.2011
Bundesministerin für Justiz
21.04.2011 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Bundesministerin für Justiz

**Dr. Andreas Karlsböck**

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
01.07.2013 - 28.10.2013
Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 30.06.2013

Wahlkreis: 9D Wien Süd
Beruf: Facharzt für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde

**Wolfgang Katzian**

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9E Wien Süd-West
Beruf: Vorsitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten

**Elisabeth Kaufmann-Bruckberger**

Abgeordnete zum Nationalrat, BZÖ
07.12.2011 - 30.08.2012
Abgeordnete zum Nationalrat, OK
31.08.2012 - 29.10.2012
Abgeordnete zum Nationalrat, STRONACH
30.10.2012 - 23.04.2013

Bundeswahlvorschlag

Beruf: Selbständig

**Dietmar Keck**

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4A Linz und Umgebung
Beruf: Produktionstechniker

**Herbert Kickl**

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Generalsekretär der FPÖ

**Franz Kirchgatterer**

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4C Hausruckviertel
Beruf: Kaufmann

**Anneliese Kitzmüller**

Abgeordnete zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4E Mühlviertel
Beruf: Hausfrau

**Oswald Klikovits**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 1 Burgenland
Beruf: Geschäftsführer



Mag. Werner Kogler

Abgeordneter zum Nationalrat, GRÜNE
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 6 Steiermark
Beruf: Volkswirt



Ulrike Königsberger-Ludwig

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3C Mostviertel
Beruf: Leitende Angestellte



DDr. Werner Königshofer

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 01.08.2011
Abgeordneter zum Nationalrat, ÖK
02.08.2011 - 17.10.2011

Wahlkreis: 7 Tirol
Beruf: Finanzberater



Karlheinz Kopf

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 8B Vorarlberg Süd
Beruf: Klubobmann



Mag.ª Alev Korun

Abgeordnete zum Nationalrat, GRÜNE
28.10.2008 - 28.10.2013

Bundestwahlvorschlag
Beruf: Politikwissenschaftlerin



Günter Kößl

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3C Mostviertel
Beruf: Polizeibeamter



Gerhard Köfer

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 14.08.2012
Abgeordneter zum Nationalrat, ÖK
15.08.2012 - 27.03.2013

Wahlkreis: 2 Kärnten
Beruf: Bürgermeister



Kai Jan Krainer

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9 Wien
Beruf: Angestellter



Hermann Krist

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4A Linz und Umgebung
Beruf: Maschinenschlosser



Mario Kunasek

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 6 Steiermark
Beruf: Unteroffizier



Mag.ª Andrea Kuntzl

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9 Wien
Beruf: Soziologin



Dr. Gerhard Kurzmann

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 20.10.2010

Wahlkreis: 6 Steiermark
Beruf: Magistratsbeamter



Ing. Mag. Hubert Kuzdas

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3A Weinviertel
Beruf: Unternehmensberater



Mag.ª Christine Lapp, MA

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9D Wien Süd
Beruf: Redakteurin



Dr. Günther Kräuter

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 30.06.2013

Wahlkreis: 6B Steiermark Mitte
Beruf: Volksanwalt

- SPÖ
- ÖVP
- FPÖ
- GRÜNE
- BZÖ
- STRONACH
- OK/ohne Klubzugehörigkeit

Fraktionszugehörigkeit zum Ende der XXIV. Gesetzgebungsperiode
bzw. bei Ausscheiden aus dem Nationalrat



Christian Lausch

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3A Weinviertel
Beruf: Justizwachebeamter



Mag. Josef Lettenbichler

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 7C Unterland
Beruf: Geschäftsführer



Dr. in Ruperta Lichtenegger

Abgeordnete zum Nationalrat, GRÜNE
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4 Oberösterreich
Beruf: Ökonomin, Universitätslektorin



Maximilian Linder

Abgeordneter zum Nationalrat, BZÖ
28.10.2008 - 29.12.2009
Abgeordneter zum Nationalrat, OK
30.12.2009 - 22.11.2010
Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
23.11.2010 - 28.10.2013

Wahlkreis: 2B Villach
Beruf: Gast- und Landwirt



Hermann Lipitsch

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 2 Kärnten
Beruf: Bediensteter der ÖBB



Kurt List

Abgeordneter zum Nationalrat, BZÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 6 Steiermark
Beruf: Kompaniekommandant



Mag. a Rosa Lohfeyer

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013
Schriftführerin, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 5C Lungau/Pinzgau/Pongau
Beruf: AHS-Lehrerin



Dr. Reinhold Lopatka

Staatssekretär im Bundeskanzleramt
28.10.2008 - 02.12.2008
Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 02.12.2008
Staatssekretär im Bundesministerium für
Finanzen 02.12.2008 - 20.04.2011
Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
26.04.2011 - 10.09.2012

Staatssekretär im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten 11.09.2012 - 28.10.2013

Wahlkreis: 6E Steiermark Ost
Beruf: Staatssekretär im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

Fotos © Parlamentsdirektion/WILKE

**Angela Lueger**

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9G Wien Nord
Beruf: Beamtin

**Ing. Robert Lugar**

Abgeordneter zum Nationalrat, BZÖ
28.10.2008 - 15.09.2011
Abgeordneter zum Nationalrat, OK
16.09.2011 - 29.10.2012
Abgeordneter zum Nationalrat, STRONACH
30.10.2012 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3 Niederösterreich
Beruf: Klubobmann

**Mag.ª Ulrike Lunacek**

Abgeordnete zum Nationalrat, GRÜNE
28.10.2008 - 09.07.2009

Wahlkreis: 9 Wien
Beruf: Dolmetscherin, Journalistin

**Dr. Ferdinand Maier**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 15.05.2012

Wahlkreis: 9 Wien
Beruf: Angestellter

**Mag. Johann Maier**

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
03.12.2008 - 13.03.2013
Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
05.07.2013 - 28.10.2013

Wahlkreis: 5 – Salzburg
Beruf: Abteilungsleiter
Konsumentenberatung AK Salzburg

**Christine Marek**

Abgeordnete zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 02.12.2008
Staatssekretärin im Bundesministerium
für Wirtschaft und Arbeit
28.10.2008 - 31.01.2009
Staatssekretärin im Bundesministerium
für Wirtschaft, Familie und Jugend
01.02.2009 - 26.11.2010

Abgeordnete zum Nationalrat, ÖVP 20.09.2011 - 28.10.2013

Bundeseinwahlvorschlag
Beruf: Unternehmensberaterin

**Stefan Markowitz**

Abgeordneter zum Nationalrat, BZÖ
28.10.2008 - 22.10.2012
Abgeordneter zum Nationalrat, OK
23.10.2012 - 29.10.2012,
Abgeordneter zum Nationalrat, STRONACH
30.10.2012 - 28.10.2013

Bundeseinwahlvorschlag

Beruf: Betriebsleiter, Unternehmer

**Dr. Christoph Matznetter**

Staatssekretär im Bundesministerium für
Finanzen
28.10.2008 - 02.12.2008
Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Bundeseinwahlvorschlag
Beruf: Wirtschaftsprüfer



Elmar Mayer

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 8 Vorarlberg
Beruf: Volksschullehrer



Peter Mayer

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4B Innviertel
Beruf: Landwirt



Leopold Mayerhofer

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3 Niederösterreich
Beruf: Exekutivbeamter



Dr. Reinhold Mitterlehner

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 02.12.2008
Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
02.12.2008 - 31.01.2009
Bundesminister für Wirtschaft, Familie
und Jugend
01.02.2009 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4E Mühlviertel
Beruf: Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend



Mag. Wilhelm Molterer

Bundesminister für Finanzen
28.10.2008 - 02.12.2008
Vizekanzler
28.10.2008 - 02.12.2008
Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 30.06.2011

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Vizekanzler und Bundesminister a.D.



Dr. in Gabriela Moser

Abgeordnete zum Nationalrat, GRÜNE
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4 Oberösterreich
Beruf: Lehrerin an einer AHS



Josef Muchitsch

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 6 Steiermark
Beruf: Angestellter



Edith Mühlberghuber

Abgeordnete zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3 Niederösterreich
Beruf: Hausfrau

**Mag.ª Daniela Musiol**

Abgeordnete zum Nationalrat, GRÜNE
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9 Wien
Beruf: Juristin, Mediatorin

**Mag.ª Christine Muttonen**

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
03.12.2008 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Lehrerin an einer HTL

**Werner Neubauer**

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Landesbediensteter

**Fritz Neugebauer**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013
Zweiter Präsident, ÖVP
03.12.2008 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Zweiter Präsident des
Nationalrates

**Dr.ª Sabine Oberhauser, MAS**

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
03.12.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9 Wien
Beruf: Ärztin für Kinder- und
Jugendheilkunde

**Gabriel Obernosterer**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 2 Kärnten
Beruf: Hotelier

**Karl Öllinger**

Abgeordneter zum Nationalrat, GRÜNE
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9 Wien
Beruf: Lektor, Journalist

**Jochen Pack**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
03.12.2008 - 25.04.2011
Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
11.09.2012 - 28.10.2013

Wahlkreis: 6E Steiermark Ost
Beruf: PR-Berater



Otto Pendl

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3G Niederösterreich Süd-Ost
Beruf: Justizwachebeamter in Ruhe



Stefan Petzner

Abgeordneter zum Nationalrat, BZÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Bundeseinwahlvorschlag
Beruf: PR-Berater



Dr. Peter Pilz

Abgeordneter zum Nationalrat, GRÜNE
28.10.2008 - 28.10.2013

Bundeseinwahlvorschlag
Beruf: Sozialwissenschaftler, Journalist



Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirkhuber

Abgeordneter zum Nationalrat, GRÜNE
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4 Oberösterreich
Beruf: Kontrollstellenleiter einer
Zertifizierungsstelle für biologische
Landwirtschaft



Dr. Ursula Plassnik

Bundesministerin für europäische
und internationale Angelegenheiten
28.10.2008 - 02.12.2008
Abgeordnete zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 29.08.2011

Bundeseinwahlvorschlag
Beruf: Juristin



Rudolf Plessl

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3A Weinviertel
Beruf: Polizeibeamter



Elmar Podgorschek

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
21.10.2010 - 28.10.2013

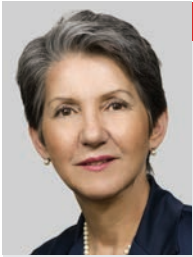
Wahlkreis: 4B Innviertel
Beruf: Kaufmann



Stefan Prähauser

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 04.07.2013

Wahlkreis: 5 Salzburg
Beruf: Geschäftsführer

**Mag.ª Barbara Prammer**

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013
Präsidentin des Nationalrates, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag

Beruf: Präsidentin des Nationalrates,
Soziologin

**Michael Praßl**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 6D Steiermark Süd-Ost

Beruf: Landwirt

**Erwin Preiner**

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.06.2010 - 28.10.2013

Wahlkreis: 1A Burgenland Nord

Beruf: Hauptschullehrer

**Nikolaus Prinz**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4E Mühlviertel

Beruf: Landwirt

**Dipl.-Ing. Josef Pröll**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 02.12.2008
Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft,
Umwelt und Wasserwirtschaft
28.10.2008 - 02.12.2008
Bundesminister für Finanzen
02.12.2008 - 20.04.2011
Vizekanzler 02.12.2008 - 20.04.2011

Bundeswahlvorschlag

Beruf: Vizekanzler und Bundesminister für Finanzen a.D.

**Johann Rädler**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3E Niederösterreich Süd

Beruf: Bürgermeister

**Dr. Erwin Rasinger**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
03.12.2008 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag

Beruf: Arzt für Allgemein- und
Sportmedizin

**Maria Rauch-Kallat**

Abgeordnete zum Nationalrat, ÖVP
01.07.2011 - 12.09.2011

Bundeswahlvorschlag

Beruf: Unternehmerin



Josef A. Riemer

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
21.10.2010 - 28.10.2013

Wahlkreis: 6 Steiermark
Beruf: Ausbildungsleiter und Trainer



Barbara Riener

Abgeordnete zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 10.03.2009

Wahlkreis: 6 Steiermark
Beruf: Dipl.-Sozialarbeiterin,
Psychotherapeutin und Mediatorin



Franz Riepl

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9F Wien Nord-West
Beruf: Elektromechaniker



Dr. Walter Rosenkranz

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3 Niederösterreich
Beruf: Rechtsanwalt



Mag. Bruno Rossmann

Abgeordneter zum Nationalrat, GRÜNE
06.07.2012 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Ökonom



Mag.ª Laura Rudas

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9E Wien Süd-West
Beruf: Bundesgeschäftsführerin der SPÖ



Ewald Sacher

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3B Waldviertel
Beruf: Volksschuldirektor



Mag.ª Birgit Schatz

Abgeordnete zum Nationalrat, GRÜNE
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 5 Salzburg
Beruf: Politikwissenschaftlerin

**Herbert Scheibner**

Abgeordneter zum Nationalrat, BZÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9 Wien
Beruf: Unternehmer

**Martina Schenk**

Abgeordnete zum Nationalrat, BZÖ
28.10.2008 - 14.03.2013
Abgeordnete zum Nationalrat, STRONACH
15.03.2013 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Leitende Angestellte
(Bundesgeschäftsführerin)

**Mag. Michael Schickhofer**

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
22.09.2010 - 28.01.2013

Wahlkreis: 6 Steiermark
Beruf: Unternehmensberater

**Mag. Andreas Schieder**

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 02.12.2008
Staatssekretär im Bundeskanzleramt
28.10.2008 - 02.12.2008
Staatssekretär im Bundesministerium für
Finanzen
02.12.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9E Wien Süd-West
Beruf: Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen

**Dorothea Schittenhelm**

Abgeordnete zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3 Niederösterreich
Beruf: Bürgermeisterin

**Johannes Schmuckenschlager**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
03.12.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3F Wien Umgebung
Beruf: Weinbauer

**Mag. Bernd Schönegger**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 6A Graz
Beruf: Geschäftsführer der Grazer
Volkspartei

**Rosemarie Schönpass**

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013
Ordnerin, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4C Hausruckviertel
Beruf: Kaufmännische Angestellte



Walter Schopf

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4 Oberösterreich
Beruf: Landessekretär der Gewerkschaft PROGE



Ing. Hermann Schultes

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3A Weinviertel
Beruf: Landwirt



Dr. Wolfgang Schüssel

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 08.09.2011

Wahlkreis: 9E Wien Süd-West
Beruf: Jurist



Mag.ª Judith Schwentner

Abgeordnete zum Nationalrat, GRÜNE
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 6 Steiermark
Beruf: Journalistin



Heidrun Silhavy

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 12.06.2013
Bundesministerin für Frauen, Medien
und Regionalpolitik
28.10.2008 - 02.12.2008

Wahlkreis: 6A Graz,
Beruf: Angestellte



Johann Singer

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4D Traunviertel
Beruf: Landesbeamter



Dr. Peter Sonnberger

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 23.02.2010

Wahlkreis: 4A Linz und Umgebung
Beruf: Verwaltungsjurist



Dr. Wolfgang Spadiut

Abgeordneter zum Nationalrat, BZÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 6 Steiermark
Beruf: Veterinärmediziner

**Erwin Spindelberger**

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 6F Steiermark Nord
Beruf: Angestellter

**Dr. Michael Spindelegger**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 02.12.2008
Zweiter Präsident, ÖVP
28.10.2008 - 02.12.2008
Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten
02.12.2008 - 28.10.2013
Vizekanzler 21.04.2011 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3F Wien Umgebung
Beruf: Vizekanzler und Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten

**Mag. Ewald Stadler**

Abgeordneter zum Nationalrat, BZÖ
28.10.2008 - 06.12.2011

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Rechtsanwaltsanwärter

**Peter Stauber**

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 2D Kärnten Ost
Beruf: Bürgermeister

**Mag. Harald Stefan**

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013
Ordner, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Notar

**Ridi Maria Steibl**

Abgeordnete zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013
Ordnerin, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 6B Steiermark Mitte
Beruf: Lebens- und Sozialberaterin

**Gerhard Steier**

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 23.06.2010

Wahlkreis: 1A Burgenland Nord
Beruf: Bürgermeister, Angestellter

**Konrad Steindl**

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 5B Flachgau/Tennengau
Beruf: KFZ-Unternehmer



Mag. Albert Steinhauser

Abgeordneter zum Nationalrat, GRÜNE
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9 Wien
Beruf: Jurist



Mag.ª Sonja Steßl-Mühlbacher

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
22.09.2009 - 28.10.2013

Wahlkreis: 6 Steiermark
Beruf: Juristin



Heinz-Christian Strache

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Bundestwahlvorschlag
Beruf: Klubobmann



Dr. Martin Strutz

Abgeordneter zum Nationalrat, BZÖ
31.03.2009 - 27.12.2009
Abgeordneter zum Nationalrat, OK
28.12.2009 - 22.11.2010
Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
23.11.2010 - 28.10.2013

Wahlkreis: 2A Klagenfurt
Beruf: selbständiger PR-Berater



Dipl.-Kfm. Dr. Günter Stummvoll

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3B Waldviertel
Beruf: Manager



Irene Szep

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
09.04.2013 - 28.10.2013

Wahlkreis: 2 Kärnten
Beruf: Berufsschullehrerin



Erich Tadler

Abgeordneter zum Nationalrat, BZÖ
28.10.2008 - 27.01.2010
Abgeordneter zum Nationalrat, OK
28.01.2010 - 29.10.2012
Abgeordneter zum Nationalrat, STRONACH
30.10.2012 - 28.10.2013

Wahlkreis: 5 Salzburg
Beruf: Versicherungsangestellter



Gabriele Tamandl

Abgeordnete zum Nationalrat, ÖVP
03.12.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9 Wien
Beruf: Diplomierte
Steuersachbearbeiterin

**Bernhard Themessl**

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 8 Vorarlberg
Beruf: Versicherungskaufmann

**Mag.ª Heidemarie Unterreiner**

Abgeordnete zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9 Wien
Beruf: Hausfrau

**Dr. Alexander Van der Bellen**

Abgeordneter zum Nationalrat, GRÜNE
28.10.2008 - 05.07.2012

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Ordentlicher
Universitätsprofessor

**Mathias Venier**

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
18.10.2011 - 28.10.2013

Wahlkreis: 7 Tirol
Beruf: Angestellter

**Harald Vilimsky**

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Generalsekretär der FPÖ

**Bernhard Vock**

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3 Niederösterreich
Beruf: Unternehmer

**Dr. Harald Walser**

Abgeordneter zum Nationalrat, GRÜNE
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 8 Vorarlberg
Beruf: Direktor am Gymnasium
Feldkirch

**Lutz Weinzier**

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 20.10.2010

Wahlkreis: 4B Innviertel
Beruf: Steuerberater



Hannes Weninger

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3F Wien Umgebung
Beruf: Abgeordneter



Ing. Peter Westenthaler

Abgeordneter zum Nationalrat, BZÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Bundeswahlvorschlag
Beruf: Klubobmann-Stellvertreter



Mag. Rainer Widmann

Abgeordneter zum Nationalrat, BZÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4 Oberösterreich
Beruf: Betriebswirt



Tanja Windbüchler-Souschill

Abgeordnete zum Nationalrat, GRÜNE
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3 Niederösterreich
Beruf: Diplomierte Sozialarbeiterin



Ernest Windholz

Abgeordneter zum Nationalrat, BZÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3 Niederösterreich
Beruf: Unternehmer



Ing. Franz Windisch

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
16.05.2012 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9 Wien
Beruf: Landwirt



Dr. Susanne Winter

Abgeordnete zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 6 Steiermark
Beruf: Juristin



Dr. Peter Wittmann

Abgeordneter zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 3E Niederösterreich Süd
Beruf: Rechtsanwalt



August Wöginger

Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 4 Oberösterreich
Beruf: Betriebsratsvorsitzender beim Roten Kreuz Oberösterreich



Mag.ª Gisela Wurm

Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 7 Tirol
Beruf: Juristin



Wolfgang Zanger

Abgeordneter zum Nationalrat, FPÖ
28.10.2008 - 28.10.2013
Schriftführer, FPÖ
18.11.2009 - 28.10.2013

Wahlkreis: 6 Steiermark
Beruf: Kaufmännischer Angestellter



Mag. Dr. Wolfgang Zinggl

Abgeordneter zum Nationalrat, GRÜNE
28.10.2008 - 28.10.2013

Wahlkreis: 9 Wien
Beruf: Kulturwissenschaftler, Künstler

Fotos © Parlamentsdirektion/WILKE

■ SPÖ ■ ÖVP ■ FPÖ ■ GRÜNE ■ BZÖ ■ STRONACH ■ OK/ohne Klubzugehörigkeit

Fraktionszugehörigkeit zum Ende der XXIV. Gesetzgebungsperiode bzw. bei Ausscheiden aus dem Nationalrat

Wahlkreise bei Nationalratswahlen

Für Nationalratswahlen legt Art. 26 Abs. 2 B-VG fest, dass das Bundesgebiet „in räumlich geschlossene Wahlkreise geteilt“ wird, „deren Grenzen die Landesgrenzen nicht schneiden dürfen“, und dass diese Wahlkreise „in räumlich geschlossene Regionalwahlkreise zu untergliedern“ sind. – Genauer ist in der Nationalrats-Wahlordnung geregelt.

Laut § 2 der Nationalrats-Wahlordnung (NRWO) wird das Bundesgebiet in **neun Landeswahlkreise** eingeteilt, wobei jedes Bundesland einen Landeswahlkreis bildet. Der Landeswahlkreis heißt so wie das jeweilige Bundesland. Seine Nummer richtet sich nach der alphabetischen Reihenfolge der Bundesländer (1 für Burgenland, ..., 9 für Wien). § 3 NRWO legt die **39 Regionalwahlkreise** und ihre Bezeichnungen fest.

Die Bezeichnung setzt sich aus der Nummer des Landeswahlkreises und einem Buchstaben in alphabetischer Reihenfolge zusammen (z.B. 8A für „Vorarlberg Nord“, 8B für „Vorarlberg Süd“).

Aufteilung der Mandate auf die Wahlkreise

Art. 26 B-VG legt fest, dass für die Aufteilung der Mandate auf die Wahlkreise die BürgerInnenzahl (und nicht die Zahl der Wahlberechtigten!) ausschlaggebend ist. § 4 NRWO regelt die Aufteilung der Mandate im Detail: In den 39 Regionalwahlkreisen sind nach derzeitigem Stand zwischen einem Mandat (im Wahlkreis Osttirol) und neun Mandaten (im Wahlkreis Obersteiermark) zu vergeben. In den meisten Wahlkreisen sindes zwischen drei und sechs Mandaten.

Ermittlungsverfahren

Das erste Ermittlungsverfahren findet auf Ebene der Regionalwahlkreise, das zweite Ermittlungsverfahren auf Ebene der Landeswahlkreise statt.

Ein **Bundeswahlvorschlag** ist eine KandidatInnenliste einer Partei bei Nationalratswahlen für das dritte Ermittlungsverfahren.

Drittes Ermittlungsverfahren ("bundesweiter Proportionalausgleich")

Hier nehmen Parteien teil, die einen Bundeswahlvorschlag rechtzeitig eingebracht haben und zumindest ein Mandat in einem Regionalwahlkreis oder im gesamten Bundesgebiet mehr als vier Prozent der gültigen Stimmen erreicht haben.

STATISTIK

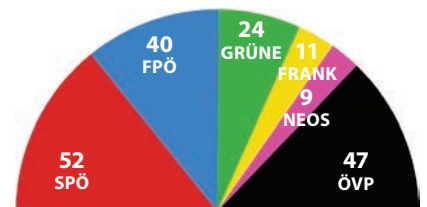
Ergebnis der Nationalratswahl 2013

Gesamtergebnis der Nationalratswahl vom 29. September 2013

Parteibezeichnung	Kurzbez.	Stimmen	Prozente
Sozialdemokratische Partei Österreichs	SPÖ	1.258.605	26,8 %
Österreichische Volkspartei	ÖVP	1.125.876	24,0 %
Freiheitliche Partei Österreichs	FPÖ	962.313	20,5 %
Die Grünen – Die Grüne Alternative	GRÜNE	582.657	12,4 %
BZÖ – Liste Josef Bucher	BZÖ	165.746	3,5 %
Team Stronach	FRANK	268.679	5,7 %
Das Neue Österreich und Liberales Forum	NEOS	232.946	5,0 %
Kommunistische Partei Österreichs	KPÖ	48.175	1,0 %
Die Piratenpartei Österreichs	PIRAT	36.265	0,8 %
Christliche Partei Österreichs	CPÖ	6.647	0,1 %
Der Wandel	WANDL	3.051	0,1 %
Männerpartei	M	490	0,0 %
EU-Austrittspartei	EUAUS	510	0,0 %
Sozialistische LinksPartei	SLP	947	0,0 %

Wahlberechtigte	6.384.308
Wahlbeteiligung	74,9 %
abgegebene Stimmen	4.782.410
ungültige Stimmen	89.503
gültige Stimmen	4.692.907

Mandatsverteilung 2013



Quelle: Bundesministerium für Inneres
Stand: 16.10.2013



Das Parlament war am Wahltag wieder Medienzentrum, die Interviewrunde mit den SpitzenkandidatInnen fand in der Säulenhalle statt
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Christian Hofer

